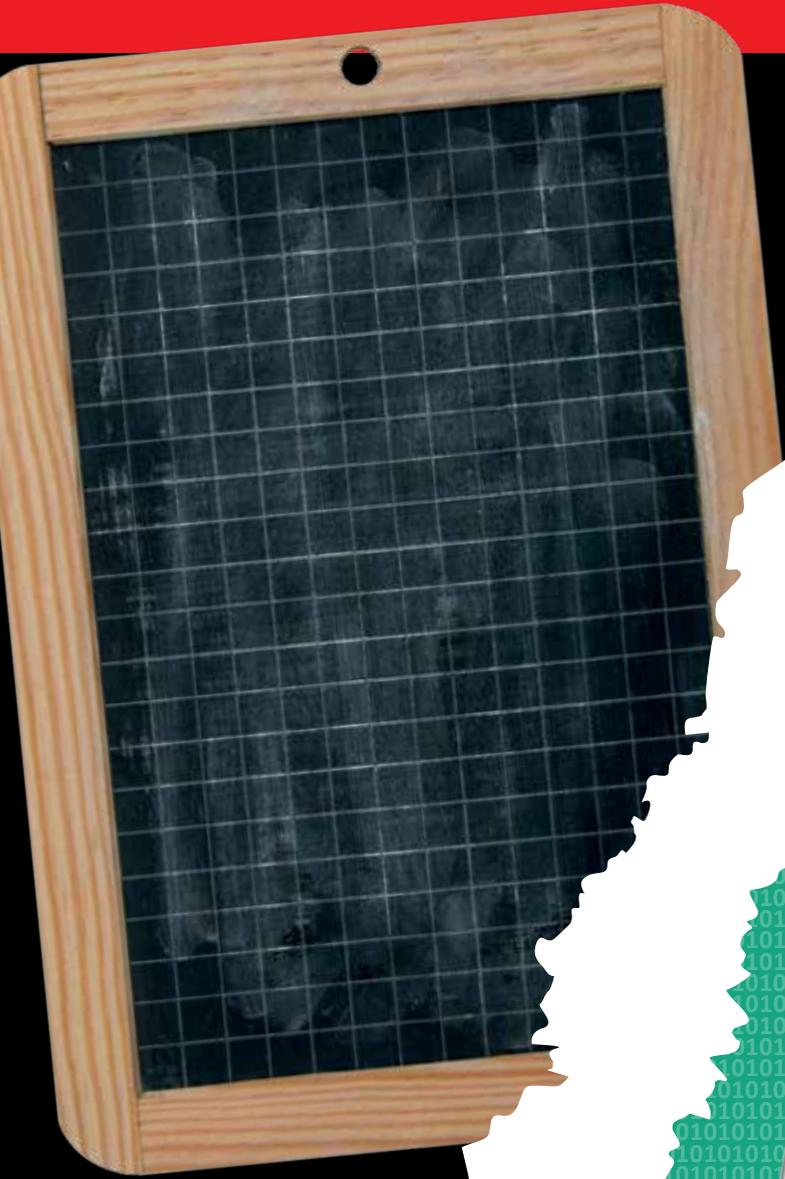


E & W

Erziehung & Wissenschaft 07-08/2020
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



Pädagogik und Digitalisierung

Aktuelle Infos zur Corona-Pandemie
www.gew.de/corona

SIGRID HARTONG



Digitalisierung im Panikmodus

Mit Einsetzen der Corona-Pandemie hat sich der ohnehin hochdynamische Diskurs um digitale Bildung nochmals deutlich verschoben: Wurden Learning Analytics, Schulplattformen & Co. bislang als große Hoffnung auf bessere Lehr-Lernprozesse gepriesen, so geht es nun darum, dass mit Hilfe digitaler Technologien überhaupt regelmäßig Unterricht für alle stattfinden kann.

Die Folge: Nie haben sich die Kritikerinnen und Kritiker der bisherigen Bildungsdigitalisierungsstrategie so deplatziert gefühlt. Waren Datenschutzbeauftragte und die meisten Landesministerien vorher extrem skeptisch gegenüber dem Einsatz bestimmter kommerzieller EdTech-Anbieter, so gilt es nun, überhaupt etwas zu haben, das technisch funktioniert. Erschien es bislang zumindest vernünftig, maximale Bildschirmzeit beim Einsatz digitaler Technologien mit zu berücksichtigen, so bedeutet aktuell jede Stunde digitaler Selbstbeschäftigung im Zwangs-Fernunterricht mehr Zeit fürs parallel laufende Homeoffice. Insgesamt findet ein Experiment digitaler Bildung unter Realbedingungen statt, das sich die EdTech-Industrie und auch viele Digitalisierungsforscherinnen und -forscher in ihren kühnsten Träumen nicht hätten ausmalen können.

Und klarer denn je scheint in diesem Szenario Bildungsungleichheit als Problem von Hard- und Softwareausstattung, gegebenenfalls noch ergänzt durch den Verweis auf unfair verteilte Bedienkompetenzen. Während der Bund aktuell also zunehmend Gelder in den Ausbau digitaler Infrastruktur pumpst, werden Bildungseinrichtungen mit Bedienfortbildungen im Crashkurs-Format überschwemmt.

Eine derartige Digitalisierungs- und Ungleichheitsminimierungsstrategie im Panikmodus ist jedoch auch deswegen die unglücklichste und pädagogisch risikoreichste Form der Digitalisierung, weil eine oft unregulierte „Datafizierung“ von Bildung und damit ein wachsender Einfluss algorithmischer Sortiermodelle provoziert werden. Derartige Risiken algorithmischer

Diskriminierung sind allerdings deutlich unbequemer zu adressieren als fehlendes WLAN. Denn hier geht es um all die Modellierungen und funktionalen Manipulationsmechanismen, die in Lernsoftware, Konferenzttools, Plattformen oder digitalen Materialsammlungen stecken. Und paradoxerweise sind diese umso wirkmächtiger, je besser die Tools funktionieren, je einfacher und spaßiger sie sich bedienen lassen, je mehr „auf einen Blick“ zusammengeführt oder automatisch berechnet wird – und je „klarer“ sich daher Entscheidungen ableiten lassen. Und ja, derartige Entscheidungen können sein, dass rot aufleuchtende Schülerprofile besondere pädagogische Aufmerksamkeit bekommen, sie können sich aber auch auf schulische Laufbahneempfehlungen, auf Zuweisung und Ausschluss von Förderressourcen oder auf Studienplatzvergabe beziehen – legitimiert durch den Verweis auf „evidenzbasierte“ und damit scheinbar neutralisierte Entscheidungstechnologie.

Gegen algorithmische Diskriminierung helfen weder Bedienfortbildung noch Infrastrukturinvestition, sondern nur Aufklärung, Transparenz, politische Debatten mit Beteiligung vieler sowie starke Regulierung. Und es braucht die Freiheit zu wählen: zwischen analog und digital, zwischen Beobachtung und Nichtbeobachtung oder zwischen unterschiedlichen digitalen Tools/Modellen. Erodieren wird diese Freiheit, wenn selbst die grundsätzliche Bereitstellung und Verteilung von Bildung als öffentlichem, staatlich garantiertem Gut von nichtstaatlichen Infrastrukturen, dem Funktionieren digitaler Tools und damit der Inkaufnahme algorithmischer Diskriminierung abhängt. Mit anderen Worten: Das große Corona-Experiment kann nur gelingen, wenn wir auch auf diese Freiheit keinen Moment länger verzichten als unbedingt nötig.

Sigrid Hartong,
Bildungsforscherin und Leiterin des Forschungsschwerpunkts
„Digital Education Governance – Datafizierung und Digitalisierung
im Bildungssektor“ an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Inhalt



Gastkommentar Digitalisierung im Panikmodus	Seite 2
Impressum	Seite 3
Auf einen Blick	Seite 4
Prämie des Monats	Seite 5
Schwerpunkt: Pädagogik und Digitalisierung	
1. Fernunterricht der Bildungseinrichtungen: „Die Einschwingphase ist durch“	Seite 6
2. Interview mit Lehrerin Franziska Böhmer: „Alle Kinder freuten sich“	Seite 12
3. Datenschutz bei digitalen Helfern im Unterricht: Nach Alternativen suchen	Seite 13
4. Die Pädagogik bleibt am wichtigsten: Schöne neue Digitalwelt?	Seite 14
5. Unterricht mit privaten Endgeräten: Digitalisierung in a nutshell	Seite 16
6. GEW-Arbeitsgruppe: Recht auf Nicht-Erreichbarkeit	Seite 18
7. Düstere Zukunftsvision aus der Forschung: Lern-Maschine Mensch	Seite 20
8. GEW-Bundesforum „Bildung in der digitalen Welt“: Eine Daueraufgabe	Seite 22
9. Die Onlinelehre an Hochschulen: Kein Ersatz für die Präsenzlehre	Seite 24
10. Interview mit Prof. Katja Schmidtpott: „Man sieht viele Bücher“	Seite 26
11. Interview mit CCC-Mitglied und Lehrer Steffen Haschler: So groß wie Afrika	Seite 28
Weiterbildung Prekäre Lage in der Weiterbildung: Ohne Schutz	Seite 30
Tarif- und Beamtenpolitik	
1. Tarifrunde Bund/Kommunen und Corona: Klatschen reicht nicht	Seite 32
2. Weiterentwicklung der Lehrkräfte-Eingruppierung: Überfällige Verhandlungen	Seite 33
3. Scheinselbstständigkeit freier Goethe-Institut-Dozenten: Schlimmer als zuvor	Seite 38
Hochschule	
1. Corona bringt Studierende in Notlage: Kredit aufnehmen oder exmatrikulieren	Seite 34
2. „GEWolution 2020“: Workshops, Debatten und ein Wohnzimmer-Konzert	Seite 36
fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit Interview mit tdh-Expertin Barbara Küppers: „Deutlich mehr Kinderarbeiter“	Seite 40
Internationales GEW-Kommentar von Marlis Tepe: Internationale Solidarität wirkt	Seite 42
Gesellschaftspolitik „Täterprofile“-Autor Hans-Peter de Lorent: Vor Gericht	Seite 43
Leserforum	Seite 44
Nachruf Nachruf auf Horst von Hassel: Trauer um Schulreformer	Seite 47
Diesmal	Seite 48
Titel: Werbeagentur Zimmermann	

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 72. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugsweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:
www.gew.de/feundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Digitaler Nachholbedarf

Nach einem jahrzehntelangen Zuwachs formal höherwertiger Bildungsabschlüsse ist nach Einschätzung von Forschern ein Ende dieses Trends in Sicht. Darauf deuteten stagnierende und zum Teil sogar sinkende Anteile von Schülerinnen und Schülern, die aufs Gymnasium wechseln, sowie sinkende Absolventenquoten mit mittlerem Abschluss und Hochschulreife hin. Das geht aus dem Bericht „Bildung in Deutschland 2020“ hervor, der Ende Juni veröffentlicht wurde. Laut Bericht haben die Schulen beim Thema Digitalisierung noch großen Nachholbedarf. Dieser sei bei der Corona-Pandemie besonders deutlich geworden. Es sei zu befürchten, dass die Pandemie soziale Ungleichheiten bei der Bildung verschärfen könnte. „Offenbar verstärkt der Einsatz digitaler Medien das starke soziale Gefälle in den Schulen“, sagte Ilka Hoffmann, für Schule verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied. „Die Politik muss endlich Raum für die Entwicklung pädagogischer Konzepte schaffen, für eine stabile digitale Infrastruktur sorgen, Systemadministratoren einstellen sowie Lehrkräfte und Schüler mit digitalen Endgeräten ausstatten.“ Sie wies darauf hin, dass die Anfang Juni veröffentlichte Digitalisierungsstudie der GEW vergleichbare Ergebnisse zutage gefördert hatte (s. S. 16 f.).

Negativer PISA-Effekt?

Die wochenlangen Schulschließungen und der eingeschränkte Schulbetrieb könnten sich nach Ansicht von OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher auch in den nächsten PISA-Testergebnissen niederschlagen. Es sei gut möglich, dass die „sozialen Disparitäten“ in späteren PISA-Vergleichen weiter zunehmen, sagte Schleicher Anfang Juni. Kinder aus wohlhabenden Familien kämen oft mit Schulschließungen zurecht. „Kinder aus ungünstigem sozialen Umfeld haben dagegen meist nur eine einzige wirkliche Chance im Leben, das sind gute Lehrer und eine leistungsfähige Schule.“ Ihnen fehle der Zugang zu guten Angeboten zum Online-Lernen und manchmal auch ein Platz, um zu Hause in Ruhe zu lernen.



Foto: Shutterstock/GEW

Die Corona-Pandemie werde, so fürchten Experten, die soziale Ungleichheit im Bildungswesen weiter verschärfen.

Absurde Situation

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass in einem anderen Staat der Europäischen Union (EU) geleistete gleichwertige Lehrtätigkeit bei einem Wechsel in den deutschen Schuldienst uneingeschränkt anzurechnen ist (Urteil vom 23. April 2020, Az.: C-710/18). Paragraph 16 Absatz 2 des Tarifvertrags der Länder (TV-L) sieht dagegen vor, einschlägige Berufserfahrung bei anderen Arbeitgebern nur bis maximal drei Jahre bei der Stufenzuordnung zu berücksichtigen. Dies stelle bei Wechseln aus anderen EU-Ländern eine unzulässige Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit dar, argumentierte der EuGH. Der Klägerin, einer Lehrerin, die zuvor 17 Jahre in Frankreich tätig war, bringt das Urteil zusätzlich rund 870 Euro

Beitragsanpassung

Nachdem der Gesetzgeber zum 1. Juli 2020 die Rentenwerte erhöht hat, werden jetzt auch in der GEW die Beiträge für Rentnerinnen und Rentner zum 1. Juli 2020 entsprechend um 4,20 Prozent in den Ost- und um 3,45 Prozent in den West-Landesverbänden angepasst.

Petra Grundmann, Schatzmeisterin der GEW

brutto monatlich. Daniel Merbitz, Tarifexperte der GEW, kommentierte: „Das Urteil zeigt erneut, wie berechtigt die Forderung der GEW ist, Berufserfahrung bei Arbeitgeberwechseln voll anzuerkennen. Seit Jahren fordern die Gewerkschaften in jeder Tarifrunde, den Paragraphen 16 TV-L und den nahezu identischen Paragraphen 16 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) zu überarbeiten. Jetzt haben wir die absurde Situation, dass im EU-Ausland erworbene Berufserfahrung voll anerkannt werden muss, Berufserfahrung aus einem anderen Bundesland oder an einer Privatschule dagegen nicht.“ Das EuGH-Urteil kann nicht bei Arbeitgeberwechseln innerhalb Deutschlands angewendet werden. Das Bundesarbeitsgericht hat die sogenannte Inländerdiskriminierung bislang ausdrücklich gebilligt, da sich die Tarifparteien hierauf geeinigt hätten.

Lockdown positiv erlebt

Die Mehrheit der Familien hat die Zeit der kompletten Schulschließungen aufgrund der Corona-Krise laut einer Umfrage durchaus positiv erlebt. 82 Prozent der vom Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag der DAK-Gesundheit befragten Mütter und Väter gaben an, dass sie mit der Situation in der Familie während des Homeschooling zufrieden (61 Prozent) oder sogar sehr zufrieden (21 Prozent) waren. Für die Studie wurden sowohl Eltern als auch Kinder zwischen zehn und 17 Jahren befragt. Von den Jugendlichen gaben 81 Prozent an, dass sie mit der Situation in der Familie während des Homeschooling zufrieden waren. Mit Blick aufs Lernen zu Hause sind die Meinungen gespalten: Etwa die Hälfte der Kinder und Jugendlichen war damit eher unzufrieden (37 Prozent) oder sehr unzufrieden (14 Prozent). Passend dazu sieht die Mehrheit der befragten Schülerinnen und Schüler die schrittweise Wiedereröffnung der Schulen positiv: 23 Prozent finden das sehr gut und 39 Prozent gut. Die Kultusminister wollen, dass die Schulen nach den Sommerferien bundesweit zum Regelbetrieb zurückkehren.

In eigener Sache

Die Arbeiten für die Drucklegung dieser Ausgabe der E&W sind am 26. Juni abgeschlossen worden. Alle Infos zum Thema Corona, Nachrichten, Themen und Tipps finden Sie auf der Landingpage der GEW-Website unter www.gew.de/corona. Die Seite wird ständig aktualisiert und erweitert. Auch die GEW-Landesverbände stellen auf ihren Websites viele Infos zur Verfügung.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Brotschneidebrett.*

Prämie des Monats Juli/August: Brotschneidebrett

Schluss mit der Krümelei. Das Brotschneidebrett aus Bambus lässt große und kleine Krümel einfach verschwinden. Das mitgelieferte Brotmesser findet seinen Platz im praktischen Messerfach.



Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname/Name	GEW-Landesverband
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße/Nr.	Telefon Fax
<input type="text"/>	<input type="text"/>
PLZ/Ort	E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

Als erstes eine Skizze anfertigen:

60m
Parkstraße
Schlossallee
Badstraße
120m

Gesucht: Fläche A , Bedingung: maximale Größe in m^2
 $A = \text{Länge} \cdot \text{Breite}$
 $A = l \cdot b$ ($l = x\text{-Wert}$ $b = y\text{-Wert Badstraße}$)

Nebenrechnung: $b = y = m \cdot x + c \hat{=} \text{Badstraße}$
 $y = \frac{\Delta y}{\Delta x} \cdot x + 60\text{m}$
 $y = -\frac{60\text{m}}{120\text{m}} \cdot x + 60\text{m}$
 $y = -\frac{1}{2} \cdot x + 60$

Audio ein Video starten Einladen Teilnehmer verwalten Bildschirm

„Die Einschwing

// Das Corona-Virus hat Bildungseinrichtungen zum Fernunterricht gezwungen. Nach den ersten Monaten zeigt sich, was an Schulen, Berufsschulen und Hochschulen digital schon geht – und was nicht. //

„Hast du schon mal versucht, eine Gleichung mit Quadraten zu lösen?“, rappt der Mathe- und Physiklehrer Patrick Bronner in einem eineinhalb Minuten

langen Clip. Für die tägliche Videokonferenz mit seiner Klasse 8b hat er die Mitternachtsformel als Coversong vertont. Im digitalen Fernunterricht gelten neue Regeln, das hat er in den vergangenen Wochen gelernt. „Man braucht Elemente, die motivieren“, sagt der Pädagoge des Friedrich-Gymnasiums (FG) in Freiburg im Breisgau.

In seinem Unterricht kombiniert der 41-Jährige schon lange analoge und digitale Methoden. Als die Schulen we-

gen der Corona-Pandemie Mitte März schlossen, war er schnell startklar. Dennoch lernte auch er seitdem dazu – über neue Aufgabenformate, eine veränderte Lehrerrolle und die Sozialisierungsfunktion von Schule.

„Die Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern steht jetzt im Vordergrund, nicht die Vorbereitung auf die nächste Klassenarbeit“, sagt er. „Jemandem zum Geburtstag ein Lied zu singen, ist plötzlich wichtiger als die 13. Übungsaufgabe



In den vergangenen Wochen und Monaten musste die Klasse 8b des Friedrich-Gymnasiums in Freiburg im Breisgau auf digitalen Fernunterricht umstellen. Mathe- und Physiklehrer Patrick Bronner sieht darin eine Chance sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Lehrkräfte.

Screenshot: Patrick Bronner

phase ist durch“

zur binomischen Formel.“ Zwar lasse sich das soziale Miteinander im Klassenzimmer nicht durch Videokonferenzen und Audiochats ersetzen. Trotzdem seien seine Klasse und er gefühlt näher zusammengerückt. „Man öffnet sich. Die Klasse sieht mich jetzt zum Beispiel zu Hause in meinem Arbeitszimmer.“

Bronner wechselt im Fernunterricht zwischen synchronem und asynchronem Lernen: Erst präsentiert zum Beispiel ein Schüler live in der Videokonferenz seine

Hausaufgaben, später erarbeiten alle offline selbst neue Inhalte. Eigenständiges Lernen werde aktiviert und verliere den Projektcharakter, sagt der Pädagoge.

„Die Corona-Krise kann Ausgangspunkt für eine nachhaltige Schulentwicklung sein“, betont er. Beibehalten will er kreative und forschende Aufgabenstellungen statt des Durchhackerns von Arbeitsblättern – wie die „Klopapier-Challenge“, bei der eine „Quarantänemaschine“ gebaut wurde. Um das

Abitur zu schaffen, sei das Lernen für Klausuren zwar wichtig. „Aber wir müssen auch aufs Leben vorbereiten.“

GEW-Schulexpertin Ilka Hoffmann hofft ebenso, dass die jüngsten Erfahrungen dazu führen, „das gleichschrittige Lernen mehr in Frage zu stellen und neue Unterrichtsformen, die der Heterogenität der Lernenden Rechnung tragen, zu etablieren“.

Im Kollegium beobachtet Bronner eine veränderte Haltung zur Digitalisierung: >>>



>>> „Da sind jetzt alle offen für neue Wege.“ Die technischen Möglichkeiten des FG sind derweil nicht repräsentativ. Das Gymnasium ist Tablet-Modellschule des Kultusministeriums Baden-Württemberg und verfügt über Schulmail, Schulcloud und Schulchat mit Text, Audio und Video, Glasfaserkabel sowie aus Datenschutzgründen einen eigenen Server und Verträge mit Lernplattformen. Hitzege Debatten gab es um die US-Videochat-App Zoom, konkret ging es um datenschutzrechtliche Bedenken und Proteste einiger Eltern. Daraufhin schloss die Schule einen DSGVO-konformen Vertrag* über die Deutsche Telekom zur Nutzung von Cisco WebEx ab. Weil die Bildschirmübertragung häufig abbrach und es keine Möglichkeiten mehr für Partner- und Gruppenarbeiten gab, boykottierte die 8b den Fernunterricht. Bis das Land eine offizielle Plattform anbietet, nutze er nun wieder Zoom, sagt Bronner. Das Einschalten von Kamera und Mikro sei freiwillig. Die GEW mahnt indes zur Vorsicht: „Ein legerer Umgang mit dem Datenschutz darf kein Dauerzustand werden“, sagt Hoffmann. „Die Entwicklung funktionierender und datensicherer Apps, Tools und Plattformen ist überfällig.“

Konzepte gefordert

Während neue Medien oft mit Naturwissenschaften assoziiert werden, machte am FG auch Musiklehrer Steffen Jahnke die Erfahrung: „Ich kann meinen Unterricht zu 90 Prozent digital organisieren.“ Der 55-Jährige, der kein Smartphone hat, aber seit Einführung der Lehrer-Tablets digital fit ist, nimmt beispielsweise Lernvideos für zu übende Stabspiel-Melodien auf und stellt diese auf seinen YouTube-Kanal.

Die Grenzen des digitalen Fernunterrichts zeigen sich in den Berufsschulen. An den beruflichen Schulen Altötting werden angehende Elektroniker für Automatisierungs-, Betriebs-, Energie- und Gebäudetechnik sowie Mechatroniker unterrichtet. Die Ausbildung läuft realitätsnah an industriellen Anlagen. Was im Präsenzunterricht ein Riesenvorteil ist, wird im digitalen Fernunterricht kompliziert.

Foto: BSAOE

Allerdings weiß er nicht, was damit bei den Schülerinnen und Schülern zu Hause weiter passiert: Haben sie ein Instrument, einen Drucker, können sie die Dateien herunterladen, MP3s abspielen und YouTube-Videos schauen? „Das ist eine große Grauzone. Ich gebe mir wahnsinnig Mühe, es macht auch Spaß – aber es fehlt eine verbindliche Antwort auf die Frage: Was kann ich verlangen?“

Jahnke schätzt seine Rücklaufquote auf 70 Prozent. Damit sei er vor dem Hintergrund, dass „sich jeder gerade irgendwie durchwurstelt“, ganz zufrieden. „Aber es können einem nicht dauerhaft 30 Prozent durchrutschen.“ Da Fernunterricht die Schulen noch länger begleiten werde, wünscht er sich klare Ansagen aus dem Kultusministerium. „Die Einschwingphase ist durch, jetzt müssen Konzepte entwickelt werden.“

Konzentration leidet

Hoffmann plädiert dafür, Schulen mehr individuellen Spielraum zu geben. An Stoffplänen festzuhalten, funktioniere angesichts unterschiedlicher Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler zu Hause nicht. „Viele Kinder und Jugendliche erwerben nun jedoch Kompetenzen wie selbstständige Lernorganisation und den Umgang mit digitalen Tools, was auch über die Corona-Zeit hinaus nützlich ist.“

Aus der Schülerperspektive klappt der digitale Unterricht „teils teils – kommt immer auf den Lehrer und das Fach an“, wie Fabian Metzger aus der Kursstufe 1 sagt. Sowohl Lehrkräfte als auch Schülerinnen und Schüler müssten sich zudem noch daran gewöhnen, vor einer Webcam zu sitzen. „Viele sind schüchterner als sonst und melden sich weniger.“

Mit dem eigenständigen Arbeiten kommt der 16-Jährige, der in seiner Freizeit gerade die App „Kursplaner – Abitur BW“ programmierte, gut klar. „Die Motivation, selbst an Sachen zu arbeiten, ist bei mir immer da.“ Allerdings stellt auch er fest, dass die Konzentration zu Hause schlechter sei: „Das eigene Zimmer und der eigene Schreibtisch lenken doch sehr ab – oder auch das Handy.“ Außerdem habe er sich mit der Zeit eher „in Richtung Ferien“ entwickelt. „Wenn keine Videokonferenz

war, bin ich nicht um sieben, sondern um zehn Uhr aufgestanden.“

Ortswechsel: An den beruflichen Schulen Altötting unterrichtet Robert Bark angehende Elektroniker für Automatisierungs-, Betriebs-, Energie- und Gebäudetechnik sowie Mechatroniker. Der Stoff reicht von einer einfachen Taster-schaltung, die entworfen, aufgebaut und getestet werden muss, bis zu komplexen Problemstellungen an cyber-physischen Systemen. Die Ausbildung läuft realitätsnah an industriellen Anlagen.

Was im Präsenzunterricht ein Riesenvorteil ist, wird im digitalen Fernunterricht kompliziert: „Was wir vor Ort in den Klassen machen, ist in einer reinen Onlinebeschulung nicht möglich“, sagt Bark. „Vieles ist schon an der Anlage für die Schüler nicht einfach nachzuvollziehen.“ In eine digitale Form übersetzen ließen sich fast nur Grundlagen für Ausbildungsanfänger, schon ab dem zweiten Jahr seien die Szenarien aufwändiger. „Die Hard- und Software dazu haben Schüler privat gar nicht.“ Viele besäßen noch nicht mal einen Laptop, sondern machten alles per Smartphone.

Also muss Bark, der auch wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Technikdidaktik der Technischen Universität (TU) München ist, improvisieren: Arbeitsblätter gestalten, Versuche abfilmen und für Fragen regelmäßig im Videochat zur Verfügung stehen. Die jungen Menschen an Berufsschulen sind etwa mit Blick auf Vorbildung und Herkunft oft sehr heterogen. „Einser-Abiturienten sitzen neben Schülern, die die Mittelschule nicht geschafft haben. Dieser Spagat ist für Lehrkräfte schon im Präsenzunterricht riesig und im digitalisierten Unterricht bisher kaum zu schaffen.“

Barks Einschätzung: „Man verliert Schüler – und bekommt nur schwer ein Gefühl dafür, wie viele und wen genau. Im Unterricht erkennt man sonst schon am Gesichtsausdruck, ob eine Information angekommen ist oder nicht.“ Nachfragen per Mail oder Chat gebe es weniger als im Unterricht. Dort kann sich Bark in Freiarbeitsphasen auch individueller mit Schülern befassen, das fällt nun weg. Ebenso die Tutor-ähnliche Rolle guter Schülerinnen und Schüler, die schwächeren etwas erklärten. „Wir ha-

ben hier zur guten digitalen Schule noch einen langen Weg vor uns.“

Der GEW-Experte für Berufliche Bildung, Ansgar Klinger, betont: „Die Corona-Krise wird die Unterschiede zwischen leistungsstarken und -schwächeren Schülerinnen und Schülern vertiefen.“ Für letztere sei eine besondere Förderung erforderlich, ebenso für geflüchtete Auszubildende, deren Sprachkenntnisse für den Digitalunterricht noch nicht ausreichen. Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) etwa müssten verstärkt angeboten werden.

„Die Lehrkräfte kennen die Probleme und können gute Konzepte für eine sinnvolle Kombination aus Präsenz- und Fernunterricht erstellen. Dazu brauchen sie jedoch Zeit im Sinne von Arbeitszeit“, sagt Klinger. Insgesamt bilanziert er: „Die Qualität der Ausbildung ist stark beeinträchtigt.“ Auch weil fast 750.000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet hätten – „und Kurzarbeit und duale Ausbildung ein Widerspruch sind“.

Vorlesung als Videoreihe

Weiterer Ortswechsel: Woche acht im Homeoffice von Johannes Teichert in Berlin-Friedenau. Der Juniorprofessor im Fachbereich Chemie an der TU Berlin hat im Sommersemester 2020 durchgehend Spätschicht. Er teilt sich das häusliche Arbeitszimmer mit seiner Frau. Diese nutzt den Schreibtisch von sechs bis 13 Uhr, um 14 Uhr übernimmt Teichert. Aktuell gibt er die Vorlesung „Organische Chemie I“, eine Einführungsveranstaltung für rund 150 Studierende im zweiten Semester. Statt aus Präsenzveranstaltungen besteht diese nun aus Videos und einem digitalen Skript. „Erst wollte ich das live machen, damit Nachfragen gestellt werden können“, sagt der 39-Jährige. Dann stellte er jedoch fest, dass Videokonferenzen in dieser Größe technisch ein Problem sind. Und nicht alle Studierenden immer überall schnelles Internet haben.

Nun also erklärt Teichert Themen wie „Nucleophile Substitution“ in vorproduzierten Videos, die seine Studierenden jederzeit online abrufen können. In der Regel sind seine per Zoom aufgezeichneten Beiträge 30 Minuten lang – ungefähr, denn: „Ich habe jetzt etwas mehr Freiheit in der Lehre.“





Foto: mauritius images/Zoran Kompar/Alamy

Corona macht's möglich. Nicht nur in den naturwissenschaftlichen Fächern oder Mathematik und Deutsch werden jetzt neue Medien eingesetzt, auch der Musikunterricht wird digital organisiert.

>>> Bisher bedeutet digital aber auch: mehr Arbeit. Auf die Videos bereitet sich Teichert intensiver vor als auf eine klassische Vorlesung. Andererseits ist er zeitlich flexibler für Forschungsaufgaben, denn seine Videos nimmt er auf, wann es gerade passt. Wie weit seine Studierenden sind, kann er jetzt deutlich an den Nutzerzahlen von „Teicherts Quizzes“ ablesen – das sind kurze Quizze auf der TU-Lernplattform ISIS, mit denen die Studierenden ihren Wissensstand überprüfen können.

Viel Eigeninitiative

Bei der Gestaltung der eigenen Onlinelehre sei sehr viel Eigeninitiative gefragt, sagt der 39-Jährige, der dazu viele Formate von US-Universitäten sichtete. „Ich nutze dies aber auch als Chance für mich, um mich da sauber einzuarbeiten.“ Bisher gibt es keinen Ersatz für die komplett wegfallenden Laborversuche. „Das ist ein Problem, denn ein großer Teil unserer Ausbildung ist das Handwerk.“ Künftig will Teichert mehr mit dem Konzept des Inverted Classrooms arbeiten: „Wenn ich die Vorlesung jetzt digital habe, warum sollte ich sie nochmal komplett an der Tafel halten?“ Die Videos ersetzen dann die Veranstaltung, Übungen erfolgten weiter im Tutorium. Studierende, die nebenbei jobben, könnten so zeitlich flexibler lernen. Auch seine Onlinesprechstunde mit meist 60 Studierenden will er beibehalten, „weil dann nicht nur

eine Person Fragen beantwortet bekommt“.

Bei Ann-Kathrin Hoffmann, die an der Europa-Universität Flensburg im vierten Semester Geschichte und Wirtschaft/Politik auf Lehramt studiert, finden zwei Drittel ihrer Veranstaltungen synchron statt – per Cisco WebEx. Technisch läuft das oft nicht rund: „Die Formate sind störanfällig“, sagt die 25-Jährige. Sie habe zu Hause kein schnelles und stabiles Internet, „da bekommt man dann einfach nicht alles mit“. Jüngst fiel der Mailserver der Hochschule wegen Überlastung für neun Stunden aus. Das macht die Kommunikation untereinander schwieriger.

Probleme zeigen sich auch im Zusammenhang mit den asynchronen Veranstaltungen, bei denen es meist um Textarbeit mit schriftlichen Aufgaben und festen Abgabeterminen geht. Zum Beispiel sind Recherchen schwierig: „Unsere Bibliothek hat zu wenige Onlinezugänge.“ Viele ihrer Mitstudierenden stöhnten über einen „wahnsinnigen Mehraufwand“. Trotz der Widrigkeiten sagt Hoffmann, die zudem Gasthörerin an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ist, aber auch: „Ich kann jetzt stärker in meinem eigenen Tempo arbeiten und bin flexibler.“

Kennzeichnend in diesem Semester ist für die im Studierendenausschuss der GEW Schleswig-Holstein aktive Hoffmann: „Jeder macht, wie er kann und will.“ Vielleicht führt auch dies zu ihrer

weiteren Beobachtung: „Manche Studierende sind im Laufe des Semesters verschwunden.“

Der GEW-Hochschulexperte Andreas Keller bemängelt zu wenig konkrete Unterstützung und Fortbildungsangebote für die Lehrenden, die sich meist autodidaktisch „im Crashkurs“ hätten vorbereiten müssen. Er fordert zudem, dass künftig die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker genutzt werden, indem interaktive Formate angeboten und nicht einfach nur Vorlesungen abgefilmt werden.

Solche Entwicklungen voranzutreiben, müsse auch Ziel des Nachfolgeprogramms „Innovation der Hochschullehre“ des 2020 auslaufenden Qualitätspakts Lehre sein, so Keller weiter. Die Erfahrungen über die eigene Hochschule hinaus zu teilen, müsse organisiert und eine Plattform zum Austausch geschaffen werden. „Wichtig ist, dass nicht jede Hochschule im eigenen Saft schmort oder die Ellbogen ausfährt und sämtliches Wissen für sich behält.“ Da das neue Programm kleiner als der Vorgänger sei, drohe vielen Projekten und Beschäftigten derweil das Aus. „Wir brauchen aber nachhaltige Strukturen.“

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

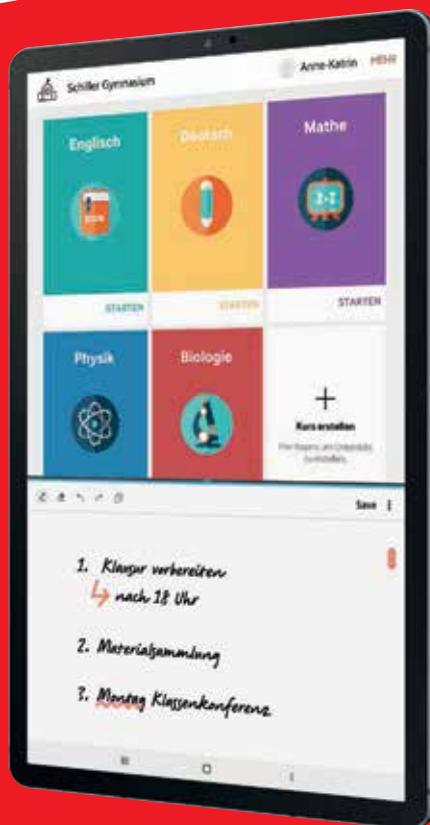
Streber im Klassenzimmer.



SAMSUNG Neues Lernen

Faszination Lernen 2.0 Das Lösungspaket für den DigitalPakt Schule – gemeinsam mit Samsung und Media Markt

Wie lernen wir? Seit jeher beschäftigt diese Frage Wissenschaft und Forschung. Denn Lernen ist ein hochkomplexer Vorgang im Gehirn, bei dem rund 100 Milliarden Nervenzellen miteinander kommunizieren. Keine Frage: Lernen fasziniert. Und ist gleichermaßen im Wandel wie die gesamte Gesellschaft. War früher noch beispielsweise der Rechenchieber ein gängiges Lehrmaterial, sind wir heute beim Einsatz digitaler Medien angekommen. Kinder und Jugendliche begeistern sich für digitale Geräte wie Tablets, die sich sinnvoll in den Unterricht einbinden lassen.



Samsung Galaxy Tab S6 Lite

Am besten ist es, wenn alle Schüler oder Studenten die gleiche Basis haben. Kein Problem mit dem unter 500 Gramm leichten Galaxy Tab S6 Lite. Es lässt sich mit dem enthaltenen S Pen wie ein Notizblock nutzen, bietet viel Speicher für Apps, Fotos, PDF-Dateien, fotografiert Aufgaben mal eben schnell ab und hat genug Akku-Power, um lange durchzuhalten. Das Metallgehäuse des Tablets ist besonders widerstandsfähig. Mit Samsung Knox können Lehrer alle Tablets auf einmal mit neuen Apps ausstatten und bestimmen dank Classroom Management, was genutzt werden darf. Gemeinsam mit Media Markt (und Saturn) bietet Samsung datenschutzkonformen Zugriff auf Lehrmaterialien*, Samsung Classroom Management zur Unterrichtsorganisation, Lehrkräfte-Training und mehr. Schüler, die keine stabile Internetverbindung zuhause haben, können mit einer LTE Variante ausgestattet werden. Für Lehrer bietet sich die Tab S6 Premium-Variante (LTE oder WiFi) an.

* Antares Projekt + Lehr- und Lernmaterialien

 Microsoft 365



Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem
Geschäftskundenberater, unter **0221/222 43-910**
oder unter **www.mediamarkt.de/geschaeftskunden**

Keine Mitnahmegarantie. Alle Angebote ohne Dekoration. Angebote gültig solange der Vorrat reicht. Irrtümer und technische Änderungen vorbehalten.



Media Markt®

PARTNER FÜR GESCHÄFTSKUNDEN

„Alle Kinder freuten sich“

// Mitte März wurden bundesweit alle Schulen aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie geschlossen. E&W sprach damals mit der Berliner Lehrerin Franziska Böhmer darüber, wie sie und ihre Kolleginnen und Kollegen den Fernunterricht organisiert und mit welchen Problemen sie zu kämpfen haben (s. E&W 5/2020). Seit Mitte Mai findet an der Grundschule wieder Unterricht statt. E&W fragte nach, wie die Schule mit dem Lernen in Corona-Zeiten umgeht. //

E&W: Wie ist der eingeschränkte Präsenzunterricht an Ihrer Schule angelaufen?

Franziska Böhmer: Als zuerst die 10. Klassen des Förderzentrums kamen, war das ein Testlauf, der gut klappte, so dass dann für die 6. Klassen eine Woche später das gesamte Schulgebäude mit den Hygieneregeln gekennzeichnet wurde. Es gibt einen Eingang, einen Ausgang, die Kinder stellen sich auf dem gekennzeichneten Schulhof auf, werden beaufsichtigt, bis die zuständige Lehrkraft sie abholt und durchs Schulhaus führt. Überall sind Laufrichtungspfeile und Abstandsstreifen, sodass wir uns alle gut orientieren können. Als die Erstklässler dazu kamen, stellten wir fest, dass sie die Regeln noch viel disziplinierter einhalten können als die Großen. Das war eine Erleichterung. Alle Kinder freuten sich, wieder in die Schule zu dürfen, alle Lehrkräfte und Erzieherinnen freuten sich, die Kinder wiederzusehen. Als dann alle Klassen wieder in die Schule kamen, haben wir die Stundenpläne so organisiert, dass räumlich immer nur eine Klasse in einem Flur ist. Das bedeutet zwar, dass alle Kinder nur 90 Minuten wöchentlich in der Schule sein können, aber es ist



Foto: Kay Herschelmann

Franziska Böhmer unterrichtet an der Hans-Fallada-Schule in Berlin-Neukölln Mathe, Kunst und Sport.

zu spüren, dass schon das einen großen Unterschied für alle macht. Die Motivation fürs Homeschooling konnte erneuert werden.

E&W: Nur ein Teil der Schülerinnen und Schüler hatte im häuslichen Umfeld gute Bedingungen für digitales Lernen. Macht sich das in Lernrückständen bemerkbar, und wenn ja, wie versuchen Sie, diese Rückstände zu reduzieren?

Böhmer: Da ich von vorneherein nicht auf digitales Lernen gebaut habe, weil nur drei Kinder meiner Klasse dafür ausgestattet sind, sind die Rückstände eher da entstanden, wo die Eltern es nicht geschafft haben, eine Lernumgebung und Struktur zu gestalten. Ein Kind haben wir in der Notbetreuung unterbringen können. Und natürlich werden wir im nächsten Schuljahr daran arbeiten, die Rückstände aufzuholen.

E&W: Als wir das letzte Mal miteinander gesprochen haben, sagten Sie, dass Sie sich vor allem um die Kinder aus Familien mit großer Schuldistanz Sorgen machen. Wie geht es diesen Kindern heute?

Böhmer: Bei drei Kindern ist eine große Distanz entstanden. Wir sind mit den Eltern in Kontakt. Wirklich einwirken können wir erst nach den Sommerferien. Da wir eine sehr aktive Schulsozialarbeit haben, bin ich optimistisch, dass die Distanz überwunden werden wird, sobald die Schule wieder regelmäßig stattfindet.

E&W: Wie haben die Kinder den Lockdown emotional und psychisch verarbeitet?

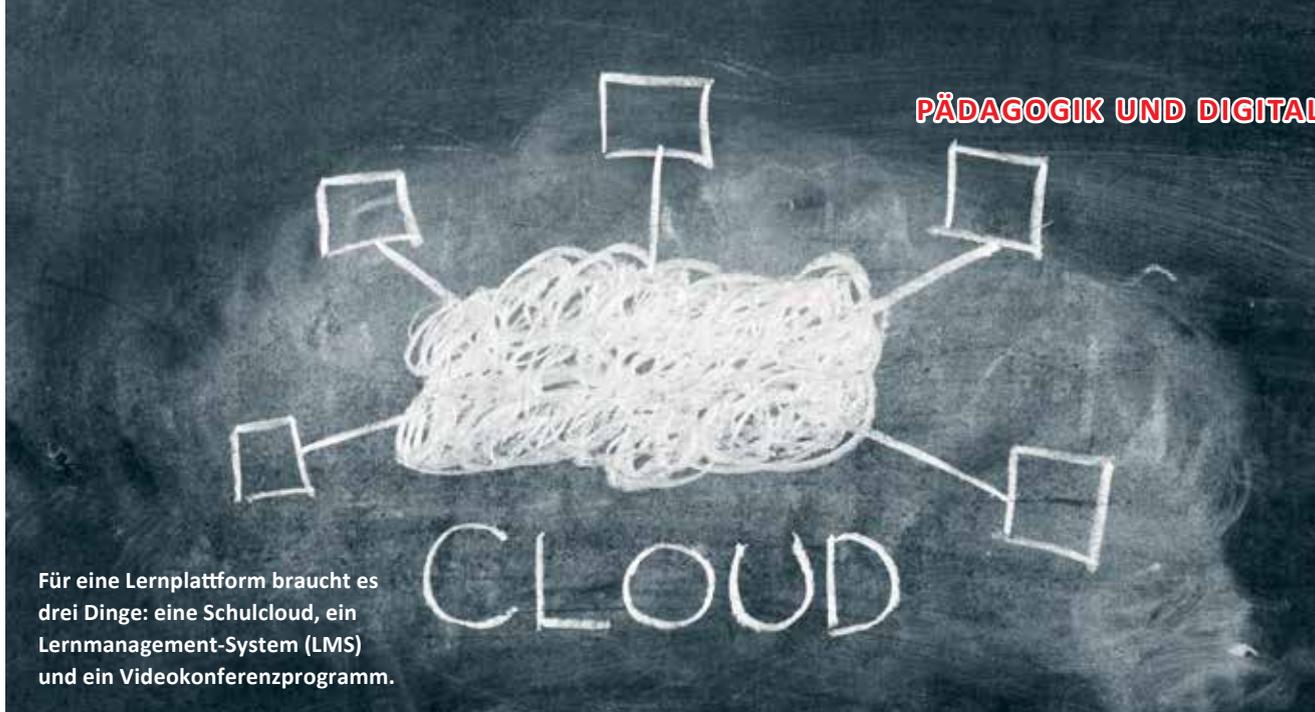
Böhmer: Die allermeisten Kinder meiner Klasse haben ihn gut verkraftet. In der Schule erlebe ich die Kinder als sehr ernst und konzentriert. Es fehlen ihnen die Freunde zum Spielen, es fehlt der Gruppenrahmen. Vielen ist zu Hause langweilig. Aber mein Eindruck ist, dass die meisten Familien das gut auffangen können.

E&W: Wie hat sich Ihre Schule auf einen möglichen neuerlichen Lockdown vorbereitet?

Böhmer: Im Gegensatz zum ersten Lockdown, kennen wir jetzt die Situation. Wir sind im bestmöglichen Kontakt mit den Eltern und Kindern. Wir haben, wenn möglich, digitale Strukturen und Know-how bei den Kindern geschaffen und bauen das weiter aus. Bei der Planung des kommenden Schuljahres denken wir einen möglichen Lockdown mit und bestellen zum Beispiel Material, das die Kinder zu Hause selbstständig nutzen können. Wichtiger finde ich aber, dass von den Verantwortlichen Strategien und Pläne ausgearbeitet werden, die es uns erlauben, ohne kompletten zweiten Lockdown durch die Krise zu kommen. Wir können aufgrund unseres Konzepts bei einem Corona-Ausbruch punktuell sagen, mit wem die infizierten Kinder Kontakt hatten und sie in Quarantäne schicken, ohne die ganze Schule schließen zu müssen. Ich hoffe sehr, dass der Kultusministerkonferenz klar ist, dass ein normaler Schulunterricht in unnormalen Zeiten nicht möglich ist!

Jürgen Amendt,

Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“



Für eine Lernplattform braucht es drei Dinge: eine Schulcloud, ein Lernmanagement-System (LMS) und ein Videokonferenzprogramm.

Foto: mauritius images/Luminis/Alamy

Nach Alternativen suchen

// Schulcloud und Lernmanagement-System, Google und Moodle, IServ und itslearning – wer blickt da noch durch? Und wie steht es um den Datenschutz bei den digitalen Helfern für Fernunterricht und kollaboratives Arbeiten in der Schule? Drei GEW-Fachleute sorgen für Orientierung. //

Die Begriffe. Eine Cloud im engeren Sinn ist ein externer Computer, der große Mengen Daten speichert. Schulcloud-Angebote sind oft mit Lernmanagement-Systemen (LMS) verbunden. LMS ermöglichen, Unterrichtsmaterial via Internet hochzuladen. Sie erlauben ferner, interaktive Aufgaben wie Lückentexte oder Multiple-Choice-Aufgaben zu verteilen und auszuwerten. „Ein LMS umfasst aber nicht automatisch die Möglichkeit zu kollaborativem Arbeiten“, betont David Warneck, Leiter des Arbeitskreises Digitalisierung der GEW Baden-Württemberg. Auch ein Videokonferenzprogramm sei nicht unbedingt enthalten. Erst wenn all diese digitalen Anwendungen zusammenkommen, könne man von „Lernplattform“ sprechen. Bekannte Anbieter von LMS oder Lernplattformen sind Google, Microsoft (beide USA), Moodle (Australien), IServ (Deutschland) oder itslearning (Norwegen). **Sollten Schulen auf Cloud-Angebote von Google, Microsoft und Apple verzichten?** Dies fordert der Bielefelder Datenschutz-Verein digitalcourage. Begründung: Den großen IT-Konzernen gehe es vor allem darum, Schülerdaten zu sammeln. „Zu pauschal und zu undifferenziert“, urteilt Klaus Keßler von der AG Digitalisierung der GEW Nordrhein-Westfalen. Die Bundesländer sollten mit den US-Firmen verhandeln, schlägt Warneck vor. Wenn diese gewährleisten, dass die Datenschutz-Grundverordnung eingehalten werde und es zu einer vertraglichen Regelung komme, „wäre auch ein Einsatz solcher Dienste möglich“. Datenschutzkonform sei, wenn der Server in Deutschland stehe. Auch dürften Daten nicht an Dritte weitergegeben werden. Ziel sollte laut Warneck jedoch sein, den Schulen auch Alternativen zu den großen US-Firmen anzubieten: „Das kann Moodle als LMS sein, BigBlueButton als Videokonferenztool oder Threema als Messengerdienst.“

Sollte die Software der Lernplattform Open Source sein?

Auch Programmierer, die nicht für den Anbieter tätig sind, hätten dann die Möglichkeit, die Software weiterzuentwickeln. „Ein klares Nein“, antwortet Keßler. Wichtig sei, „dass für die Software ein leistungsfähiger externer Support zur Verfügung steht“. In München, so Keßler, sei ein Open-Source-Großprojekt erst kürzlich gescheitert. Warneck hingegen äußert sich pro Open Source: „Weil damit Funktionen und Verfahren, zum Beispiel im Bereich Datenverarbeitung, nachvollziehbar sind.“ Das schaffe Transparenz. Auch seien viele Open-Source-Anwendungen auf Datensparsamkeit angelegt. Zugunsten von Open Source äußert sich auch Uli Härtel vom GEW-Landesverband Sachsen-Anhalt. Derlei Systeme ließen sich „an zielgruppenspezifische Bedürfnisse“ anpassen, so Härtel. Die Software laufe zudem auf Computern, „die nicht üppig ausgestattet sein müssen“. Das senke die Anschaffungs- und Folgekosten für digitale Endgeräte. Davon könnten auch Schülerinnen und Schüler aus ärmeren Familien profitieren.

Landesweite Lösungen oder jeder Schulträger für sich?

Härtel schlägt vor, dass jedes Bundesland eine einheitliche Lernplattform anbietet. Vorteile: „Beim Wechsel zu weiterführenden Schulen ist das System bekannt.“ Dies gelte auch bei Umzug innerhalb eines Bundeslandes. Zudem sei eine „einheitliche Wartung und Erweiterung möglich“. Ein landesweites Angebot gewährleiste in der Regel „eine rechtssichere Nutzung“, so Warneck. In diesem Fall habe das Land die Auftragsvertragsverträge abgeschlossen. Der bürokratische Aufwand für die einzelne Schule falle „deutlich geringer“ aus. Landesweite Angebote seien zudem in der Regel für die Schulen kostenlos. Es gebe eine Lizenz, die von allen Schulen genutzt werden könne.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Bildungsplattformen der Bundesländer im Überblick:

bit.ly/bildungsplattformen-bundeslaender

GEW über Apps, Tools und soziale Medien für Lehrkräfte:

www.gew.de/bildung-digital



Schöne neue Digitalwelt?

// Die Digitalisierung bietet den Schulen neue Möglichkeiten. In vielen Bereichen kann sie das Lernen durch neue Herangehensweisen und Formate bereichern. Entscheidend ist jedoch: Die Pädagogik muss das Heft des Handelns in der Hand behalten. //

Mit der Corona-Pandemie waren die Lehrkräfte von heute auf morgen damit konfrontiert, das Lernen auf Distanz zu organisieren. Dies machte eine beschleunigte Nutzung digitaler Tools und Medien notwendig. Die Möglichkeiten der Digitalisierung wurden dabei ganz unterschiedlich genutzt. Sie reichten vom Verschicken von Aufgabenpaketen per E-Mail bis hin zu umfassenden Konzepten, die auch Videokonferenzen mit den Lernenden einschlossen. Wir haben gesehen: Die Digitalisierung kann das Lernen erleichtern. Sie bietet große Chancen, Distanz- und Präsenzlernen zu verbinden.

Gerade die ungeheuren Möglichkeiten des digitalen Lernens können jedoch dazu verleiten, die damit zusammenhängenden Probleme zu übersehen.

Die folgenden Punkte halte ich für besonders beachtenswert:

1. Digitalisierung und Normierung

In den meisten Fächern gibt es Basiselemente, die das Fundament für den freien Umgang mit den darauf aufbauenden Inhalten bilden. Dies ist bei Vokabeln, grammatischen Formen und historischen Daten nicht anders als bei mathematischen Formeln oder dem Einmaleins. Die Digitalisierung kann dabei helfen, das harte Brot des Auswendiglernens durch phantasievolle Elemente aufzulockern. Sie kann aber auch schlicht den analogen Pattern-Drill in die digitale Welt übertragen. Dies ist bestenfalls überflüssig, kann sich schlimmstenfalls aber auch negativ auf die Kreativität der Lernenden auswirken. Letzteres ist insbesondere dann der Fall, wenn das Multiple-Choice-Prinzip auf komplexere Aufgaben angewendet wird. So berücksichtigen die Programme oft nicht die Verschiedenartigkeit der Lösungswege, wie sie etwa bei mathematischen Textaufgaben denkbar sind.

2. Digitalisierung und Mündigkeit

Die unter dem Schlagwort „Learning Analytics“ zusammengefassten digitalen

Lernprogramme werben damit, dass sie den Lernenden maßgeschneiderte Aufgaben für ihre Lernprobleme zusammenstellen. Gleichzeitig fördern sie jedoch eine passive Lernhaltung, die auch in anderen Bereichen Unterordnung und Konformität nahelegt. Dies erschwert die Herausbildung eines Denkens, das sich kritisch mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzt.

3. Digitalisierung und Taxierung

Die Digitalisierung kann die Selbstständigkeit der Lernenden auf vielfältige Weise fördern. Dies gilt für die Recherche bei der Portfolioarbeit ebenso wie für die Nutzung der digitalen Möglichkeiten, Lerninhalte zu verarbeiten und zu präsentieren. Das Ziel von „Learning Analytics“ ist jedoch gerade nicht die Förderung des selbstgesteuerten Lernens und der geistigen Autonomie der Lernenden. Stattdessen dienen diese Programme einer Perfektionierung des taxierenden Systems der Ziffernnoten und der Vergleichsarbeiten.

4. Digitalisierung und Ökonomisierung

Der Digitalpakt hat zu einer Intensivierung von Formen des Public Private Partnership geführt. Dies bedeutet zum

einen, dass die Politik verstärkt privatwirtschaftliche Institute mit der Entwicklung schulischer Lernprogramme beauftragt. Zum anderen profilieren sich aber auch die großen Tech-Konzerne vermehrt mit eigenen Angeboten in diesem Bereich. Dies birgt die Gefahr, dass das schulische Lernen von ökonomischen Interessen beeinflusst wird. Dabei ist sowohl an eine wirtschaftskonforme Ausrichtung der Bildung zu denken als auch an eine Art von Schleichwerbung über die Verbindung der Lernprogramme mit bestimmten Markennamen. Eine aktuelle Studie von Professor Tim Engartner zur Ökonomisierung der schulischen Bildung* zeigt unter anderem, dass gerade Kinder für eine solche Beeinflussung besonders empfänglich sind, da die Fähigkeit zur kritisch-distanzierten Reflexion ihres Nutzerverhaltens noch nicht so ausgeprägt ist.

5. Digitalisierung und Datenschutz

Bei der Nutzung von Programmen der großen Internetkonzerne stellt sich im-

mer auch die Frage: Was passiert mit den Daten? Wie und wo werden sie abgespeichert? Wer nutzt sie zu welchen Zwecken? Gerade bei kostenlosen oder kostengünstigen Lockangeboten ist deshalb Vorsicht geboten. Dies gilt im Übrigen auch für die Verarbeitung von Lerndaten der Schülerinnen und Schüler durch die Lehrkräfte. Daraus resultieren auch neue Anforderungen für Arbeitsschutz und Arbeitsrecht: Wenn die Speicherung von Daten der Lernenden auf den Endgeräten der Lehrenden nicht sicher ist, müssen Letzteren von der Schule Dienstgeräte zur Verfügung gestellt werden. Es kann nicht sein, dass die Politik die Verantwortung für den Datenschutz auf die Lehrkräfte abwälzt.

6. Digitalisierung und Gesundheitsschutz

Die neuen Möglichkeiten, die das digitale Lernen bietet, gehen zugleich mit neuen Belastungen einher. Für die Lehrkräfte betrifft das – dies hat die GEW-Studie zur Umsetzung des Digitalpakts

an den Schulen (s. S. 16 ff.) gezeigt – insbesondere die zunehmende Entgrenzung der Arbeitszeit, wie sie sich etwa durch E-Mails und Chat-Kontakte mit Lernenden und Eltern ergibt. Hier müssen klare Regeln und zeitliche Grenzen definiert werden. Die Lernenden müssen darauf achten, dass eine etwaige Neigung zur Computersucht und die Gefahr mangelnder Bewegung nicht ungewollt durch intensiveres digitales Lernen verstärkt werden.

So lässt sich festhalten: Nicht die Digitalisierung soll die Pädagogik bestimmen, sondern die Pädagogik die Digitalisierung.

Ilka Hoffmann,
GEW-Vorstandsmitglied Schule

***Tim Engartner: Ökonomisierung schulischer Bildung, Rosa-Luxemburg-Stiftung (2020):**
bit.ly/engartner-oekon-schule-pdf



»TROTLOS ...

... waren meine Tage.

Aber dann habe ich mir in der Habichtswald-Klinik Hilfe geholt und meine Lebensfreude und Stärke wiedergefunden. «

Über 30 Jahre
Expertise in
ganzheitlicher
Therapie



Habichtswald-Klinik

Aufnahme als Krankenhausaufenthalt oder Rehabilitation möglich.
Gerne beraten wir Sie ausführlich und persönlich: **0800 890 11 00**

Digitalisierung in a nutshell

// Nicht nur Schülerinnen und Schüler sind im digitalen Zeitalter gezwungen, auf Smartphones zu lernen. Auch Lehrkräfte arbeiten nahezu ausnahmslos mit ihren privaten Geräten. Und holt man die Wirtschaft ins Boot, hapert es mit dem Datenschutz. //

Wenn Miriam Weber ihren Unterricht vorbereitet, muss sie nicht nur überlegen, welches Fach dran ist. Sondern auch, welcher Weg der Kommunikation nun angesagt ist: die Lernplattform Discord, E-Mail, Moodle? Wird es eine Videokonferenz geben; bei Skype oder bei Zoom – übrigens beides Plattformen, von denen Datenschützer abraten? Auch dass sie erledigte Aufgaben farbig ausdrucken soll, kommt vor. „Viele von uns haben weder einen Laptop noch einen Drucker“, sagt die stellvertretende Schülersprecherin an einem Gymnasium in Rheinland-Pfalz (RLP), „die meisten arbeiten mit ihrem Smartphone.“ Dieses dürfen sie jedoch erst seit wenigen Wochen in der Schule benutzen, zuvor war das laut Hausordnung untersagt. Für digitalen Unterricht wiederum, sagt sie, stünden bis dato „nur zwei alte PCs in der Bibliothek“. Digitalisierung in a nutshell – aus Sicht einer 17-Jährigen, die erklärt, über nichts sprächen sie in der Landesschüler*innenvertretung RLP so oft wie über das

Durcheinander an ihren Schulen: „Jede und jeder macht es anders“, sagt sie, „unsere Lehrkräfte, unsere Schulen – niemand ist auf Online-Lehre vorbereitet.“

Von China lernen

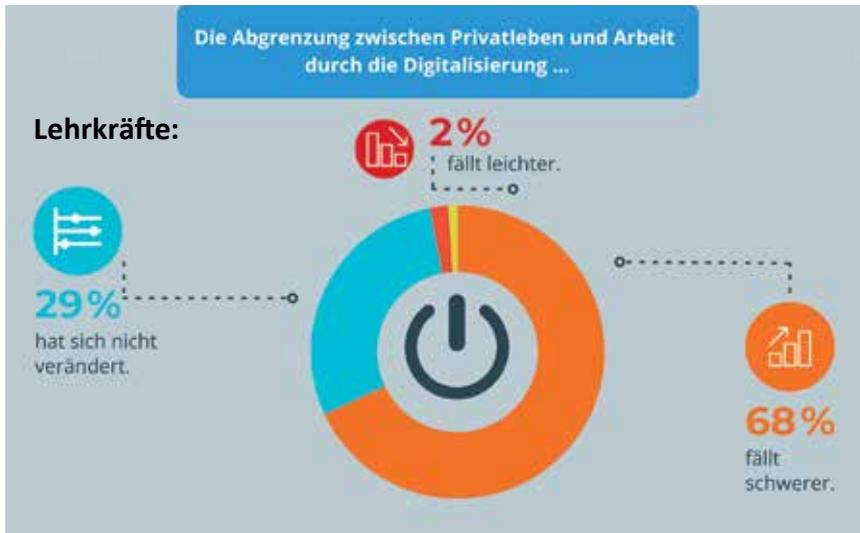
Andreas Schleicher, OECD-Bildungsdirektor und um pointierte Statements nie verlegen, sagte es bei einer Online-Veranstaltung jüngst so: Deutschland habe „ein Schulsystem aus dem 19. und pädagogische Konzepte aus dem 20. Jahrhundert“. Wir leben aber im 21. Jahrhundert“. Dazu legte er eine Reihe Grafiken aus der jüngsten PISA-Studie vor. Auf jeder einzelnen findet sich Deutschland im unteren Drittel des Vergleichs der Industriestaaten. Bei der Antwort auf die Frage, ob Lehrkräfte ausreichend Gelegenheit haben, den Einsatz digitaler Lehrmittel zu erlernen, geht es besonders tief hinab: bis auf den drittletzten Platz. Von China bis zu den Arabischen Emiraten, so Schleicher, könnte Deutschland in Fragen der Fort- und Weiterbildung noch viel lernen. Wozu das nach Schließung der Schulen im März führte, erhob das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag der Wochenzeitung ZEIT und der Robert-Bosch-Stiftung in einem „Schulbarometer Spezial“*: Zwei Drittel – 66 Prozent – der Lehrkräfte in Deutschland fühlten sich nach eigener Aussage nicht gut vorbereitet auf den Corona-induzierten Fernunterricht.

Im internationalen Vergleich befindet sich das deutsche Schulsystem hinsichtlich der digitalen Ausstattung und der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte im unteren Drittel der Industriestaaten.

Die Anfang Juni vorgestellte jüngste Studie zum Digitalpakt Schule** im Rahmen des GEW-Projekts „Bildung in der digitalen Welt“ bestätigt das: Mit nur 18 Prozent findet nicht einmal jede und jeder fünfte der Schulmitarbeitenden – also zumeist Lehrkräfte –, dass genügend Fortbildungsangebote zu Digitalisierungsthemen angeboten würden. Besucht hat mehr als die Hälfte (58 Prozent) in den vergangenen zwei Jahren eine solche. Die Diskrepanz erklärt Ilka Hoffmann, GEW-Vorstandsmitglied für Schule, so: „Lehrkräfte schauen sehr genau hin, ob sich die Inhalte einer Fortbildung auch auf die Unterrichtspraxis anwenden lassen.“

Nicht ahnend, welche plötzliche zusätzliche Aktualität den Daten zukommen würde, ließ die GEW in den Wochen bis zum 2. März den Stand an deutschen Schulen im Jahr nach der Verabschiedung des Digitalpakts erheben. Die für Mitglieder der Bildungsgewerkschaft repräsentativen rund 3.400 Antworten machen deutlich: Das Problem ist nicht die in der Öffentlichkeit oft beklagte mangelnde Digital-Affinität von Lehrkräften; mit 93 Prozent geben fast alle an, digitale Medien zu nutzen, mehr als jede und jeder Zweite mehrmals die Woche. Allerdings stellen mehr als zwei Drittel (68 Prozent) fest, dass es ihnen schwerer fällt, Privatleben und Arbeit zu trennen. Wohlgermerkt: „vor Corona“. Seither dürfte sich das noch einmal verschärft haben. „Ich unterrichte pubertierende Schülerinnen und Schüler. Die geben auch schon mal nachts um drei ihre Antworten ab“, erzählt Konstantin Kieser, Lehrer an einer Sekundarschule in Berlin-Wedding und aktiv in der Jungen GEW Berlin.





Privatleben und Arbeit sind schon deswegen untrennbar, weil Lehrkräfte die Digitalisierung auf denselben Geräten voranbringen, auf denen sie sich zum Joggen verabreden und mit ihren Eltern oder Kindern chatten. 90 Prozent nutzen ihr privates Gerät auch dienstlich. In Unternehmen wie in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes sei „kaum vorstellbar, dass Arbeitsgeräte wie selbstverständlich Privatsache sind“, kommentiert Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung.

Zu wenig Geld

Die GEW fordert eine öffentliche Finanzierung von Endgeräten für Lehrkräfte. Der Digitalpakt, dessen Umsetzung ohnehin aus diversen Gründen schleppend vorangeht, sieht diese kaum vor: Nur 20 Prozent der Gelder dürfen dafür ausgegeben werden. Außerdem sind nach Berechnungen der Bildungsgewerkschaft für eine adäquate digitale Ausstattung an Schulen weit mehr Gelder nötig als die zwischen Bund und Ländern vereinbarten 5,5 Milliarden Euro Digitalpaktmittel bis 2024: nämlich rund 20 Milliarden.

Corona-bedingt hinzugekommen ist ein Zusatzpakt in Höhe von 500 Millionen Euro, mit denen Endgeräte für Schülerinnen und Schüler angeschafft werden sollen. Das Geld soll über die Schulträger in die Schulen fließen; ein anfangs angedachter Weg, an sogenannte benachteiligte Familien 150 Euro auszu zahlen, wurde nach heftiger Kritik – zu

wenig Geld, unklare Verteilung – nicht umgesetzt. Ob es, wie geplant, vor der Sommerpause zu Auszahlungen kommt, war bei Redaktionsschluss der E&W noch offen. Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe sagt, angesichts der aktuellen Lage sei entscheidend, dass „alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu digitalen Endgeräten haben. Wir wissen ja, dass aktuell gar nicht alle erreicht werden können.“

Kieser, der in nicht gerade privilegierter Umgebung unterrichtet, erinnert daran, dass es im System Schule selbst in Ausnahmезeiten nicht nur um Kontakt halten geht. „Eine Reihe der Schülerinnen und Schüler hat keine technischen Geräte, kein stabiles Internet und übrigens auch kaum digitales Know-how: Wie soll ich sie da gerecht benoten?“ Wer es mit der Chancengleichheit ernst meine, müsse dafür Sorge tragen, dass Schulen, Schüler und Lehrkräfte mit Hard- und Software ausgestattet werden – und mit Kompetenzen, diese auch sinnvoll einzusetzen.

Um „digitale Schuldistanz“ zu vermeiden, wurde in Berlin bereits aus Landesmitteln in 9.500 Tablets investiert, die nun bedürftigen Schülerinnen und Schülern zugutekommen sollen. Das allerdings warf prompt ein anderes Problem auf: Wer fast 10.000 Apple-Geräte verteilt, gebe „einer bestimmten Firma den Vorrang“, erklärt Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW Berlin. Auch der Schutz der persönlichen Daten sei unklar.

Mehr als 20 Jahre nachdem der damalige Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers (CDU) einen Vertrag mit der Telekom über den Anschluss Zehntausender Schulen ans Internet schloss, hat sich längst gezeigt: Das massenhafte Ins-Boot-Holen der Computerbranche, zwecks Einsparung staatlicher Mittel in Zeiten unterausgestatteter Kassen, ist nicht nur fragwürdig, weil es den Interessen von Konzernen Schultore öffnet***. Es führt auch zu Problemen beim Datenschutz.

Der jüngste Datenschutz-Skandal ist erst wenige Wochen her: Auf einer mit acht Millionen Euro vom Bundesbildungsministerium geförderten Schulcloud des Hasso-Plattner-Instituts entdeckten Reporter des ARD-Magazins Kontraste mit ein paar Klicks Daten von Schülerinnen und Schülern.

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***bit.ly/schulbarometer-spezial-corona**
****www.gew.de/pm-studie-digitalpakt-schule**
*****siehe Studie von Prof. Tim Engartner „Ökonomisierung schulischer Bildung“, Rosa-Luxemburg-Stiftung (2020): bit.ly/engartner-oekon-schule-pdf**





Recht auf Nicht-Erreichbarkeit

// Der Ruf nach Digitalisierung in Schulen gehört seit dem Corona-Shutdown zum üblichen Kanon der Bildungspolitik. Doch für Lehrkräfte birgt das einige Risiken, besonders beim Datenschutz. Eine Arbeitsgruppe des GEW-Bundesforums zur Digitalisierung sucht Auswege aus dem Dilemma. //

Annika Ahlers aus Rostock hatte ein Problem: Während der flächendeckenden Schulschließungen in der Corona-Zeit wollte die ambitionierte Mathelehrerin die Hausarbeiten ihrer Schülerinnen und Schüler schnell korrigieren, bewerten und zurückschicken. Ihre Gesamtschule hatte zwar Anfang des Jahres alle Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler mit einem Account bei Microsoft Office versorgt – verfügt aber nur über stationäre Personal-Computer. Also legte Ahlers zu Hause auf dem Laptop los.

Doch in Sachen Datenschutz hatte die Kollegin aus dem fiktiven Beispiel eine Reihe roter Linien mindestens berührt, wenn nicht überschritten. „Wenn

Lehrkräfte ihre privaten Computer für schulische Aufgaben nutzen, stoßen sie schnell an Grenzen des Datenschutzes“, sagt GEW-Digitalexperte David Warneck. „Sie müssen die persönlichen Daten ihrer Schüler schützen – auch vor den Blicken von Familienmitgliedern. Doch dazu brauchen sie Verschlüsselungssoftware, mitunter eine Zwei-Faktor-Authentifizierung* und spezielles Know-how, das sie erst erwerben müssen.“ Denn andernfalls, so Warneck, könnten Angehörige oder Freunde der Lehrkräfte auf gemeinsam genutzten Laptops statt Netflix auch den Notenspiegel der Klasse anschauen. Das sei rechtlich nicht zulässig und bringe Lehrkräfte schnell in die Bredouille.

„Da in Deutschland Schulpflicht gilt, sind die Schulen auch für die Daten verantwortlich. Sie müssen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gewährleisten“, betont Warneck. Bei der Umsetzung des Digitalpakts Schule müssten für alle Geräte, Software und Lernplattformen in Unterricht und Verwaltung Mindeststandards beim Datenschutz festgelegt und sicherge-

stellt werden. Auch die Privatsphäre der Lehrkräfte sei dabei in den Dienstvereinbarungen der Länder sicherzustellen. „Die Personalräte müssen hier mitbestimmen dürfen.“

Anspruch auf Ausstattung

Warneck kennt das heikle Metier: Der 34-jährige Lehrer für Deutsch, Englisch und Kunst ist Sprecher der Arbeitsgruppe für Arbeit, Rechte und Arbeitsbedingungen im GEW-Bundesforum „Bildung in der digitalen Welt“ und Mitglied im Hauptpersonalrat in Baden-Württemberg. Außerdem leitet er den Arbeitskreis Digitalisierung der GEW des Landes. Er weiß, welchen technologischen und rechtlichen Fragen gerade Personalräte bei der beschleunigten Digitalisierung in Corona-Zeiten begegnen müssen. „In der privaten Wirtschaft ist es selbstverständlich, dass Arbeitgeber die Ausstattung für Beschäftigte im Homeoffice bezahlen. Nur von uns Lehrkräften wird ganz selbstverständlich erwartet, dass wir private Technik verwenden“, kritisiert er. „Dabei haben wir einen Anspruch auf die Ausstat-

tung.“ Wie dünn das Eis ist, zeigt der Fall Thüringen: Hier droht der Datenschutzbeauftragte Lehrkräften mit bis zu 1.000 Euro Bußgeld wegen möglicher Verstöße beim Digitalunterricht – was die GEW scharf kritisiert.

Dienstliche Ausstattung würde den Lehrerinnen und Lehrern im Unterschied zu privaten Geräten Rechtssicherheit geben, sagt Warneck. Doch in der Regel seien die Kommunen als Schulträger schlicht überfordert, für alle Lehrkräfte Laptops zu kaufen und zu warten. Für Lehrkräfte bleibe damit als Ausweg oft nur die Arbeit an Computern in der Schule statt im Homeoffice. Doch auch die Schulen müssten einige Grundregeln beachten. Das Verwaltungsnetzwerk mit personenbezogenen Daten von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften einerseits und das pädagogische Netzwerk andererseits seien voneinander zu trennen – am besten durch unterschiedliche Server. Zugriffe von außen etwa auf Daten und Adressen von Lehrkräften müssten ausgeschlossen bleiben.

Versteckte Mehrbelastung

Nicht ohne Fallstricke ist auch die Nutzung von Cloud-Lösungen für das Homeschooling. Warneck beobachtet mit Misstrauen, dass in der Corona-Krise schnell zu Angeboten großer Datenkonzerne wie Microsoft, Google und Co. gegriffen wurde. Doch die Server stehen in den USA, wo keine Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gilt. Datenschutz? Unsicher! „Die Bundesländer sind gut beraten, digitale Lernplattformen für Unterrichtsmaterialien, den Online-Austausch und Videokonferenzen selbst aufzubauen oder Verträge mit Unternehmen zu schließen, die die DSGVO sicherstellen“, rät der GEW-Fachmann. „Mit einer Lösung in öffentlicher Hand gibt es Rechtssicherheit.“ Ein gangbarer Weg sei die offene Lernplattform Moodle, wenn die Länder dort Vereinbarungen schließen.

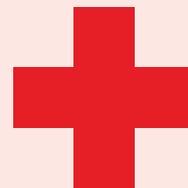
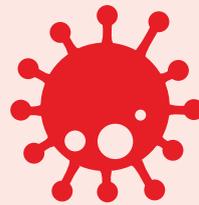
Eine Lehrkraft könne aber nicht gezwungen werden, Videounterricht von zu Hause aus anzubieten oder für Freigaben einen Fingerabdruck oder eine Gesichtserkennung zu nutzen. „Biometrische Daten dürfen keine Pflicht werden“, sagt Warneck. „Und es gilt weiter das Recht am eigenen Bild.“ Ohnehin sei es pikant, dass Familien bei Programmen wie Microsoft Office einsehen könnten, wann eine Lehrkraft eine Hausaufgabe hochgeladen oder korrigiert habe. „Eine Überwachung, Verhaltens- und Leistungskontrolle der Lehrerinnen und Lehrer darf es nicht geben“, warnt Warneck.

Überhaupt dürfe Digitalisierung nicht zur Entgrenzung der Arbeitszeit führen. „Viele Familien haben in Zeiten des Homeschoolings ein großes Bedürfnis, bei Lehrkräften nachzufragen“, weiß Warneck. „Die Lehrerinnen und Lehrer erhalten unendlich viele E-Mails. Aber es muss auch ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit geben.“ Mails müssten nur zu den Zeiten der normalen Erreichbarkeit in der Schule gelesen werden. Alles darüber hinaus sei freiwillig. „Lehrkräfte dürfen vieles – aber sie müssen nicht alles tun.“ Die Digitalisierung dürfe nicht zu einer versteckten Mehrbelastung führen, weil zusätzliche Arbeitszeiten geleistet werden, die niemand kontrollieren könne. Entscheidend sei, sagt Warneck, dass Personalräte mit den Kultusministerien den Umgang verbindlich in Dienstvereinbarungen regeln – und sich Lehrerinnen und Lehrer bei Fragen und Problemen auch an sie wenden.

Sven Heitkamp,
freier Journalist

***Als Zwei-Faktor-Authentifizierung wird der Identitätsnachweis eines Nutzers mittels der Kombination zweier unterschiedlicher und unabhängiger Komponenten (Faktoren) bezeichnet – zum Beispiel Fingerabdruck plus Zugangscode.**

www.drk.de



#füreinander

Spende Fürsorge mit deinem Beitrag zum Corona - Nothilfefonds.

DRK-Spendenkonto IBAN: DE63 3702 0500 0005 0233 07 BIC: BFSWDE33XXX

#Gemeinsam WeiterLernen

Der Verband Bildungsmedien e. V. ist der führende Zusammenschluss professioneller Bildungsmedienanbieter in Deutschland. Seine Mitglieder entwickeln im Dialog mit Lehrenden und Lernenden didaktisch passgenaue Lehrinhalte und Lernlösungen. Gerade im digitalen Zeitalter ermöglichen qualitätsgesicherte Bildungsmedien individuellen Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe.

VERBAND BILDUNGS MEDIEN

Lern-Maschine Mensch

// Forscherinnen und Forschern zur Künstlichen Intelligenz (KI) zufolge befinden wir uns an der Schwelle zu einem Zeitalter, in dem Maschinen zunehmend in einen Wettbewerb mit den Menschen treten und ihnen letztlich überlegen sein werden. Forscherhybris oder übertriebene düstere Zukunftsvision? //

Wenn von KI in der Praxis die Rede ist, dann sind meistens Teilbereiche wie „maschinelles Lernen“ gemeint, nicht aber Maschinen, die mit dem menschlichen Gehirn gleichziehen. Wohl aber greifen derlei digitale Verfahren zunehmend in das Leben, das Denken und

die Teilhabe von Menschen ein. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den verschiedensten Forschungsbereichen warnen seit Jahren vor den Gefahren von KI und Big Data, also der Sammlung und Verarbeitung großer Datenmengen, für Freiheit und Demokratie.

Die beschleunigte Digitalisierung in der Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, wie dringend eine Diskussion über eine demokratische Digitalisierung und Grundrechte in der digitalen Welt auf die Tagesordnung gehört. Die gestiegene Macht einzelner IT-Konzerne, die sich einer demokratischen Kontrolle entziehen, und die Gefahr, dass demokratische Strukturen ausgehöhlt

werden, kritisierte kürzlich etwa die Initiative Digitale Zivilgesellschaft.* Schon heute berührt die Digitalisierung fundamentale Grundrechte: sei es im Bereich Datenschutz und Persönlichkeitsrechte, sei es im Bereich der Meinungsfreiheit und Teilhabe.

Der Bildungsbereich scheint dabei bislang unterbelichtet: Während die Gefahren der Datafizierung und Algorithmisierung mittlerweile mit Blick auf Google, Facebook & Co. öffentlich diskutiert werden, fehlt dieser kritische Blick auf die Modellierung des Lehrens und Lernens durch Software, Plattformen oder Verwaltungsprogramme weitgehend. Es lohnt sich allerdings, die Initiativen zu digitalen Grundrechten



Cartoon: Christiane Pfohlmann

unter die Lupe zu nehmen, um Forderungen für den Bildungsbereich zu entwickeln.

Gefahren durch Big Data

Die von der ZEIT-Stiftung ins Leben gerufene Initiative „Charta der digitalen Grundrechte der EU“, die Politikerinnen und Politiker sowie Netzaktivistinnen und -aktivisten wie Sascha Lobo und Juli Zeh unterstützen, ist 2016 als Petition in diversen Tageszeitungen veröffentlicht und 2018 überarbeitet worden.** Die „Charta“ enthält viele Aspekte, die auch für den Bildungsbereich wichtig sind. Sie warnt vor den Gefährdungen der Menschenwürde durch Big Data und Massenüberwachung, durch den Einsatz von Algorithmen und die Machtkonzentration von Privatunternehmen. Menschliches Verhalten könnte vorhergesagt und gesteuert werden. Stattdessen, so der Appell, müssten ethisch-normative Entscheidungen Menschen überlassen werden. Das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und Nichtwissen, das Recht, nicht Objekt automatisierter Entscheidungen von „erheblicher Bedeutung für die Lebensführung“ zu sein, und die Netzneutralität sollen Fehlentwicklungen entgegensteuern. Ähnlich argumentiert das ebenfalls 2016 veröffentlichte „Digital-Manifest“*** Hier warnen neun europäische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie andere Fachleute aus Bildung, Recht und Informatik vor den Folgen von Algorithmen, KI und Nudging**** für die Demokratie: eine „Automatisierung der Gesellschaft“, totalitäre Tendenzen durch Big Data Analysen und Manipulationen durch eine technokratische Verhaltens- und Gesellschaftssteuerung. Die Autorinnen und Autoren fordern stattdessen demokratische Technologien, informationelle Selbstbestimmung, gekennzeichnete Werbung, eine kollektive Intelligenz und einen staatlichen Regulierungsrahmen.

Digitale Grundrechte

Ein Leitfaden des Europarats zu Menschenrechten von Internetnutzerinnen und -nutzern betont, dass Offline-Rechte der Bürgerinnen und Bürger auch online gelten müssen. Hierzu gehört ein

kostengünstiger und nichtdiskriminierender Zugang zum Internet, um demokratische Teilhabe zu fördern. Auch das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit gelte online wie offline. Verboten jedoch sind verletzend, beleidigend und schockierende Äußerungen. Das Recht auf Versammlung, Vereinigung und Teilhabe, der Datenschutz sowie der Schutz der Privatsphäre sind wichtige Bereiche der Internetrechte. Kinder und Jugendliche sollen zudem das Recht auf eine altersgerechte Information über den Schutz der Privatsphäre haben. Die Bildungsforscherin und Leiterin des Forschungsschwerpunkts „Digital Education Governance – Dataifizierung und Digitalisierung im Bildungssektor“ an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Sigrid Hartong, formulierte auf einer GEW-Tagung zu „Learning Analytics“ einen noch weiter gefassten Bildungsanspruch im Sinne einer Data Infrastructure Literacy, also Hintergrundwissen über Entstehung und Funktionsweise von Dateninfrastrukturen, die über ein reines Anwendungswissen hinausgehen (s. E&W 11/2019, S. 32 f.).*****

Buchstabiert man digitale Grundrechte für den Bildungsbereich aus, zeigen sich spezifische Problemfelder, die dringend debattiert und reguliert werden müssen. Die kürzlich aufgezeigten Datenlücken bei Schulclouds, zum Beispiel bei der Cloud des Potsdamer Hasso-Plattner-Instituts, und zahlreichen Online-Anwendungen für den Schulgebrauch zeigen den Handlungsbedarf beim Datenschutz auf. Gegen die Dystopie, also die negative Utopie von Schule und Hochschule als Lern-Maschinenpark benötigen wir ein Recht auf Wissen über die Funktionsweise von Algorithmen und die Erhebung von Daten zur Bildungsbiografie.. Der Zugang zur digitalen Welt darf nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen. Alle haben ein Recht auf freien und gleichberechtigten Zugang zu digitaler Bildung. Geräteausstattung muss durch öffentliche Finanzierung sichergestellt werden. Bildung ist öffentliches Gut und sollte nicht der Profitlogik untergeordnet werden. Kinder und Jugendliche dürfen nicht der Manipulation durch verdeckte Werbung ausgesetzt werden. Sicherlich wäre über einige dieser Forderungen schnell Einigkeit in der GEW

zu erzielen. Aber wie sieht es mit einem „Recht auf Nichtwissen?“ oder dem „Recht auf Offline-Sein“ aus? Weitere – teils in guter GEW-Tradition stehende, teils sicherlich kontroverse, in jedem Fall aber zu konkretisierende – Forderungen könnten sein:

- Recht auf eine umfassende Bildung, die ein selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt ermöglicht.
- Recht auf den Schutz der eigenen Daten und Achtung der Privatsphäre.
- Recht auf Selbstbestimmung über die eigenen Daten.
- Recht auf nicht-kommerzielle Bildung in öffentlichen Bildungseinrichtungen, also auch das Recht auf Schutz der eigenen Daten vor kommerzieller Verwertung.
- Recht auf „unbeobachtete Räume“, auf nicht-standardisierte und nicht-algorithmisierte Lernräume und -wege.
- Recht auf Offenlegung der Kriterien für datafizierte Entscheidungen, die das eigene Lernen oder auch die eigene Bildungslaufbahn betreffen.
- Recht auf Vergessenwerden. Daten Spuren, die bis in die Grundschulzeit zurückreichen, dürfen für zukünftige Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nicht zugänglich gemacht werden.

Martina Schmerr,

Referentin im Organisationsbereich Schule des GEW-Hauptvorstandes

Birgita Duse,

Referentin im Organisationsbereich Schule für das Schwerpunktthema „Bildung in der digitalen Welt“ des GEW-Hauptvorstandes

***<https://digitalezivilgesellschaft.org>**

****<https://digitalcharta.eu>**

*****www.spektrum.de/pdf/digital-manifest/1376682**

digital-manifest/1376682

******Der Begriff „Nudging“ – wörtlich**

„Anstupsen“ – ist der Verhaltensökonomik entlehnt und bezeichnet (digitale) Verfahren, das Verhalten und die Entscheidungen von Menschen „sanft“ und möglichst vorhersehbar zu beeinflussen.

*******GEW: Learning Analytics und Big Data in der Bildung. Zur notwendigen Entwicklung eines datenpolitischen Alternativprogramms: www.gew.de/learning-analytics2019-pdf**

Bildung in der digitalen Welt

Eine Daueraufgabe

// Digitale Medienkompetenz ist mehr, als einen Computer benutzen und im Netz surfen zu können. Auch Medienkritik muss gelernt werden. Im GEW-Bundesforum „Bildung in der digitalen Welt“ erarbeiten Mitglieder, Landesverbände und Funktionäre seit Anfang 2019 Forderungen und Konzepte mit Blick auf Arbeitsplätze, Datenschutz und pädagogische Ideen zur Digitalisierung in der Bildung. Jetzt legten sie einen Zwischenbericht vor. //

„Die sogenannte 4. Industrielle Revolution lässt deutliche Umwälzungen in der Gesellschaft im Allgemeinen und der Arbeitswelt im Besonderen erwar-

ten. Die GEW stellt sich den Risiken und Chancen einer durch Automatisierung, Algorithmen und künstliche Intelligenz beeinflussten Gesellschaft. Sie stellt Bedingungen für ein zukunftsfähiges Bildungswesen und die Sicherung von Freiheit und Demokratie auf. Sie arbeitet auch über den Gewerkschaftstag 2017 hinaus dauerhaft an der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Zeichen der Digitalisierung. Zentrale Prinzipien dieser Arbeit sind Inklusion, Chancengleichheit und Gerechtigkeit, gute Lern- und Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und Beteiligung, Qualität der Bildung, Erhalt der öffentlichen Bildung sowie die Sicherheit und das Wohlbefinden von Lernenden und Lehrenden. ... Der Hauptvorstand prüft die Einrichtung

einer Arbeitsgruppe zur Digitalisierung im Bildungsbereich.“ Dieser Auszug gibt die ersten Sätze und zugleich den letzten Satz des Beschlusses „Bildung in der digitalen Welt“ des Freiburger Gewerkschaftstags von 2017 wieder – sie bilden den Auftrag und die Handlungsgrundlage für das anschließend gegründete Bundesforum der GEW.

Vier Arbeitsgruppen

Im März 2019 fand das erste Forum-Treffen mit knapp 60 Delegierten aus allen Organisationsbereichen und Landesverbänden der GEW statt (s. E&W 5/2019, S. 40). In den vier Arbeitsgruppen des Forums* sind mehrere Veröffentlichungen entstanden, so die Flyer zum Digitalpakt und zur Reform des Urheberrechts,



und die allgemeinbildenden Schulen erschienen. Sie belegen, dass die Effekte, die die Politik vom Digitalpakt erwartet, nur dann eintreten, wenn die 5,5 Milliarden Euro Paktmittel vervierfacht werden und die entsprechende administrative Infrastruktur bereitgestellt wird (s. E&W 12/2019, S. 20 f.). Für zwei weitere Gutachten** hat das Bundesforum gearbeitet.

In den Veröffentlichungen hat sich das Forum unter anderem dafür eingesetzt, dass eine medienpädagogische Grundbildung für alle Bildungsphasen in den Lehrplänen der Bundesländer verankert wird. Dazu gehört nicht nur der Erwerb technischer, informatischer und wirtschaftlich verwertbarer Fertigkeiten, sondern auch ein kritisch-konstruktiver Umgang mit digitalen Medien und Tools. Ziel ist die Bildung mündiger und verantwortungsbewusster Bürgerinnen und Bürger. Wichtig ist zudem, dass Lehrkräften schon in der Ausbildung medienpädagogische Grundlagen vermittelt werden. In der Lehrkräfteaus- und -fortbildung sind daher entsprechende Bestandteile zu integrieren.

Die KMK ist gefordert, dem schleichen- den Einfluss von Lobbyverbänden der Digitalwirtschaft auf den Prozess der Digitalisierung, der in der Phase des „Corona-Lernens“ gewachsen ist, entgegenzuwirken.

Zustimmendes Medienecho

Die Corona-Pandemie und ihre Konsequenzen haben auch vor der Arbeit des Bundesforums nicht Halt gemacht: So musste die Ende März geplante Tagung „Gesellschaft digital? – Herausforderungen der Digitalisierung für Gesellschaft, Bildung und Unterricht“ abgesagt werden. Wir haben jedoch aus der Not eine Tugend gemacht: Die Tagungsbeiträge – unter anderem zur Kontroverse zwischen Informatik und Medienpädagogik sowie zum Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Digitalisierung – wer-

den demnächst veröffentlicht. „Corona“ dürfte gleichzeitig sowohl zu einem Tief- wie zu einem Höhepunkt der Arbeit des Forums beigetragen haben: Einerseits ist die Arbeit in den AGs trotz gestiegener Informations- und Handlungsbedarfe zwischenzeitlich fast zum Erliegen gekommen, andererseits erreichten wir mit einer Pressekonferenz, auf der wir die Ergebnisse der GEW-Mitgliederbefragung zum Digitalpakt und zur Digitalisierung Anfang Juni vorgestellt haben (s. S. 16 ff.), ein sehr großes, zustimmendes Medienecho.

Die Projektarbeit des Bundesforums befindet sich mittlerweile auf der Zielgeraden mit Blick auf den Gewerkschaftstag 2021 in Leipzig – es bleibt viel zu tun, schließlich will die GEW die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit voranbringen. Trotz aller Unsicherheiten im Rahmen der Digitalisierung bleibt eine Gewissheit: Mit der „Bildung in der digitalen Welt“ wird sich die GEW auf Dauer auseinandersetzen.

Ansgar Klinger,
GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung
und Weiterbildung

***Die Foren arbeiten zu folgenden Themen: Arbeit, Rechte und Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich; Pädagogische Herausforderungen und Chancen; Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten im Bildungsbereich; Kommerzialisierung und Ökonomisierung.**
www.gew.de/bildung-digital/bundesforum

****Die Gutachten beschäftigen sich mit den Themen: Arbeitszeit und Arbeitsbelastung von Lehrkräften im Rahmen der Digitalisierung; Wirkungsweisen und Problemlagen zur Umsetzung des Digitalpakts Schule in den 16 Bundesländern.**

Beide Studien hat die GEW-nahe Max-Traeger-Stiftung finanziert.

Dossiers zur Strategie der Kultusministerkonferenz (KMK), zum Digitalpakt Schule sowie zu den Aktivitäten der Digitalindustrie im Schulbereich. Ferner initiierte das Forum die Veranstaltung „Learning Analytics und Big Data in der Bildung“ (s. E&W 11/2019, S. 32 f.). Zudem gibt es monatlich einen Newsletter heraus. Häufig werden Vertreterinnen und Vertreter des Bundesforums zu Fachveranstaltungen als Inputgeber oder Diskutanten eingeladen. Flankierend zur Begleitung des Digitalpakts Schule sind je eine Bildungsfinanzierungsstudie für die berufsbildenden

Anzeige

www.beruhigt-arbeiten.de

Kein Ersatz für die Präsenzlehre

// Die Corona-Krise hat die Hochschulen unvorbereitet getroffen. Die Erfahrung könnte zu einer Neubewertung der Onlinelehre führen. //

Kitas, Schulen, Theater, Baumärkte, Biergärten, sie alle öffnen wieder nach Wochen des Corona-Lockdowns und kehren unter Schutzauflagen zum Normalbetrieb zurück. Nur bei den Hochschulen gibt es bislang keine Diskussion über eine Rückkehr in Hörsaal und Seminarraum, monierten Anfang Juni mehr als 3.000 Hochschullehrende. In einem offenen Brief, den der Frankfurter Germanistik-Professor Roland Borgards initiiert hatte, riefen sie zur Verteidigung der Präsenzlehre auf und forderten „eine vorsichtige, schrittweise und selbstverantwortliche Rückkehr zu Präsenzformaten“.

Digitale Elemente leisteten mittlerweile einen wertvollen Beitrag zur Hochschullehre, heißt es in dem Brief. Für das Corona-Sommersemester 2020 hätten sie sich als „glückliche Rettung“ erwiesen, da sich das Semester sonst nicht hätte durchführen lassen. Dennoch könne Onlinelehre nur eine Ergänzung sein. Begegnung, Austausch und das Gespräch zwischen Anwesenden seien

„nicht verlustfrei“ in virtuelle Formate zu übertragen.

Dass Onlineformate die Hochschullehre ergänzen, aber nicht ersetzen können, ist eigentlich Konsens. „Niemand fordert das“, sagt Volker Meyer-Guckel, der als stellvertretender Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft der Onlinelehre grundsätzlich positiv gegenübersteht. „Es geht vielmehr um eine kluge Mischung“, erklärt er. „Also Präsenzlehre, die mit Online-Elementen angereichert ist.“

Nicht erfüllte Hoffnungen

Auch GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller sieht das so. „Der Einsatz von Online-Tools ist kein Allheilmittel, das automatisch die Lehre verbessert, und eine reine Onlinelehre wäre der falsche Weg“, sagt der GEW-Hochschulexperte. „Sie kann eine Ergänzung zur Präsenzlehre sein, diese aber niemals ersetzen.“ Wird die Corona-Erfahrung zu einer Neubewertung führen, die der Onlinelehre mehr Gewicht einräumt? „Noch ist es zu früh, um eine Prognose abzugeben“, sagt Keller. „Wir wissen schließlich noch nicht, wie es im Wintersemester weitergeht.“

Für eine erste Einschätzung hilft aber ein kurzer Blick zurück. Vor zehn Jahren

elektrisierte ein neues Online-Tool die Bildungslandschaft. Die sogenannten Massive Open Online Courses (MOOCs) versprachen damals, das akademische Leben weltweit zu revolutionieren. Auslöser war ein Kurs der Stanford University von 2011 zu künstlicher Intelligenz. 160.000 Teilnehmende aus 190 Ländern waren dabei, mehrere Tausend schlossen den Kurs mit Zertifikat ab.

Ein beispielloser Hype folgte, mit Hoffnungen, die ähnlich weitreichend waren wie beim Start des World Wide Web. Gerechter, freier, demokratischer und auch kostengünstiger würde die Hochschulbildung werden, so die Vision. Individuelles Lernen und Massenausbildung würden gleichzeitig möglich sein, wenn man Onlinekurse für sehr viele Menschen („massive“) anbietet und es für alle freien Zugang („open“) gibt.

„Die großen Hoffnungen haben sich nicht erfüllt“, sagt der Soziologe Otto Hüther, der gemeinsam mit einem Kollegenteam von den Universitäten in Kassel und Hannover kürzlich eine Studie zu internationalen und nationalen Entwicklungen und Zukunftsperspektiven von MOOCs vorgelegt hat*. „Relativ schnell setzte Ernüchterung ein, als deutlich wurde, dass zentrale Funktionen des traditionellen Hochschulsystems nicht oder nur sehr eingeschränkt erfüllt werden konnten.“

Zu diesen zentralen Funktionen zählt Hüther auch das Erlernen von diskursiven Fähigkeiten in Face-to-Face-Situationen, also genau das, was die Lehrenden in ihrem offenen Brief anmahnen. Aber auch regulatorische Probleme gibt es, etwa die Frage, wie die Zertifizierung erfolgen soll, sodass erworbenes Wissen eindeutig einer Person zugeordnet werden kann. Oft sind Kurse dann nicht mehr für alle offen, sondern auf eingeschriebene Studierende begrenzt, also streng genommen gar keine echten MOOCs mehr.

„Der Hype ist vorbei“, sagt auch Meyer-Guckel vom Stifterverband. „Aber es gibt MOOCs noch immer, nur eben mit verändertem Konzept.“ Im Weiterbildungsbereich werden Onlinekurse ver-

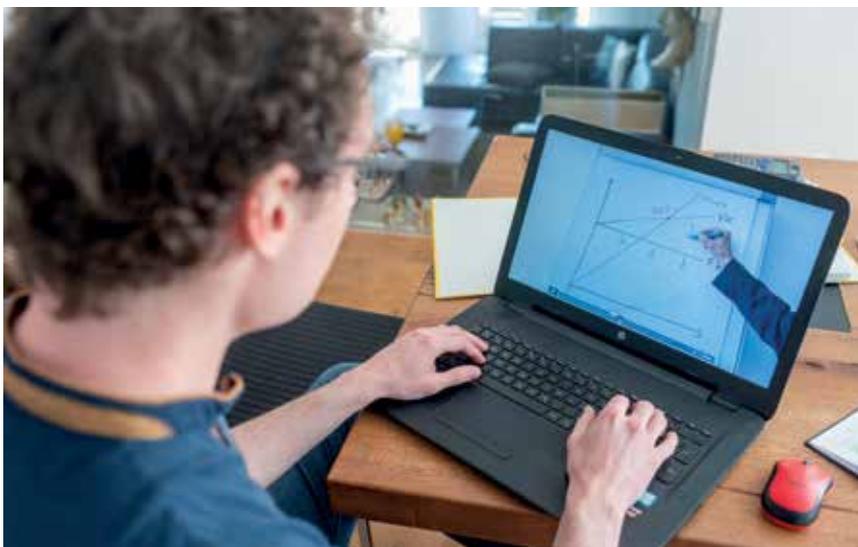


Foto: picture alliance/dpa/Armin Weigel

Die Corona-Krise kann durchaus eine Chance sein. Die Erfahrungen sollten genutzt werden, um technische und didaktische Konzepte sowie Tools zu verbessern, die eine gute Interaktion zwischen Lehrenden und Lernenden ermöglichen.



Aufgrund der Corona-Pandemie konnten in Deutschland viele Vorlesungen nur noch digital gehalten werden. Online-Präsentationen und Live-Übertragungen aus den Uni-Räumen, wie hier aus dem Institut für Chemie an der Universität Hildesheim, ersetzen die Präsenzveranstaltungen.

stärkt eingesetzt, beispielsweise wenn für die Aufnahme eines Masterstudiums noch ein bestimmtes Modul fehlt. Von einem flächendeckenden Einsatz, der Hochschulen möglicherweise sogar überflüssig machen könnte, ist keine Rede mehr, sehr wohl aber von einem gezielten.

Neue Zielgruppen

Das bestätigt auch Hüthers Studie. Demnach steigt die Zahl der MOOCs weltweit weiter an. Besonders aktiv sind dabei jene Staaten, die Defizite und Probleme in ihren Hochschulsystemen mit Online-Elementen bearbeiten wollen. „In angelsächsischen Ländern ist das Studium teuer, Hochschulen müssen um Studierende konkurrieren“, sagt Hüther. Durch MOOCs können neue Zielgruppen angesprochen und Kosten für die Studierenden gesenkt werden. „In Ländern wie China und Indien war es hingegen eine Reaktion auf Qualitätsprobleme im Hochschulsystem und ein rasch steigender Bedarf an Hochschulbildung“, so der Soziologe. In Deutschland spielen diese Gründe keine Rolle. Die Hochschulen sind deshalb eher zurückhaltend, MOOCs anzubieten. Bei einer empirischen Befragung von 2015 gaben 40 Prozent der befragten Hochschulleitungen an, sie seien noch unschlüssig, was die eigene Positionierung zu MOOCs betrifft. Am aktivsten waren Hochschulen, die 30.000 oder mehr Studierende haben sowie private Hochschulen.

„Der Handlungsdruck war bislang eher gering“, sagt Hüther. „Allerdings könnte es jetzt zu einer Neubewertung kommen, denn durch Corona gibt es einen Anreiz, doch verstärkt Online-Tools einzusetzen.“ Viele Hochschulen standen bei Ausbruch der Corona-Pandemie unvorbereitet da und mussten improvisieren, da es, anders als beispielsweise in Frankreich, hierzulande keine nationale Plattform für Onlinekurse gibt, auf die man in dieser Situation hätte zurückgreifen können. Zwar haben einige Bundesländer MOOC-Initiativen, etwa Bayern. Doch in der Fläche fehlt ein solcher Back-up-Mechanismus. „Man könnte überlegen, ob man national oder länderübergreifend in verschiedenen Bundesländern eine Plattform zur Vorsorge aufbaut“, sagt Hüther.

Schwächen aufgedeckt

Die Corona-Erfahrung hat viele Schwächen des deutschen Hochschulsystems aufgedeckt. „Aus vielen Rückmeldungen wissen wir, dass bestehende Ungleichheiten noch verschärft wurden“, sagt Keller. Wer kleine Kinder zu betreuen hat oder im Homeschooling unterstützen muss, für den sei es natürlich viel schwieriger, von zu Hause aus zu arbeiten. Studierende berichten über schlechte Internetverbindungen, die Onlinekurse mühsam machen, und von Mehrarbeit, da nun sehr viel in Eigenregie organisiert werden muss. „Dass dieses Semester dennoch irgendwie läuft, liegt an dem hohen Einsatz der

Lehrenden und am Verständnis der Studierenden. Corona kann durchaus auch eine Chance sein“, so GEW-Experte Keller. „An den Hochschulen werden derzeit Erfahrungen gesammelt, wie und in welchem Umfang man am besten Onlinewerkzeuge einsetzt.“ Falls es aber noch ein weiteres Onlinesemester geben sollte, müsse nachgelegt werden. „Gute technische und didaktische Konzepte sind genauso nötig wie Tools, die Interaktion ermöglichen.“ Am Grundproblem ändert sich aus Kellers Sicht dadurch aber nichts. „Seit Jahren arbeiten die Hochschulen unter Überlastbedingungen“, sagt er. „Dass das Konjunkturpaket der Bundesregierung weder einen Hochschul-Digitalpakt noch eine wirksame Soforthilfe für Studierende vorsieht, ist traurig.“ Stattdessen sei gerade das Nachfolgeprogramm des Qualitätspakts Hochschule von Bund und Ländern gekürzt worden. „Das ist unerklärlich und wird dazu führen, dass viele sinnvolle Projekte abgebrochen werden müssen.“

Verena Kern,
stellvertretende Chefredakteurin
des Online-Magazins klimareporter*

*O. Hüther, A. Kosmützky, I. Asanov, G. Bünstorf, G. Krücken: **Massive Open Online Courses after the Gold Rush: Internationale und nationale Entwicklungen und Zukunftsperspektiven (2020); bit.ly/studie-mooc-pdf**

„Man sieht viele Bücher“

// **Noch nie verlief ein Semester an den Hochschulen so wie das aktuelle: Corona führt zum digitalen Lernen. Eine Herausforderung für Lehrende wie Lernende. Katja Schmidpott ist Japanologie-Professorin an der Ruhr-Uni Bochum. Im Gespräch mit E&W zieht sie eine erste Zwischenbilanz. //**

E&W: Vielen Dank für Ihre Einladung, unser Interview per Zoom* zu führen.

Leider ist das Internet bei mir zu instabil ... Ist die Technik auch ein Problem des digitalen Semesters?

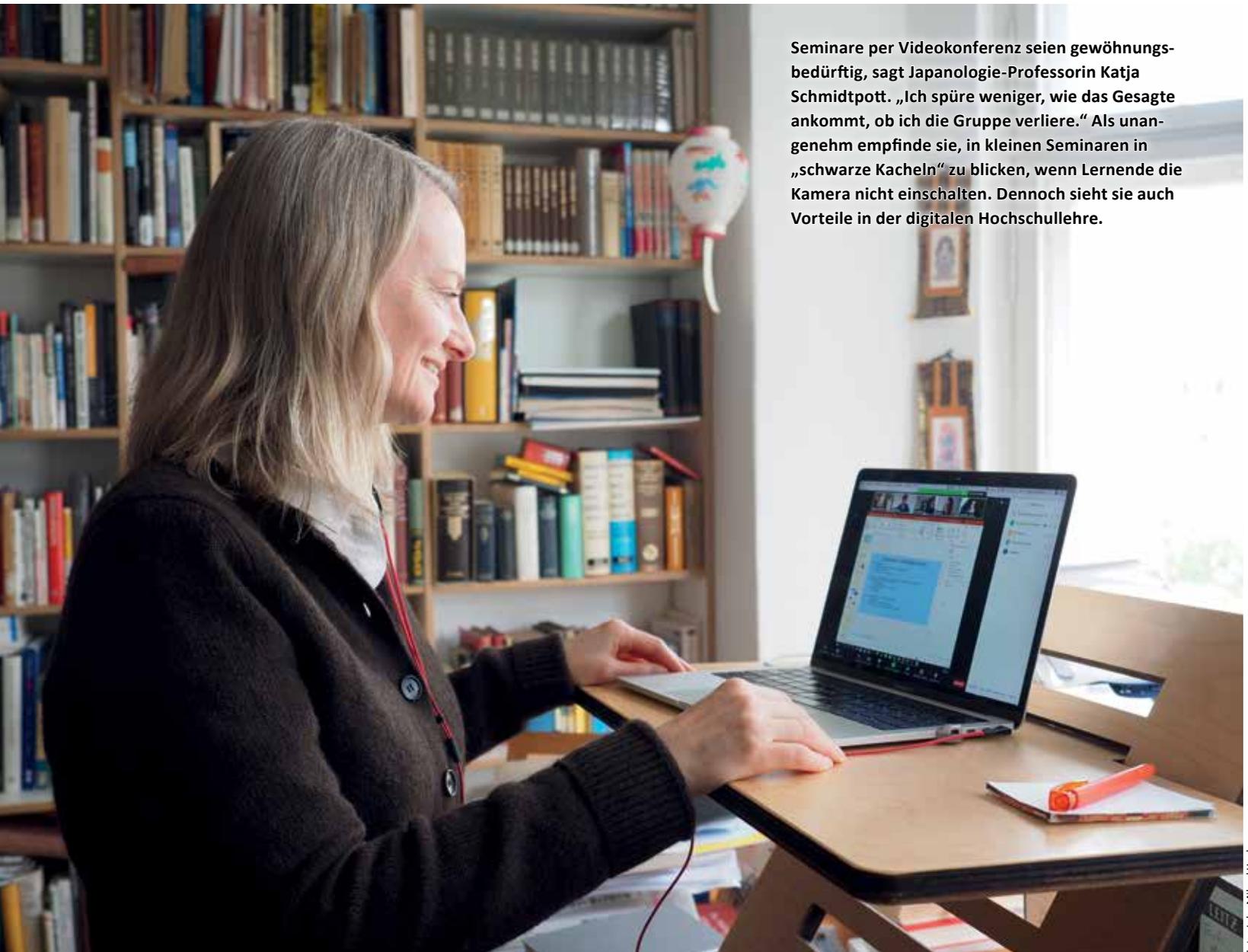
Katja Schmidpott: Bislang läuft alles reibungslos. Ich sitze in meinem Arbeitszimmer daheim. Von hier aus gebe ich meine fünf wöchentlichen Kurse, Sprechstunden und nehme an Sitzungen und Vorträgen teil.

E&W: Klingt ja alles ganz entspannt. Standen Sie dem neuen Weg des Lehrens und Lernens von Beginn an so locker gegenüber?

Schmidpott: Ganz im Gegenteil. Als ich im März bei einer Tagung in den USA hörte, dass sich die dortigen Kolleginnen und Kollegen auf den digitalen Unterricht in Schulungen vorbereiteten, habe ich ehrlich gesagt noch gehofft, darum heranzukommen.

E&W: Ihre Hoffnung erfüllte sich nicht. Wie haben Sie sich in der Kürze der Zeit umgestellt?

Schmidpott: Sie erwähnen schon ein entscheidendes Stichwort: Ich habe leider nicht die Zeit gehabt, die um-



Seminare per Videokonferenz seien gewöhnungsbedürftig, sagt Japanologie-Professorin Katja Schmidpott. „Ich spüre weniger, wie das Gesagte ankommt, ob ich die Gruppe verliere.“ Als unangenehm empfinde sie, in kleinen Seminaren in „schwarze Kacheln“ zu blicken, wenn Lernende die Kamera nicht einschalten. Dennoch sieht sie auch Vorteile in der digitalen Hochschullehre.

Foto: Juha Mikael Hackman

fangreichen Schulungs- und Unterstützungsangebote der Uni anzunehmen, meine Vorträge aufzuzeichnen oder gar Erklärvideos zu erstellen – wie es sich manche Studentinnen und Studenten wohl erhofft hatten. Es ist auch fraglich, ob das sinnvoll gewesen wäre, denn unsere Seminare in den Geisteswissenschaften leben nun einmal vom direkten Austausch und einer lebendigen Diskussion. Und zwar synchron. Ich biete meine Einführungsvorlesung zur Geschichte Japans sowie meine Seminare daher nun in Zoom-Konferenzen an. Die große Einführungsvorlesung besuchen digital ebenso viele Lernende wie es in den vorigen Semestern als Präsenzveranstaltung der Fall war.

E&W: Wie haben Sie sich dabei gefühlt?

Schmidtpott: Es ist schon ein komisches Gefühl. Mein Powerpoint-Vortrag nimmt drei Viertel des Bildschirms ein, daneben sehe ich eine Liste mit den Namen der angemeldeten Gäste.

E&W: Dann fehlt Ihnen ja jedes Gefühl, wie Ihre Zuhörerinnen und Zuhörer auf Sie und Ihre Inhalte reagieren, oder?

Schmidtpott: Das ist tatsächlich gewöhnungsbedürftig. Ich spüre weniger, wie das Gesagte ankommt, ob ich die Gruppe verliere. Das kann auch die Meldefunktion nicht ersetzen. Wenn sich beispielsweise eine Studierende mit einer Nachfrage meldet, weiß ich nicht, ob nur sie etwas nicht verstanden hat oder ob das mehreren so geht. Unangenehm finde ich, in kleinen Seminaren in „schwarze Kacheln“ zu blicken, wenn Lernende die Kamera nicht einschalten.

E&W: Warum verzichten Lernende auf die Kamera?

Schmidtpott: Manche möchten sich wohl nicht in die Privatsphäre schauen lassen, die anderen sehen lassen, dass sie vielleicht gerade erst aufgestanden sind, wie und wo sie wohnen. Viele sind angesichts der geschlossenen Universitäten und Hochschulen wieder zu ihren

Eltern gezogen, manchmal wollen diese keine Bilder von ihrem Heim preisgeben. Es gibt viele Gründe, zum Teil wohl auch technischer Natur, und wir können niemanden zwingen, die Kamera einzuschalten. Ich habe umgekehrt kein Problem damit, mein Homeoffice zu zeigen. Es ähnelt ohnehin dem der meisten Kolleginnen und Kollegen – man sieht viele Bücher.

E&W: Verändert sich die Qualität und Intensität der Seminare?

Schmidtpott: Aus meiner Sicht nicht wesentlich. Ob sich der digitale Fernunterricht dauerhaft bewähren wird, muss sich aber noch zeigen. Hier hoffe ich auf Erkenntnisse durch Umfragen und Evaluationen zu diesem Digitalsemester durch Lehrende und Studierende.

E&W: Sind unter diesen Umständen Prüfungen möglich?

Schmidtpott: Wir haben bereits eine mündliche Bachelor-Prüfung abgenommen. Meine Beisitzerin, aber auch der Student und ich haben keinen nennenswerten Unterschied zur Präsenzprüfung festgestellt. Auch die Note wäre nach unserer Einschätzung nicht anders ausgefallen. Als problematisch empfand ich allerdings das Eindringen in die Privatsphäre des Studenten.

E&W: Inwiefern?

Schmidtpott: Der Prüfling muss mit seiner Kamera per 360 Grad-Schwenk durch den Raum beweisen, dass nirgendwo ein Spickzettel hängt. Er muss mit dem Rücken zur Tür sitzen, damit wir sehen können, dass während der Prüfung kein „Flüsterer“ hineinkommt. Und schließlich muss er seine Prüfungssituation, sprich den Bildschirm vor sich fotografieren, damit gewährleistet ist, dass sich auch dort keine unerlaubten Hilfsmittel befinden.

E&W: Und wenn das Internet während der Prüfung zusammenbricht?

Schmidtpott: Dann soll die Prüfung so bald wie möglich fortgesetzt werden. Es wird dabei mit einer anderen Frage

fortgefahren. Bei wiederholtem Verbindungsabbruch wird die Prüfung gestoppt und im Zweifelsfall in Präsenz wiederholt.

E&W: Welche Vorteile bringt das Digitale?

Schmidtpott: Wenn alle ihre Kamera eingeschaltet haben, kann man beispielsweise in der Seminare Diskussion schnell einmal ein Papier, einen Text oder Ähnliches zeigen, muss das Dokument nicht erst wandern lassen oder eine Kopie machen. Oder man kann spontan eine Website aufrufen, die alle anschauen können. Dadurch gewinnt die Diskussion an Intensität. Und natürlich wird einiges an Reisetätigkeit eingespart, zum Beispiel Fahrten zu Vortragsveranstaltungen oder Konferenzen.

E&W: Was, glauben Sie, bleibt von dieser digitalen Welt in der Nach-Corona-Zeit?

Schmidtpott: Erst einmal bin ich froh, dass der Unibetrieb per Videokonferenz recht gut läuft. Aber ich spüre auch eine gewisse „Bildschirm-Müdigkeit“, die mich in meinem Homeoffice ab und zu befällt. Die Tür- und Angelgespräche mit Kollegen und Kolleginnen, der Austausch am Rande, die Anregungen und Klärungen auf dem kurzen Dienstweg fehlen einfach. Dennoch werden wir wohl mehr Möglichkeiten des Digitalen ausnutzen. Ich kann mir beispielsweise Sprechstunden für Studierende auch online vorstellen – das wäre weniger aufwändig für Studierende, die extra zur Uni anreisen müssen. Das Digitale kann Persönliches und Präsenz zwar nicht ersetzen, es kann aber in manchen Fällen eine sinnvolle alternative Kommunikationsmöglichkeit sein.

Interview: Stephan Lücke,
freier Journalist

***Zoom wird von Datenschützern kritisch gesehen.**

■ **Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten -

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 41 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de

www.AK-Finanz.de

So groß wie Afrika

// Seit 2007 bietet der Chaos Computer Club (CCC) das Projekt „Chaos macht Schule“* an. Was der Verein an Schulen macht, erklärt Steffen Haschler vom CCC Mannheim. Der 40-Jährige unterrichtet Informatik, Mathematik und Physik an einem Gymnasium in Heidelberg. //

E&W: Wie kam der CCC auf die Idee, mit Workshops und Vorträgen in Schulen zu gehen?

Steffen Haschler: Der Chaos Computer Club hat ja einen Namen; uns gibt es seit über 30 Jahren. Einzelne lokale Gruppen des Clubs wurden häufig gefragt: Kommt doch zu uns in die Schule und erklärt uns das mit dem Internet. Das war zu der Zeit, als die sozialen Netzwerke aufkamen. Und das war für viele ältere Lehrkräfte etwas Neues. Da wir uns im Spannungsfeld technischer und sozialer Entwicklungen sehen, haben wir geholfen.

E&W: Wie viele Schülerinnen und Schüler erreichen Sie pro Jahr?

Haschler: Neben dem großen CCC, der bundesweit agiert, haben wir in vielen Orten die sogenannten Erfas, die Erfahrungsaustauschgruppen. Die machen eigenständiges Programm. Wir erreichen an den Schulen bundesweit geschätzt einige Tausend Menschen pro Jahr. Ich habe jährlich etwa 50 Veranstaltungen. Unser Erfas in Mannheim ist dabei einer der Aktivsten.

E&W: Welche Themen decken Sie ab – und was machen Sie nicht?

Haschler: Uns geht es um den kreativen Umgang mit Technik und dass man mit den Daten anderer verantwortlich umgeht. Wir erläutern, was ein Algorithmus ist, wie man programmiert. Aber auch, wie man lötet, damit man ein Gerät reparieren kann. Und wir sprechen über Fake News, weil wir technisch erklären können, wie sich Nachrichten im Internet verbreiten. Urheberrecht oder Lizenzrecht bieten wir nicht an, da sind wir keine Experten. Und zu Cybermobbing verweisen wir auf Medienpädagoginnen und -pädagogen.



Foto: Philipp Knodel

Steffen Haschler

E&W: Gab es während der Corona-bedingten Schulschließungen zusätzliche Anfragen an den CCC? Wenn ja, worum ging es dabei?

Haschler: Es kamen Anfragen zu digitalen Lernplattformen. Bei uns in Mannheim hat sich daraus ein großes Projekt mit einigen Partnern wie SAP und der Hopp Foundation entwickelt: das „Digitale Klassenzimmer“, ein Video-Konferenztool, das auf freier Software aufbaut. Diese Plattform wird inzwischen an über 150 Schulen im Raum Mannheim-Heidelberg genutzt. Und es gab Datenschutz-Einschätzungen zu solchen Diensten.

E&W: Die Corona-App auf dem Smartphone soll künftig helfen, Pandemien schnell zu bekämpfen. Was sagt der CCC dazu? Wie lässt sich dieses Thema an Schulen behandeln?

Haschler: Ein Grundprinzip von uns lautet: Du löst keine sozialen Probleme mit Technik. Angenommen, wir könnten mit einer solchen App Infektionsketten verfolgen. Dann stellt sich die Frage: Was machen wir mit Menschen, die kein Smartphone haben? Bekommen sie dann Nachteile im Alltag? Müssen die so eine Art elektronische Fußfessel tragen, weil sie nicht gewarnt werden können, wenn ein Infizierter in der

Nähe ist? Und: Wenn man die erfassten Daten zentral speichert, wie es die Bundesregierung ursprünglich geplant hatte, dann ist das mit einem hohen Risiko verbunden: Kommt es zu einem Leck, dann betrifft es alle. Wir sind froh, dass die Politik hier umgedacht hat.

E&W: Und ein Schulprojekt zur Corona-App – wie könnte das aussehen?

Haschler: Die Firmen, die die Corona-App für Deutschland entwickeln, veröffentlichen den Quellcode im Internet. Es wäre ein spannendes Projekt, über die Zugänglichkeit dieses Codes zu reden und warum das richtig ist. Zum Beispiel, dass man da reingucken kann und dann weiß, was die App macht. Das wäre etwas für die Gesellschaftswissenschaften, und im Fach Informatik könnte man fragen, wie die App technisch funktioniert.

E&W: Der CCC bietet Workshops auch für Grundschulen an. Verstehen die Kinder, was Sie ansprechen?

Haschler: Studien zeigen, dass schon Zehnjährige eigene Smartphones benutzen und unbegleitet im Netz unterwegs sind. Da gibt es also Anknüpfungspunkte, um mit den Kindern ins Gespräch zu kommen. Zum Beispiel darüber, welche Wege die Daten ins Internet nehmen. Oder die Privatsphäre: Man teilt ständig Informationen mit anderen. Dazu gibt es Spiele, bei denen wir an der Tafel oder an der Stellwand Kategorien bilden: Das weiß nur ich. Das wissen meine Eltern. Das wissen meine besten Freunde. Das dürfen alle wissen. Dann ordnen die Schülerinnen und Schüler vorgegebene Informationen diesen Kategorien zu. Daran merken sie, dass Informationen einen Wert an sich haben.

E&W: Ist Edward Snowden, ist die Überwachung durch den US-Geheimdienst NSA ein Thema? Wie sieht ein Schulprojekt dazu aus?

Haschler: Das ist eher ein Vortrag mit einem daran anschließenden Gespräch. Dazu gibt es eine eindrückliche Webseite, die heißt „Stasi versus NSA“**. Sie zeigt: Würde man sämtliche Daten der Stasi in Aktenschränken ablegen, dann könnte man damit eine Fläche abdecken, die der Berliner Museumsinsel entspricht. Würde man die Daten der NSA ausdrucken und in Aktenschränke stecken, dann könnte man damit den afrikanischen Kontinent bedecken.

E&W: Unglaublich!

Haschler: Wir sagen dann immer: Solche Informationen haben wir nur dank Edward Snowden. Leider kennen ihn

die Leute, die missbräuchlich in fremde Systeme eindringen, als Cracker. Wer Systeme knackt, ist ein krimineller Mensch.

E&W: Wie erleben CCC-Aktive die Lehrerinnen und Lehrer? Wie fit sind diese, wenn es um Herausforderungen und Risiken der Digitalisierung geht?

Haschler: Ich muss sagen – das merken jetzt auch viele im Homeschooling-Bereich –, dass es nicht gut aussieht. Viele Lehrkräfte fühlen sich überfordert. Ich möchte das aber nicht als Vorwurf verstanden wissen, viele wachsen über sich hinaus. Es ist vielmehr ein Versäumnis der Länder. Wir leben in einer Wissensgesellschaft und nicht mehr in der industriellen Zeit. Aber unser Schulsystem kommt noch aus dieser. Das gilt

unterstützen! Und es wäre hilfreich, das Thema Medienkompetenz endlich ernsthaft fächerübergreifend zu verankern. Unsere Schülerinnen und Schüler müssen früh die Chance haben, einen produktiven Umgang mit den neuen Medien zu erlernen. Das geht nur, wenn man ihnen früh Informatik-Themen näherbringt. Wie tief sie dann einsteigen, mögen sie selbst entscheiden, es muss nicht jeder Datenbanken programmieren können.

E&W: Wie sind Sie zum CCC gekommen?

Haschler: Das war 2012. Da hat mich ein Schüler aus meinem Informatikkurs über Facebook angeschrieben. Der Kurs hatte sich gewünscht, etwas zu Hacking zu machen. Und der Schüler hatte vorgeschlagen, den CCC Mannheim zu fragen. Und der kam dann auch zu uns. Ich habe schnell gemerkt, dass ich mich einbringen kann. Auch,

nicht nur für die Lehrpläne und deren Erneuerungszyklen, sondern auch für unsere Aus- und Weiterbildung. Leider.

E&W: Was müsste sich an Schulen ändern, damit die Schülerinnen und Schüler später in einer zunehmend digitalen Welt zurechtkommen?

Haschler: Wir brauchen Dienstgeräte – die haben wir ja nicht (s. E&W 6/2020, Seite 34 f.). Auch die Schülerinnen und Schüler müssen in irgendeiner Form ausgestattet werden. Es braucht freien Netzzugang. Zu oft wird noch eine Trennung gezogen zwischen der analogen und der digitalen Welt. Und dann ist der Deutschlehrer in seinem Fach. Und ich mache als Mathelehrer mein Fach. Wir sprechen uns inhaltlich nie ab. Wir müssen diese Silo-Denkweise überwinden. Hier kann Technologie

weil die Arbeit ehrenamtlich ist. Im ersten Jahr habe ich mir das nur angeguckt. 2014 war ich dann schon ziemlich aktiv.

Interview: Matthias Holland-Letz, freier Journalist

***Schulprojekt des Chaos Computer Club**

Club: www.ccc.de/schule
****„Stasi versus NSA“:**
<https://opendatacity.github.io/stasi-vs-nsa>

nicht mehr viele. Das war vor fünf Jahren anders. In der Öffentlichkeit zu bleiben, ist aber so etwas wie eine Lebensversicherung für Whistleblower wie Snowden.

E&W: Welches Bild haben Schülerinnen und Schüler vom CCC? Gelten Sie immer noch als die „Hacker“, die im Halblegalen unterwegs sind?

Haschler: Oft kennen die uns gar nicht. Aber wenn wir sagen, wir sind Hackerinnen und Hacker, dann kommt meist: Oh! Dann hat man eine gewisse Aufmerksamkeit. Wir machen aber klar: Wir haben eine Ethik. Wir lehnen ab, dass man in den Daten anderer Leute herumschnüffelt. Und wir bezeichnen



Ohne Schutz

Für die in der Weiterbildung tätigen Soloselbstständigen versagen in der Corona-Krise nahezu alle Hilfsprogramme. Nicht wenige sind jetzt auf Grundsicherung angewiesen.

// In Zeiten von Pandemie, Abstandsregeln und digitalem Unterricht zeigt sich die lange bekannte prekäre Lage von Weiterbildnerinnen und Weiterbildnern besonders deutlich. //

Die Menschen, die Ingo Langenbach unterrichtet, waren auf dem besten Weg, in Deutschland Fuß zu fassen: Zugewanderte aus vielen Ländern, die einen B1-Sprachkurs besuchten; das ist das Niveau, ab dem man in einer Sprache in Alltag wie Beruf selbstständig wird. Ein IT-Experte aus der Türkei könnte im Herbst sogar eine Stelle im Rheinland antreten – allerdings nur, wenn der Kurs zügig wieder startet. „Auch alle anderen wünschen sich, dass ihr Integrationskurs bald weitergeht“, sagt Kursleiter Langenbach. Das weiß er, weil er zu allen Kontakt hält. Menschen auf ihrem Weg in die deutsche Gesellschaft zu begleiten, sagt er, „ist ja nicht irgendein Job. Das ist eine verantwortungsvolle Aufgabe“, der sich der Germanist nach einer Reihe selbst finanzierter Weiterbildungen zum DaF/DaZ-Lehrer* seit 2015 bewusst widmet. Bis am 16. März vorläufig Schluss war: Bundesweit wurden alle Integrationskurse gestoppt – und damit auch die Honorare derer, die sie im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flücht-

linge (BAMF) unterrichten. Langenbach rief die Renten- und Krankenversicherung an und bat um reduzierte Beiträge. Er beantragte zunächst nur Wohngeld, später auch Grundsicherung, also Hartz IV. Letzteres hat er die ersten Monate vermieden: Er wollte sich nicht, wie er sagt, in eine „soziale Hängematte“ legen. Und er hält es auch für politisch völlig verfehlt, Menschen wie ihn in eine solche zu drängen: „Integration ist eine Daueraufgabe, Deutsch-Lehrkräfte gibt es nicht umsonst. Es muss sinnvolle Dauerlösungen und eine adäquate Entlohnung unserer Arbeit geben – anstatt der Gewissheit auf Altersarmut. Deshalb fordere ich, wie viele Kolleginnen und Kollegen, eine Gleichstellung mit Lehrkräften an öffentlichen Schulen.“

Hoher bürokratischer Aufwand

Insgesamt sind in Deutschland rund 400.000 Menschen freiberuflich in der Weiterbildung tätig, längst nicht immer im Nebenberuf. Als Soloselbstständige fallen sie bei nahezu allen in der Corona-Krise aufgelegten Programmen durch den Rost: Das Soforthilfeprogramm des Bundes für Kleinstunternehmen und Soloselbstständige schließt Letztere faktisch meist aus, weil es sich auf „Betriebsausgaben“ beschränkt, die diese selten haben: Ihr Kapital sind ihre,

oft in Eigenregie erworbenen, Fähigkeiten. Programme, die auch den Lebensunterhalt abdecken, gibt es nur in wenigen Bundesländern; allen voran Berlin. Hier konnten, allerdings nur eine Woche lang, 5.000 Euro beantragt werden. Eine andere Unterstützung hilft den Lehrenden nur mittelbar: Mit Hilfe des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes (SoDEG) können Träger bis zu 75 Prozent des Durchschnittsbetrags der letzten zwölf Monate erhalten, wenn sie sich bereit erklären, sich aktiv an der Bewältigung der Pandemie-Folgen zu beteiligen. Sie sind verpflichtet, 75 Prozent der bisherigen durchschnittlichen Monatszahlungen an Lehrende weiterzuleiten. Allerdings bezieht sich das nicht auf das Honorar der jeweiligen Lehrkraft, sondern auf den Gesamtpf.

Nach Erkenntnissen der GEW werden die SoDEG-Gelder häufig gar nicht beantragt. „Der bürokratische Aufwand der Träger, die oft selbst in Kurzarbeit sind, ist enorm“, sagt Ansgar Klinger, Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung. Auch sei die Beschränkung auf 75 Prozent nicht nachzuvollziehen: „Insbesondere in Zeiten wie diesen muss Bildung auf- und nicht abgewertet werden.“ Stattdessen zeige sich aktuell „wie unter einem Brennglas“, was notwendig wäre: „Hauptberufliche

Honorarkräfte, die Daueraufgaben erfüllen, sind unbefristet und qualifikationsadäquat anzustellen. Das gilt insbesondere, wenn es sich um Tätigkeiten im öffentlichen Auftrag handelt.“

Georg Jansen wollte, als die Pandemie Deutschland erreichte, gar nicht vor Ort sein. Im Auftrag des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), für den er bis 2011 fünf Jahre als Lektor in Peking verbrachte, reist er mehrmals im Jahr ins Ausland, meist nach China, wo er die bisherigen Leistungen potenzieller internationaler Studierender überprüft. Ende Februar kam das Schreiben des zu 93 Prozent von drei Ministerien und der Europäischen Union finanzierten DAAD: Wegen der Reiseeinschränkungen, die das Auswärtige Amt verhängt hat, müsse der Auftrag ausfallen. Entschädigung für sechs Wochen, die er seit Herbst 2019 geblockt und deren Verdienst er fest eingeplant hatte: keine.

Kurz darauf sagte die Freie Universität Berlin, an der der promovierte Litera-

turwissenschaftler an zwei Fachbereichen als Lehrbeauftragter arbeitet, alles ab – und wenige Tage später wieder zu: Ob er nicht auch digital unterrichten könne? Ähnlich verhielt sich – drittes Standbein! – die Volkshochschule, die nach der Zwangsschließung schnell ihre eigene Plattform vorangebracht hatte. Also arbeitete Jansen sich, unbezahlt und über Ostern, in zwei Lernplattformen ein und stellte alles um. Heute unterrichtet er an beiden Einrichtungen zusammen rund 100 Studierende, die höchst unterschiedliche Digitalkenntnisse haben, 20 Stunden in der Woche. Fragt man Jansen, was er sich vor allem wünscht: Planungssicherheit – und eine Festanstellung: „Nach acht Jahren an einer staatlichen Universität sollte das doch drin sein.“

Integrationskurse digital anzubieten, ist oft nicht möglich; an gemeinsamen Sprachkenntnissen fehlt es ebenso wie den Teilnehmenden an der passenden Technik. Ende Mai gab das BAMF grünes

Licht, die Kurse wieder analog anzubieten – gemäß den einzuhaltenden Abstandsregeln, also wohl so gut wie immer in geteilten Gruppen. Die Abrechnung allerdings, so das Rundschreiben des BAMF, solle „auf Grundlage der aktuell geltenden Abrechnungsrichtlinien“ erfolgen, also für 2,05 Euro pro Teilnehmendem und pro Stunde, die erteilt wird. Ob ein Kurs wirtschaftlich sei, hänge „von den Gegebenheiten vor Ort und bei den einzelnen Trägern ab“. Die GEW hat in einem Schreiben an das Bundesinnenministerium protestiert: „Wenn Gruppen geteilt werden, müssen auch die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass das stattfinden kann“, sagt Klinger.

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache**

STAMM Verlag
E&W
Verlagsreisen

Rheinromantik und Moselzauber

Köln – Cochem – Alken – Rudesheim – Koblenz – Remagen – Köln
5-tägige Flusskreuzfahrt

ab € 475,-
p. P. in der DK
EK-Zuschlag ab € 214,- p. P.



Unternehmen Sie eine stimmungsvolle Flusskreuzfahrt mit dem 4-Sterne Schiff MS AMADEUS CLASSIC. An Bord herrscht eine sportlich-elegante und leger Atmosphäre. Auch für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt. In Köln heißt es „Leinen los!“. Ihr Kapitän fährt Sie zunächst nach Cochem, wo die ersten interessanten Sehenswürdigkeiten bereits auf Sie warten. Über Alken geht es weiter nach Rudesheim und Koblenz. Zahlreiche Burgen und Schlösser säumen den Weg und reihen sich im Oberen Mittelrheintal wie Perlen an einer Schnur aneinander. Schließlich gehen Sie wieder in Köln vor Anker - eine erlebnisreiche Reise geht zu Ende.

Das beinhaltet unsere Reise

- > Schifffahrt auf der MS Amadeus Classic****
- > Unterbringung in der gebuchten Kabinenkategorie mit DU/WC
- > Volle Verpflegung mit täglich 3 Mahlzeiten (Abendessen 1. Tag bis Frühstück 5. Tag)
- > Kaffee oder Tee nach Mittag- und Abendessen
- > Begrüßungscocktail
- > Gala-Dinner
- > Täglich Kaffee/Tee und Gebäck am Nachmittag (je nach Tagesprogramm)
- > Täglich Mitternachtssnack
- > Deutschsprechende Bordreiseleitung

- > Teilnahme am Bordunterhaltungsprogramm
- > Freie Nutzung der Bordeinrichtungen
- > Gepäckbeförderung Schiffsanlegestelle - Schiffskabine und zurück
- > Modernes „Quietvox“-Audiosystem bei allen Landausflügen
- > Hafengebühren

Termine

- > 12.10.-16.10.2020
- > 16.10.-20.10.2020
- > 20.10.-24.10.2020
- > 24.10.-28.10.2020

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen

Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Klatschen reicht nicht

// In diesen schwierigen Corona-Zeiten sind die Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu einem zentralen Thema in der Gesellschaft und in den Bildungseinrichtungen geworden. Und was macht das Tarifgeschäft im öffentlichen Dienst? //

Ohne Corona wären wir jetzt in der entscheidenden Phase der Tarifverhandlungen im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE), wir wären schon mitten in der Diskussion um die richtigen Forderungen für die allgemeine Einkommensrunde für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) Bund/Kommunen und unmittelbar in der Vorbereitung der Mobilisierung für etwaige Streiks nach der Sommerpause. Doch das Virus hat uns ausgebremst. Andere elementare Dinge stehen im Vordergrund. Mit Solidarität sind wir durch die „heiße Phase“ der Corona-Zeit gekommen. Mit Solidarität müssen wir auch die Nach-Corona-Zeit bewältigen. Dies wird aber nicht einfach, denn die Verteilungskämpfe werden eine neue Dimension annehmen. Es weht uns schon jetzt ein scharfer Wind entgegen rund um die Frage, wer die Krise und deren Folgen bezahlt. Gleichzeitig gibt es eine große Erwartungshaltung. Gerade jetzt braucht es ein deutliches Signal der Anerkennung für die Leistungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie unverzichtbar dieser ist. Die Gehälter müssen steigen – und zwar dauerhaft.

Kommunale Arbeitgeber mauern

Am 16. Juni sind die Sondierungsgespräche über den zeitlichen Ablauf der Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen ohne Ergebnis beendet worden. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) machte den Verzicht der Beschäftigten auf Lohn zur Vorbedingung, die Tarifrunde zeitlich nach hinten zu verschieben. Die Arbeitgeber wittern die Chance, den Arbeitnehmern die Kosten der Krise aufzubürden. Dagegen müssen sich Beschäftigte und Gewerkschaften wehren. Daher haben die Gewerkschaften beschlossen, die TVöD-Entgelttabellen zum 31. August 2020 zu kündigen. Die Bildungsgewerkschaft steigt jetzt in die Forderungsdiskussion und Mobilisierung der Mitglieder ein. Schon am 1. September startet die erste Verhandlungsrunde zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Die Vorbereitung der Tarifrunden im öffentlichen Dienst ist nicht trivial. Die Herausforderung: die Balance zwischen Übervorsicht und Übermut zu finden. Doch haben die Gewerkschaften Erfahrung damit, in ökonomisch schwierigen Situationen Tarifrunden zu führen. Ich erinnere – als jemand, der aus den östlichen Bundesländern stammt – daran, dass sie wissen, wie man auch in Zeiten eines allumgreifenden Transformationsprozesses Tarifpolitik betreiben kann und muss: In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und den Brüchen in den Biografien vieler Menschen, knapper Kassen und dem Nachholbedürfnis gegenüber dem Westen wurde trotzdem versucht, die Angleichung Ost

und West und die allgemeinen Tariferhöhungen umzusetzen. Ohne Streiks ging das nicht. Ohne politischen Druck ebenso wenig. Ginge es nach den Arbeitgebern, wäre nie der richtige Zeitpunkt für eine Tariferhöhung: In guten Zeiten soll für schlechte gespart werden, Schuldenabbau, Schuldenbremse, Schuldentotschlagsargumente – in schlechten Zeiten sei ohnehin nichts zu verteilen, kein Schluck aus der Pulle drin. Doch dem werden Gewerkschaften und Beschäftigte ihre Stärke entgegensetzen – und dies mit einer klaren Botschaft: Wir sind bereit, wir sind handlungsfähig, wir ducken uns auch in schwierigen Zeiten nicht weg.

Fazit: Klatschen allein reicht nicht. Doch auch die Frage der Durchsetzungsfähigkeit muss ehrlicherweise in den Blick genommen werden. Und da gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Organisationsgrad einer Gewerkschaft in Betrieben, der Streikfähigkeit und dem Tarifergebnis. Zum Mut gehört daher auch: die Kolleginnen und Kollegen direkt am Arbeitsplatz, in der Einrichtung, auf dem Nachhauseweg persönlich anzusprechen: „He, jetzt ist es höchste Zeit, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Solidarität ist das Gebot der Stunde!“

Daniel Merbitz,

GEW-Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik



Überfällige Verhandlungen

// Am 4. Juni trafen sich die Verhandlungsspitzen der GEW sowie der Lehrerverbände des Deutschen Beamtenbundes mit den Arbeitgebern der Bundesländer zu einem ersten – virtuellen – Verfahrensgespräch zur Weiterentwicklung des Eingruppierungstarifvertrags der Lehrkräfte (TV EntgO-L). //

Die Tarifpartner verhandelten den Forderungskatalog, den die Gewerkschaften der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) bereits 2018 vorgelegt und in etlichen Runden diskutiert hatten. In der jüngsten Länder-Tarifrunde 2019 war es nicht gelungen, eine Vereinbarung zu erzielen, da sich die Arbeitgeber nicht auf substantielle Verbesserungen einlassen wollten. Stattdessen wurde vereinbart, nach Abschluss der Entgelttrunde weiter zu verhandeln.

Für die Gewerkschaften steht weiterhin im Zentrum, dass fünf Jahre nach Inkrafttreten des TV EntgO-L ein Termin vereinbart wird, bis zu dem die Paralleltabelle erreicht sein wird. Das heißt, dass jeder Besoldungsgruppe die numerisch identische Entgeltgruppe (E) zugeordnet wird: A13 = E13, A12 = E12, A11 = E11 usw. Die GEW weist darauf hin, dass für Lehrkräfte eine Mindesteingruppierung in der Entgeltgruppe 10 erforderlich sei. Sie kritisiert die

Verwerfungen, die entstanden sind, seit am 1. Januar 2020 die S-Tabelle für den Sozial- und Erziehungsdienst gilt: Die gleiche Tätigkeit wird, je nachdem ob ein Bundesland seine Beschäftigten als Lehrkräfte einstuft oder nicht, nach der – besseren – S-Tabelle oder nach der allgemeinen Entgelttabelle bezahlt.

TdL am Zug

Wichtig ist den Gewerkschaften auch die Bearbeitung eines grundsätzlichen Problems, das immer dann entsteht, wenn eine Tätigkeit neu bewertet wird. Beispiel: Die Eingruppierung der Grundschullehrkräfte in die Entgeltgruppe 13. Obwohl eine Aufwertung der Tätigkeit beabsichtigt ist, kann die abstruse Situation entstehen, dass durch die Zuordnung zu einer höheren Entgeltgruppe Einkommensverluste beim Lebenserwerbseinkommen entstehen. Die Gewerkschaften fordern daher, dass bei einer Neubewertung die bisherige berufliche Tätigkeit vollständig angerechnet wird: Sowohl die Stufe, die durch die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses in einer Entgeltgruppe erreicht worden ist, als auch die Stufenlaufzeit in die höhere Entgeltgruppe müssen mitgenommen werden.

„Wir wollen die Lehrkräfte-Eingruppierung weiterentwickeln und zukunftsfest gestalten. Gute Vorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch. Jetzt ist die TdL am Zug“, kommentierte GEW-Verhandlungsführer Daniel Merbitz. Bis zum Beginn der nächsten Tarifrunde im Herbst 2021 soll es Ergebnisse geben. „Die Länder haben es selbst in der Hand, ob sie es mit der Wertschätzung für Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen ernst meinen. Dazu gehört ein modernes Tarifrecht. Die GEW lässt bei diesem Thema nicht locker. Nach dem Spiel ist vor dem Spiel!“, so Merbitz. Knut Bredendiek, Geschäftsführer der TdL, kündigte an, dass in der nächsten Mitgliederversammlung der Arbeitgeber über die Forderungen und eine weitere Terminfindung beraten werde.

Zum Hintergrund: In der Runde 2019 einigten sich die Tarifvertragsparteien auf eine Protokollerklärung. Sie vereinbarten, nach Abschluss der Entgelttrunde 2019 Tarifverhandlungen über die Weiterentwicklung der Entgeltordnung Lehrkräfte zu führen.

Die äußerst schwierigen Redaktionsverhandlungen zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) zogen sich bis in den Oktober. Die TdL wollte keine parallellaufenden Redaktionsverhandlungen zum TV EntgO-L. Auch Terminvereinbarungen, um die Protokollerklärung umzusetzen, lehnten die Arbeitgeber ab. Ende Dezember 2019 unterzeichneten TdL und GEW endlich den Tarifvertrag. Das war notwendig, weil sich viele Bundesländer weigerten, die Erhöhung der Angleichungszulage für die Lehrkräfte auf 105 Euro zu zahlen, solange der Vertrag nicht unterschrieben ist.

Dagmar Roselieb,
Referentin für Tarifpolitik beim GEW-Hauptvorstand



Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie unverzichtbar die Tätigkeit der Beschäftigten in Kitas und Schulen ist. Die Gehälter müssen steigen und zwar dauerhaft.

Foto: Karim Just

Kredit aufnehmen oder exmatrikulieren

// Die Corona-Pandemie hat auch viele Studierende in eine finanzielle Notlage gebracht. Die Hilfen, die die Bundesregierung versprochen hat, reichen nicht aus. Das trifft besonders Studierende, die darauf angewiesen sind, zusätzlich zum Studium zu arbeiten, und jetzt ihren Job verloren haben. //

So hatte sich Johannes Knoch das Studium nicht vorgestellt. Lange hat der ausgebildete Koch mit sich gerungen, ob er den sicheren Job in der Nürnberger Gastronomie für ein Psychologiestudium in Berlin hinschmeißen soll. Als sein Abischnitt nach 16 Wartesemestern dann endlich für den NC-Studiengang reichte, schrieb Knoch sich an der Humboldt-Universität ein. Acht Monate

später muss er feststellen: So nah am finanziellen Abgrund war er zuletzt als Azubi. Die Jazzkneipe, in der der 37-Jährige jobbte, machte Mitte März wegen der Corona-Pandemie dicht. Für BAföG ist der Bachelorstudent zu alt. Seit drei Monaten ist Knoch nun ohne eigene Einkünfte: „Ohne die Hilfe meiner beiden Schwestern würde es nicht gehen“, sagt Knoch.

Mit seinen finanziellen Sorgen steht er nicht allein da. Nach einer repräsentativen Umfrage des Personaldienstleisters Zenjob haben bundesweit 40 Prozent der Studierenden in der Corona-Krise ihren Nebenjob verloren. Und das trifft besonders diejenigen, die keine Hilfe von ihren Familien erhalten. Denn wer studiert, hat kein Anrecht auf Grundsicherung. BAföG wiederum erhalten gerade mal 12 Prozent der Studierenden. Und selbst für die wird es nun – ohne eigenen Zuverdienst – knapp. Denn von der staatlichen Ausbildungsförderung allein können die wenigsten leben. Laut der Zenjob-Umfrage musste sich jeder fünfte Studierende bereits Geld bei Verwandten oder Freunden borgen. Bei 2,9 Millionen Studierenden in Deutschland heißt das, dass derzeit knapp 600.000 junge Menschen Probleme haben, ihre Miete oder ihr Essen zu berappen.

Hilfen, die zu spät kommen

Für diese Gruppe hat Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) Ende April schnelle und unbürokratische Unterstützung versprochen. „Mir ist wichtig, dass diese betroffenen Studierenden nun rasch eine Überbrückungshilfe erhalten können“, sagte Karliczek damals. Seit Anfang Mai nun können Studierende ein zunächst zinsloses Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) über bis zu 650 Euro beantragen. Studierende, die weniger als 500 Euro auf dem Konto haben, können seit Mitte Juni für drei Monate Zuschüsse aus Karliczeks Nothilfefonds erhalten; maximal 500 Euro im Monat sind pro Person



Mehr Corona-Soforthilfe forderten Studierende auf einer Demonstration Ende Juni in Berlin. Die GEW warnte vor einem Breakdown in der Hochschulbildung, der Zehntausende junger Menschen in den Studienabbruch treibt.

Fotos: Kay Henschelmann

vorgesehen. Ausbezahlt wird das Geld über die Studentenwerke vor Ort.

Der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, Achim Meyer auf der Heyde, versicherte, die Studierenden könnten das Geld „zum Teil Ende Juni“ auf dem Konto haben.

Viele Betroffene jedoch sind von den Maßnahmen des Bundes enttäuscht. Der studentische Dachverband fzs spricht sarkastisch von „angeblichen Überbrückungshilfen“, die nicht nur zu spät kämen, sondern auch kaum jemandem wirklich weiterhelfen. „Erst bei weniger als 500 Euro auf dem Konto die Bedürftigkeit anzuerkennen, ist ein klares Bekenntnis dazu, Studierenden keine Lebensgrundlage zuzugestehen“, sagt fzs-Vorstandsmitglied Jacob Bühler. Die Realität sei, dass viele Studierende allein für ihre Miete über 500 Euro bezahlen müssten.

Schon zu Beginn des Corona-Lockdowns im März hatten der fzs und weitere Studierendenverbände in einer Online-Petition eine pauschale Soforthilfe über 3.000 Euro pro Person gefordert. Die Forderung blieb im CDU-Bildungsministerium genauso ungehört wie der Vorschlag der Opposition (und des Koalitionspartners SPD) sowie der GEW, das BAföG vorübergehend für Nichtempfängerinnen und -empfänger zu öffnen. Auch die Öffnung der Grundversicherung – also Hartz IV – für Studierende, eine Grünen-Forderung, lehnte die Große Koalition ab. Im Juni riefen Studierendenvertreterinnen und -vertreter deshalb zum bundesweiten Protest auf – zunächst in den Landeshauptstädten, am 20. Juni kamen dann rund 350 Studierende nach Berlin. Vor dem Hauptbahnhof wiederholten sie – unter ihnen auch die GEW-Studis – ihre Kernforderung: eine „echte Studi-Nothilfe“ von mindestens einer Milliarde Euro statt der bislang 100 Millionen Euro, die die Bundesregierung bereitstellt.

Auch die Opposition wirft der Bildungsministerin schwere Versäumnisse vor. „Statt die Studierenden als Zukunft von Bildung, Forschung und Wirtschaft unbürokratisch und schnell zu unterstützen, schließen Sie diese de facto von den Corona-Hilfen aus“, kritisiert die Linksfraktion im Bundestag in einem offenen Brief. Und selbst der Koalition-

spartner SPD zeigt mit dem Finger auf Karliczek: „Hätten wir, wie von uns und nahezu der gesamten Fachwelt gefordert, das BAföG befristet geöffnet, gäbe es längst Hilfe für in Not geratene Studierende. Das hat die Bildungsministerin verhindert“, ätzt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Oliver Kaczmarek.

Auch GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller ärgert sich über die unzureichende Nothilfe für Studierende. „Die Maßnahmen der Regierung greifen viel zu kurz“, sagt Keller. Eine simple Rechnung zeige, dass die 100 Millionen des Nothilfefonds nicht ausreichen, um alle Betroffenen angemessen zu unterstützen. Stattdessen biete die Regierung KfW-Studienkredite an, die es im Grunde schon längst gebe. Der einzige Unterschied: Die Corona-Kredite seien ein Jahr lang zinsfrei. „Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass sich die Studierenden verschulden müssen“, kritisiert Keller. „Und das, obwohl sie ohne jede Schuld in Not geraten sind.“

Prekäre Lebensumstände

Dass die Große Koalition Selbstständige und Mittelständler gleichzeitig mit Milliardenbeträgen unterstützt, sage viel über ihre politischen Prioritäten aus – oder den Einfluss der jeweiligen Lobby. „Wie wenig sich die Bundesregierung für die prekären Lebensumstände vieler Studierender interessiert, habe schon die jüngste BAföG-Reform gezeigt“, so Keller. Im vergangenen Jahr haben Union und SPD die BAföG-Sätze erhöht. Wegen der stark steigenden Mieten könnten aber auch die neuen Höchstsätze nicht die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten decken, rechnete das Berliner Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FIBS) vor. Deshalb fordert GEW-Vize Keller die Bundesregierung auf, bei der Corona-Nothilfe dringend nachzubessern und statt der KfW-Kredite Vollzuschüsse zu gewähren, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Selbst viele Hochschulen haben die Probleme ihrer Studierenden erkannt und eigene Nothilfefonds eingerichtet, zum Teil auf Spendenbasis der Dozentinnen und Dozenten, wie an der Uni Marburg. Dennoch befürchtet Keller, dass sich die Untätigkeit der Po-



Zu einem Schutzschirm, der Studierende nicht im Regen stehen lässt, konnte sich die Große Koalition nicht durchringen.

litik bald in den Exmatrikulationszahlen widerspiegeln wird.

Auch Bachelorstudent Knoch war kurz davor, sein Studium zu schmeißen. Nicht allein wegen seiner finanziellen Sorgen. Auch weil die Hochschule wegen Corona weitgehend geschlossen blieb und sämtliche Kurse nur online stattfinden. „Ich wollte ja auch studieren, um die Stimmung an einer großen Universität zu erleben. Jetzt hocke ich in meinem WG-Zimmer und gucke Vorlesungen auf YouTube.“ Einen Trost hat Knoch allerdings: Die HU Berlin hat wie viele andere Hochschulen bereits angekündigt, das Sommersemester nicht als Fachsemester einzustufen. Ob er die Prüfungen nun mitschreibt oder nicht, ist seine Entscheidung. Nur beim Thema KfW-Kredit hat der Student keine Wahl. „Besser Schulden als zurück in die Gastro.“

Ralf Pauli,
taz-Bildungsredakteur

Workshops, Debatten und ein Wohnzimmer-Konzert

// Die „GEWolution 2020“ fand Ende Mai als Webinar statt. Der Einsatz digitaler Technik kann dabei auch als Chance für zukünftige Veranstaltungen gesehen werden. //

Als die Bundesregierung Ende März vor dem Hintergrund der aktuellen Coronapandemie weitreichende Ausgangssperren erließ, stand eine Gruppe junger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vor einer unerwarteten Herausforderung: 140 Teilnehmende waren für die dritte Bundesjugendkonferenz „GEWolution“, die in diesem Jahr unter dem Motto „Gesellschaft.Macht.Grenzen – Change a failing System“ am Pfingstwochenende stattfinden sollte, angemeldet. Als die Vorbereitungen der Projektgruppe vor rund zwei Jahren begannen, war von den dramatischen Ereignissen der jüngsten Monate noch nichts zu ahnen. Geplant waren Workshops und Vorträge, die abends bei gemeinsamen

Gesprächen und Aktivitäten vor der idyllischen Kulisse Erkners bei Berlin ausklingen sollten.

Für die GEW war jedoch schnell klar, dass die Präsenzveranstaltung vor dem Hintergrund der Pandemie nicht stattfinden kann. Doch „physical distancing bedeutet nicht social distancing“, wie die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zum Auftakt der Konferenz in einem Video deutlich machten. Die Gruppe entschied sich kurzerhand, die Konferenz als Webinar stattfinden zu lassen. Klar war dabei auch, dass das Konzept der ursprünglich geplanten Präsenzveranstaltung nicht in Gänze übernommen werden konnte.

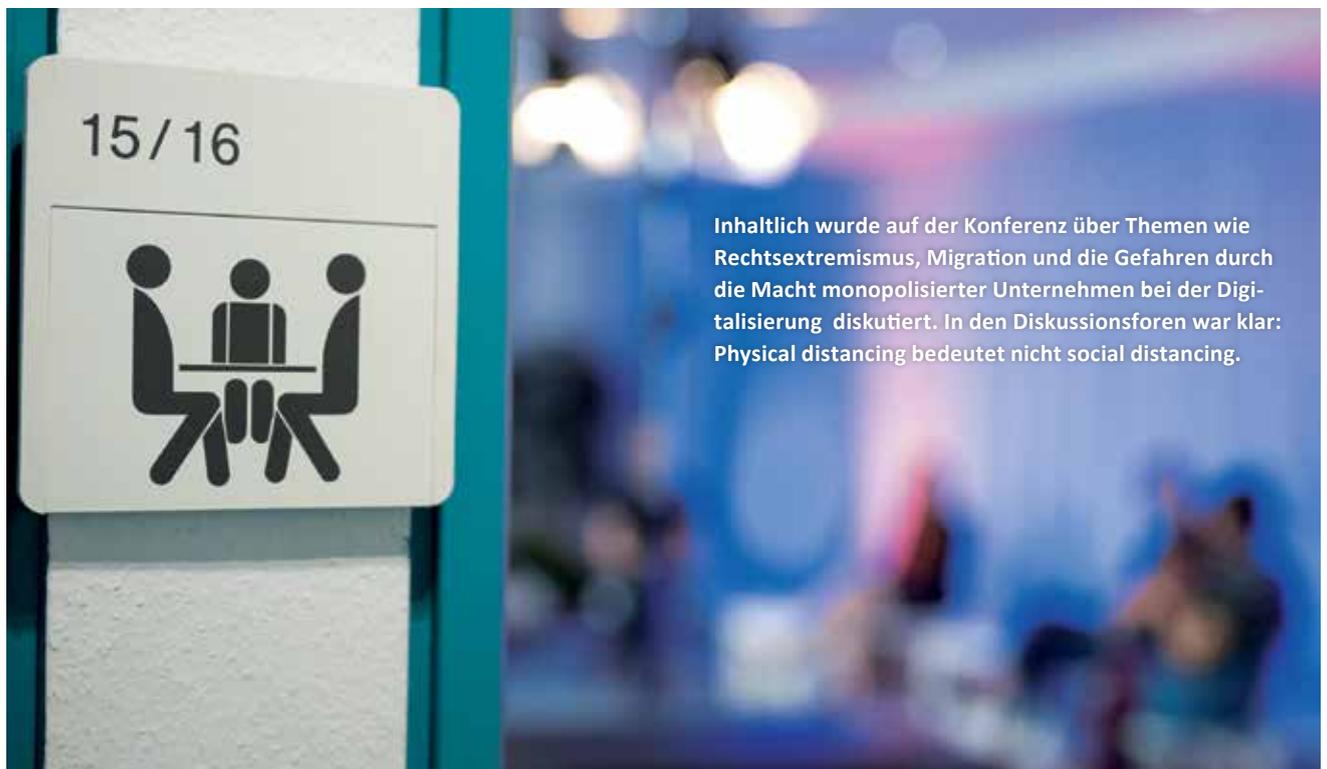
Ein digitales Experiment

Die GEW-Aktivistinnen und -Aktivisten entschieden sich daher für vier Grundsätze: Zum einen wurden die geplanten Inhalte auf das Wesentliche reduziert und mit Blick auf ihre technische Realisierbarkeit hin konzipiert. Zum anderen sollten kommunikative Aspekte in virtuellen Plauderstuben genügend Raum zugestanden sowie digitale Experimente gewagt werden.

Trotz der immensen Herausforderungen erwartete die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein volles Programm. Für zwei Tage verwandelte sich die GEW-Geschäftsstelle in Frankfurt am Main in die Sendezentrale der ersten großen Digitalkonferenz der Bildungsgewerkschaft. Von hier aus wurden die Workshops, Vorträge und Livestreams koordiniert und professionell betreut. Teilnehmende aus allen Bereichen der GEW und des Bildungssystems diskutierten online mit Expertinnen und Experten in verschiedenen Workshops.

In seiner Eröffnungsrede verdeutlichte der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller, dass die Corona-Krise nicht nur die Schwächen des Gesundheitssystems, sondern auch die des Bildungssystems schonungslos offenge-

zeigt. In seiner Eröffnungsrede verdeutlichte der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller, dass die Corona-Krise nicht nur die Schwächen des Gesundheitssystems, sondern auch die des Bildungssystems schonungslos offen-



Inhaltlich wurde auf der Konferenz über Themen wie Rechtsextremismus, Migration und die Gefahren durch die Macht monopolisierter Unternehmen bei der Digitalisierung diskutiert. In den Diskussionsforen war klar: Physical distancing bedeutet nicht social distancing.



Fotos: Kay Herschelmann

„Gesellschaft.Macht.Grenzen – Change a failing System“ – unter diesem Motto fand Ende Mai die dritte Bundesjugendkonferenz der GEW statt: zum ersten Mal digital.

legt habe. „Die Liste der Probleme, die sich nun offenbaren, ist lang: Für den Fernunterricht von zu Hause sind die Schulen technisch kaum ausgestattet, wobei Schülerinnen und Schüler aus finanziell benachteiligten Familien häufig ohnehin nicht über das nötige Equipment verfügen. Die Corona-Krise ist so auch eine Krise der sozialen Ungleichheit. Nicht weniger hart trifft es Studierende an den Hochschulen, deren Nebenjobs in Gastronomie und Handel nun häufig wegfallen.“ Für die GEW sei klar, so Kellers Appell an die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter: „Die Corona-Krise darf nicht zur Bildungskrise werden!“

Ein Schwerpunkt der Veranstaltung waren Gefahren und Nutzen von Digitalisierungsprozessen, wobei Machtstrukturen monopolisierter Unternehmen hinterfragt und über digitales Mobbing unter Schülerinnen und Schülern aufgeklärt wurde. Auch über Schwierigkeiten mit Blick auf Exklusion und Diskriminierung, wie es sie nach den Flucht- und Migrationsprozessen verstärkt an Schulen gibt, diskutierten die Teilnehmenden. Dabei ging es auch darum, sich

argumentativ gegen rechte Parolen aufzustellen. Hilfreich waren Handreichungen und ganz konkrete Einblicke in die zivile Seenotrettung und deren politische Perspektiven.

Positive Rückmeldungen

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigten sich zudem mit den Formen gewerkschaftlichen Handelns von Methoden des Empowerment bis hin zum Streik. Herausgefordert durch Bewegungen wie Frauenstreik und „Fridays for Future“ wurde die Frage der Zulässigkeit politischer Streiks intensiv diskutiert. Und auch der durch und durch prekäre Hochschulbereich kam nicht zu kurz. So ging es hier unter reger Beteiligung der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter um das Thema Zeitverträge in der Wissenschaft und die damit zusammenhängenden Probleme bei der Karriereplanung. Für Abwechslung und Verschnaufpausen sorgten interaktive Quizshows sowie Wohnzimmer-Konzerte mit dem Trans-Rapper Sir Mantis aus Leipzig.

Dass das Konzept der Projektgruppe trotz schwieriger Bedingungen aufging,

zeigte die anschließende Auswertung durch die Teilnehmenden der Konferenz: 90 Prozent fanden die inhaltliche Gestaltung der Workshops und Podiumsdiskussionen mehr als gelungen. Auch der zeitliche Rahmen der Veranstaltung wurde von mehr als zwei Drittel der Online-Befragten als optimal angesehen. Kleinere Verbesserungen wünschten sich die Teilnehmenden bei der technischen Umsetzung, bei der rund 80 Prozent kleinere Mängel monierten. Trotz der durchweg positiven Rückmeldungen freuen sich die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter darauf, sich künftig wieder außerhalb des digitalen Raumes zu treffen. So beurteilte die Mehrheit der Befragten die Möglichkeiten, sich online kennenzulernen und auszutauschen, als gut, empfanden dies aber nicht als präferierte Alternative zu den Präsenzveranstaltungen.

Mit der „GEWolution“ hat die GEW gezeigt, dass sie auch in Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie schnell reagieren kann und ihre gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit bewahrt. Gleichzeitig war die Konferenz mit ihrer breiten Konzeption und thematischen wie medialen Vielfalt auch eine Chance, die Erfahrungen mit neuen digitalen Technologien bei zukünftigen Veranstaltungen einfließen zu lassen. So können über Online-Plattformen wie Mattermost über die bereitgestellten Chatrooms Diskussionen auch über die Präsenzveranstaltungen hinaus geführt und Vorträge wie Workshops noch einmal angesehen werden. Auch Informationsmaterialien bereitzustellen, wird über die digitalen Plattformen erleichtert.

Mit Blick auf die Inhalte wurde eines klar, wie die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe zum Abschluss der Konferenz resümierte: „Wir werden viel zu kämpfen haben, wenn wir wollen, dass gute Arbeit und gute Bildung unsere Zukunft besser gestalten.“ Die Arbeit junger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sagte Tepe deutlich, sei für die GEW unverzichtbar: „Ihr treibt uns voran und motiviert uns – auch über die gewerkschaftlichen Grenzen hinaus!“

Till Mischko,
freier Journalist

Schlimmer als zuvor

// Aus Angst vor Nachzahlungen an die Rentenversicherung setzte das Goethe-Institut Anfang 2017 400 Honorarlehrkräfte vor die Tür. Nun ergibt die Betriebsprüfung: Es lag keine Scheinselbstständigkeit dieser Dozenten vor. Ein verheerendes Signal, kritisiert die GEW. //

Als Regina Dörfer Mitte Januar den Brief der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bayern Süd öffnet, traut sie ihren Augen nicht. Sie hat fest damit gerechnet, dass das Schreiben bestätigen würde, dass sie als Dozentin beim Goethe-Institut über Jahre hinweg scheinselfständig beschäftigt gewesen ist. Dörfer hat zwischen 2010 und 2017 ausschließlich für das Goethe-Institut Mannheim gearbeitet und dabei die Kurse übernommen, die ihr zugewiesen wurden. Auch musste sie Prüfungen abnehmen, an Konferenzen teilnehmen und ihren Unterricht an den Vorstellungen des Goethe-Instituts ausrichten. Alles Weisungen, die eine wirklich selbstständige Honorarlehrkraft nicht hätte befolgen müssen. Die Unabhängigkeit habe nur auf dem Papier bestanden, berichtet Dörfer: „Wer sich nicht nach dem Goethe-Institut gerichtet hat, hat keine Aufträge bekommen.“

Der Bescheid der Rentenversicherung zeichnet ein ganz anderes Bild: Die Betriebsprüfung habe ergeben, dass sie als Dozentin beim Goethe-Institut „eine selbstständige Tätigkeit“ ausgeübt habe. Für Dörfer heißt das: Sie muss mit einer saftigen Nachzahlung der Rentenversicherungsbeiträge rechnen. Wie alle früheren Honorarlehrkräfte beim Goethe-Institut, die ihrer Rentenversicherungspflicht nicht nachgekommen sind oder sich nicht von ihr haben befreien lassen. „Bei mir sind das 16.000 oder 30.000 Euro“, sagt Dörfer, „je nachdem, ob die Nachzahlung pauschal oder einkommensabhängig berechnet wird.“ So hat es ihr die DRV in einem Folgeschreiben im März mitgeteilt. Das Ergebnis der DRV-Betriebsprüfung bezeichnet die 60-Jährige als „Schock“. Nicht nur, weil die Rückzahlung auf einen Schlag ihre Ersparnisse vernichten würde. Sondern auch, weil das Goethe-Institut selbst so glimpflich davongekommen ist.

Zwei-Klassen-System

Tatsächlich hat die Rentenversicherung ihre ursprüngliche Auffassung zu Gunsten des Goethe-Instituts geändert und es damit vor Nachzahlungen in Höhe von geschätzt 20 Millionen Euro bewahrt. Zwar stuft die DRV bestimmte Tätigkeiten wie die Betreuung von Jugendcamps oder die Abnahme von Prüfungen als

abhängige Beschäftigung ein, wofür das Goethe-Institut nach eigenen Angaben eine Summe von gut zwei Millionen Euro nachzahlen musste. Die Honorarlehrkräfte zählen laut Rentenversicherung aber plötzlich nicht mehr dazu. Dabei war sie Anfang 2017 noch zu dem Schluss gekommen, dass die Dozenten scheinselfständig beschäftigt seien. Als die DRV daraufhin entsprechende Forderungen an das Goethe-Institut stellte, setzte die Münchner Zentrale umgehend alle rund 400 Honorarlehrkräfte im Inland vor die Tür – auch Dörfer, die heute in einem Architekturbüro arbeitet. Seither hat das Goethe-Institut im Inland nach eigenen Angaben 62 neue feste Stellen für Lehrkräfte geschaffen, ist aber bei seinem Geschäftsmodell geblieben, einen möglichst großen Anteil der Kurse durch „Freie“ abzudecken. Im Jahr 2019 etwa seien 220 Honorarlehrkräfte für Intensiv- und Abendkurse beschäftigt gewesen, teilt Sprecherin Jessica Kraatz Magri mit. Fest angestellt waren 176 Lehrkräfte. Damit ist der Anteil der Honorarlehrkräfte im Kursbetrieb wieder auf mehr als die Hälfte geklettert. Aktuell würden wegen der Corona-Pandemie aber keine Honorarlehrkräfte beauftragt.

Für Oliver Brüchert, Referent für Tarif- und Beamtenpolitik im Hauptvorstand der GEW, ist offensichtlich, dass sich



2017 protestierten Honorarlehrkräfte mit Unterstützung der GEW gegen die Kündigung ihrer Verträge durch das Goethe-Institut.

Foto: Marlen Keß

das Goethe-Institut weiterhin aus seiner sozialpolitischen Verantwortung stiehlt: „Die Priorität liegt nach wie vor darauf, über den Einsatz von Honorarkräften Personalkosten zu senken und Mitarbeitern den Sozialversicherungs- und Kündigungsschutz vorzuenthalten.“ Brüchert rechnet damit, dass die Honorarkräfte nach dem Ende der Corona-bedingten Situation bald wieder einen Großteil der Kurse geben werden, wie es vor der Entlassungswelle im Jahr 2017 der Fall war. „Dass die Rentenversicherung mit ihrer jetzigen Entscheidung dieses Geschäftsmodell absegnet, ist Teil des Skandals.“ Mehr noch: Die Situation der Honorarkräfte an den Goethe-Instituten habe sich durch die DRV-Prüfung sogar noch verschlechtert. Wer heute dort als „freie“ Lehrkraft tätig ist, darf sich nicht im Lehrerzimmer aufhalten, keine Prüfungen mehr abnehmen und nicht mal mehr die Kopierer am Institut benutzen. Als „Zwei-Klassen-System“ bezeichnet das eine Sprachlehrerin, die viele Jahre als „Freie“ Deutschkurse an einem Goethe-Institut in Deutschland gegeben hat und 2017 dort fest angestellt wurde. Auch ihr droht nun eine Nachzahlung von Rentenbeiträgen in Höhe von 20.000 Euro. Sie habe noch Glück gehabt, weil sie eine Festanstellung bekommen habe. Aber selbst hier würde das Institut Personalkosten drücken. „Ich bin als Berufsanfängerin mit Bachelor-Abschluss eingestuft worden, obwohl ich einen höheren Abschluss und jahrelange Berufserfahrung habe“, erzählt die Lehrkraft, die anonym bleiben möchte. Das Klima an ihrem Institut beschreibt sie als gedrückt: „Wertschätzung spüren wir keine – weder die Festangestellten noch die Freien.“

Gesetzliche Regelung nötig

Brüchert bezeichnet die momentane Personalsituation am Goethe-Institut als „äußert unbefriedigend“. Für die fest angestellten Lehrkräfte konnte die GEW Ende des vergangenen Jahres zwar die

Übernahme der Tariferhöhungen aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) erreichen, aber nur zulasten einer höheren Unterrichtsverpflichtung. Und für die Honorarlehrkräfte besteht nach dem DRV-Urteil wenig Hoffnung. Gegen die Feststellung der Rentenversicherung können sie rechtlich nicht vorgehen, weil sich diese an den Arbeitgeber richtet. Und der hat kein Interesse daran, das für ihn günstige Ergebnis anzufechten. Auch eine arbeitsrechtliche Klage auf Feststellung des Arbeitnehmerstatus hätte kaum Aussicht auf Erfolg, weil die Arbeitsgerichte Honorarlehrkräfte fast ausnahmslos als Selbstständige betrachten. Die Betroffenen können lediglich gegen die Nachzahlungsforderungen der DRV vorgehen. Die GEW fordert deshalb die Politik zum Handeln auf. „Eine gesetzliche Regelung ist das Einzige, das die Misere der Honorarlehrkräfte beenden kann“, sagt Daniel Merbitz, für Tarif- und Beamtenpolitik verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied. Der Gesetzgeber könnte beispielsweise arbeitnehmerähnliche Beschäftigungen mit denselben Rechten ausstatten wie „echte“ Arbeitnehmer. Oder anders formuliert: Arbeitgeber wie das Goethe-Institut verpflichten, Sozialabgaben für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu zahlen, Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu gewähren und sie so sozial abzusichern.

Sehr wahrscheinlich ist eine politische Intervention jedoch nicht. Allein deshalb, weil die zwölf Goethe-Institute im Inland derzeit aufgrund der Corona-Pandemie massive Umsatzeinbußen hinnehmen müssen. Bis Ende 2021 soll es aber nicht zu Institutsschließungen und betriebsbedingten Kündigungen kommen. Darauf haben sich GEW und Goethe-Institut verständigt. Den Honorarkräften hilft das freilich nicht.

Ralf Pauli, taz-Bildungsredakteur

„Jeder hat das Recht auf Bildung...“

Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

► Wer wir sind

World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das **Menschenrecht auf Bildung** einsetzen.

► Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

- WUS unterstützt ausländische Studierende durch:
- **Lobbyarbeit** zur Verbesserung der Rahmenbedingungen
 - **berufliche Orientierung** und **Reintegration** in ihren Herkunftsländern
 - **STUBE** – das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Hessen
 - das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**

► Globales Lernen und Portale

- Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) durch:
- die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** im Bereich der Vernetzung und Vermittlung von Informationen
 - das **Portal Globales Lernen der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)** beim WUS: kostenfreie Unterrichtsmaterialien und aktuelle Aktionen und Veranstaltungen aus dem Bereich Globales Lernen
 - das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** im Auftrag der 16 Deutschen Länder



Eine Initiative der
● ● ● **Stiftung Universitätsmedizin Essen**

SPENDEN FÜR CORONA

FORSCHUNG STÄRKEN – PATIENTEN UNTERSTÜTZEN

Die Initiative „Spenden für Corona“ der Stiftung Universitätsmedizin unterstützt die Corona-Forschung und zusätzliche Versorgungsprojekte für Patienten. Jede Spende hilft!

Spendenkonto:
IBAN: DE 09 3702 05 0005 0005 0005
BIC: BFSWDE33
Verwendungszweck: Corona

Mehr Infos unter:
spenden-fuer-corona.de

„Deutlich mehr Kinderarbeiter“

// Schon vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie schufteten 152 Millionen Kinder und Jugendliche in Minen, Haushalten, Fabriken, auf der Straße oder dem Feld, so die Internationale Arbeitsorganisation ILO – jedes Zweite unter schlimmen und gefährlichen Bedingungen. Die Corona-Pandemie werde noch mehr Minderjährige in Kinderarbeit und aus der Schule zwingen, sagt Barbara Küppers, Kinderrechtsexpertin von terre des hommes, im Gespräch mit E&W. //

E&W: Frau Küppers, gibt es wegen der Corona-Pandemie mehr Kinderarbeit?

Barbara Küppers: Ja. Unsere Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika melden, dass deutlich mehr Kinder als vor dem Lockdown auf den Straßen betteln, dort Gemüse und Obst verkaufen oder mit ihren Eltern auf dem Feld arbeiten. Auf den Philippinen und im Netz ist die Nachfrage nach Kindern, die sich vor der Webcam prostituieren, klar gestiegen. Das hat Europol bestätigt.

E&W: Warum steigt durch die Corona-Krise die Zahl der Kinderarbeiter?

Küppers: Weil viele Familien in der Not keinen anderen Ausweg sehen, als ihre Kinder zur Arbeit zu schicken. Viele Tagelöhner sind durch den Lockdown von heute auf morgen ins Nichts gefallen. Wenige Tage nach dem Lockdown hungerten sie. Deshalb versuchen alle, wenigstens ein paar Cent zu verdienen oder zu erbetteln. Für 365 Millionen Schulkinder fiel mit den Schulschließungen auch die kostenlose Schulspeisung weg, für viele oft die einzige Mahlzeit des Tages. Rund 400 Millionen Kinder lebten bereits vor dem Lockdown weltweit in extremer Armut, schätzt die UN. Weitere 66 Millionen Jungen und Mädchen sind infolge der Corona-Krise davon bedroht – und damit auch von Kinderarbeit.

E&W: Befürchten Sie auch mehr minderjährige Schuldknechte?

Küppers: Ja. Schuldknechtschaft ist in Südasien immer noch verbreitet. Wir befürchten, dass jetzt deutlich mehr

Menschen in diesen Teufelskreis geraten. Etwa in Indien. Unsere Partner vor Ort berichten, dass wegen des Lockdown viele Familien Geld leihen, um wenigstens die Miete und Lebensmittel bezahlen zu können. Arme Menschen bekommen keinen Kredit von einer Bank, also wenden sie sich an private Geldverleiher. Die verlangen horrende Zinsen von bis zu 20 Prozent pro Woche. Weil die Familien die Zinsen nicht zahlen, geschweige denn die Schuld tilgen können, verlangen Geldverleiher über kurz oder lang, dass ein Familienmitglied die Schuld abarbeitet. Oft sind das die Kinder. Sie schufteten dann in Ziegeleien, auf Baustellen oder bei Farmern. Das System ist verboten, aber gängige Praxis, vor allem auf dem Land.

E&W: Welche Kinder sind infolge der Corona-Krise besonders von Kinderarbeit bedroht?

Küppers: Mädchen und Jungen, die ohnehin benachteiligt sind, also arme und vernachlässigte Kinder, Straßenkinder, Flüchtlingskinder, Kinder von Migranten, Kinder in Krisenregionen und Kinder, die ohne Eltern aufwachsen. Gefährdet sind auch Mädchen und Jungen, deren Eltern im informellen Sektor arbeiten, also ohne Vertrag und soziale Absicherung als Straßenverkäuferinnen, Hausmädchen, Müllsammler, Bau- oder Farmarbeiter. Weltweit ar-



Ziegelei in Indien: Ziegeleien sind Hotspots von Kinderarbeit und Schuldknechtschaft – ebenso wie Farmen und kleine Handwerksbetriebe.



Foto: Christel Kovermann

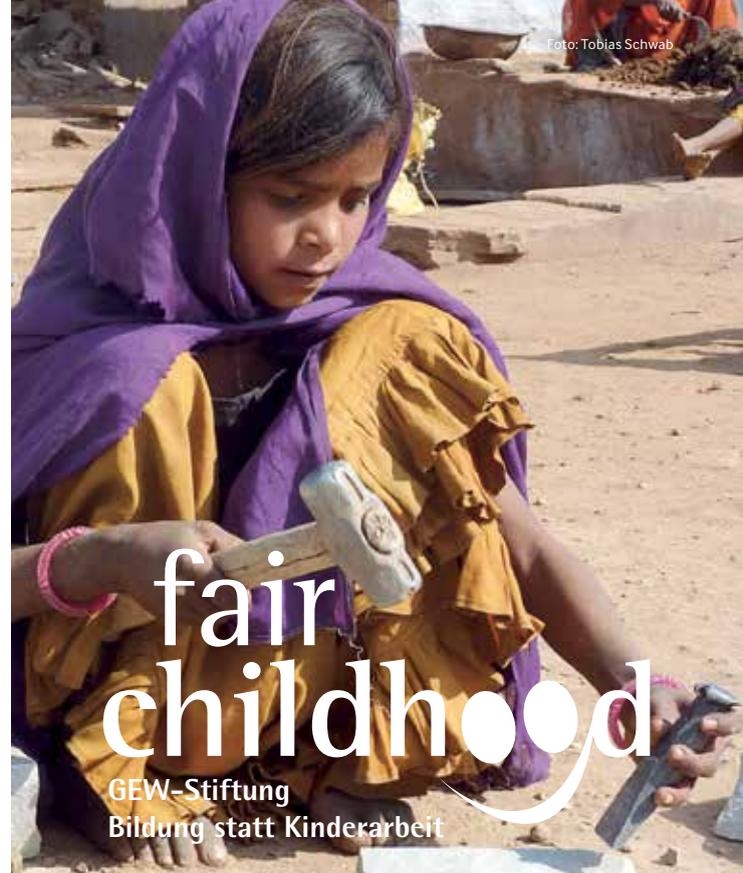
Die Soziologin und Journalistin Barbara Küppers arbeitet seit 1993 beim Kinderhilfswerk terre des hommes als Kinderrechtsexpertin, vor allem zum Thema Ausbeutung von Kindern.

beitet jeder Vierte in diesem Sektor. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt, dass allein im Mai 2020 weltweit weitere 1,6 Milliarden Menschen aus diesem Sektor wegen des Lockdown nicht arbeiten konnten und kein Einkommen hatten.

E&W: Weltweit wurden wegen des Virus Schulen geschlossen, vielerorts findet bis heute kein Unterricht statt. Wie wirkt sich das auf Kinderarbeit aus?

Küppers: Die Gefahr ist groß, dass Kinder, vor allem Mädchen, nach der Krise nicht mehr in die Schule zurückkehren, sondern weiterhin arbeiten müssen. Zwar haben vor allem Schwellenländer erkannt, dass sie qualifizierte junge Leute brauchen, wenn sie ihre Wirtschaft entwickeln wollen. Indien etwa hat deswegen 2010 die Schulpflicht eingeführt und sechs Millionen Kinder zusätzlich eingeschult. Doch das könnte jetzt durch die Krise verloren gehen. Im Mai haben rund 1,5 Milliarden Schülerinnen und Schüler in 186 Ländern laut UNESCO keine Schule besucht. Unterricht fällt bis heute vielerorts aus. Mit der Folge, dass viele Millionen Schulkinder den Anschluss an Bildung verlieren – Homeschooling kennen die wenigsten; wer arm ist oder auf dem Land lebt, hat weder Bücher, Strom noch ein Handy oder Internetanschluss. Wer während des Lockdown angefangen hat

Foto: Tobias Schwab



fair
childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

zu arbeiten, wird es schwer haben, wieder zur Schule zu gehen.

E&W: Wer kann Kinderarbeit wie verhindern?

Küppers: An erster Stelle die betroffenen Länder. Deren Regierungen müssen Kinderschutzprogramme auch in entlegenen Gegenden durchsetzen und kontrollieren. Sie müssen stärker als bislang in Bildung investieren. Wichtig ist, dass die Verantwortlichen vor Ort die Schulen nicht nur wieder öffnen, sondern die Kinder nach dem Lockdown einsammeln und sie unterstützen, damit sie wieder Anschluss an den Unterricht finden. Brechen sie die Schule ab, wird das den ewigen Kreislauf aus Bildungsnot und Armut nur verschärfen. Die Staatengemeinschaft kann Kinderarbeit verhindern, indem sie solche lokalen Programme über ihre Entwicklungszusammenarbeit unterstützt. Deutschland hilft Entwicklungsländern zwar mit einem Sofortprogramm in der Coronapandemie. Doch das Paket sieht leider kaum spezifische Hilfen zum Schutz von Kindern vor.

E&W: Welche Verantwortung trägt die Wirtschaft?

Küppers: Eine riesige. Auch die Wirtschaft muss sich stärker engagieren, damit Kinderarbeit in Lieferketten durch die Corona-Krise nicht ein noch größeres Problem wird, als es vor der Pandemie schon war. Sobald die Betriebe wieder öffnen, müssen global agierende Handelsunternehmen kontrollieren, ob Kinder dort arbeiten. Das heißt für die Textilindustrie, dass sie das nicht nur in Nähereien prüft, sondern auch in den vorgelagerten Produktionsstufen, etwa in Spinnereien und auf dem Baumwollfeld, wo Kinderarbeit vielerorts die Re-

gel ist. Auch die Politik ist gefragt: Wir brauchen endlich ein Gesetz, das Unternehmen verpflichtet, ihre Lieferketten transparent zu machen und entlang dieser sicherzustellen, dass Menschen- und Arbeitsrechte eingehalten werden und Kinderarbeit verboten ist*. Die beiden Bundesminister für Arbeit und Soziales sowie für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hubertus Heil (SPD) und Gerd Müller (CSU), setzen sich zwar für ein solches Gesetz ein. Doch das Wirtschaftsministerium und Wirtschaftsverbände lehnen es ab.

E&W: Was können Verbraucher, also auch Lehrkräfte und Schüler, tun?

Küppers: Beispielsweise eine Mail an ihre favorisierte Marke schreiben und fragen: Was tut ihr gegen Kinderarbeit? Das registrieren Konzerne durchaus, gerade junge Kunden sind wichtig für sie. Wer ohne Kinderarbeit konsumieren will, kann sich an Initiativen und Siegeln wie Fair Wear, Gots und dem Grünen Knopf für Textilien oder Fair Stone und Xertifix für Natursteine orientieren. In der Regel kinderarbeitsfrei produzieren alle seriösen Anbieter des Fairen Handels wie WeltPartner, Gepa, El Puente, die Weltläden sowie die Erzeuger der Produkte mit dem Fairtrade-Siegel. Wichtig ist, dass ein Verbot von Kinderarbeit immer Hand in Hand geht mit Bildungs- und Ausbildungsangeboten für die Mädchen und Jungen. Es reicht nicht, Kinder zu entlassen. Sie brauchen eine Alternative. Sonst gehen sie in die nächste Klitsche.

Interview: Martina Hahn, freie Journalistin

*siehe E&W 3/2020

Aktionen und Unterrichtsmaterial zum Thema Kinderarbeit:

- Kampagne „100 Million“: Die GEW und Brot für die Welt unterstützen die Kampagne „100 Million“ des Friedensnobelpreisträgers Kailash Satyarthi. Sie hat das Ziel, Kinderarbeit bis 2025 zu beenden. Schul- und Aktionsmaterialien für Lehrkräfte unter www.brot-fuer-die-welt.de/100millionen.
- Broschüre „Konsum ohne Kinderarbeit“ von terre des hommes. Download unter www.tdh.de.
- Aktion „Straßenkind für einen Tag“ von terre des hommes: Schulklassen verkaufen über Bauchläden Schokolade oder putzen anderen die Schuhe. Das Projekt sensibilisiert junge Menschen für das Thema, das Geld fließt in Projekte gegen Kinderarbeit. Infos unter www.strassenkind.de M. H.

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung fair childhood.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen fair childhood. Bitte sendet mir weitere Informationen zu. E&W 07-08-2020

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main





MARLIS TEPE

Foto: Key/Herschelmann

Internationale Solidarität wirkt

Wie unter einem Brennglas zeigen sich in der Corona-Krise die Auswüchse der globalisierten Weltwirtschaft: autokratische Regierungen, Krieg und Flucht, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, Leben in Armut, beengter Wohnraum, fehlende medizinische Versorgung, Mangel an Wasser und Seife ... Das ist die gesellschaftliche Situation, in der das SARS-COV2-Virus sowohl gesundheitlich als auch wirtschaftlich und sozial am stärksten zuschlägt. Weltweit steigt die Zahl der von extremer Armut betroffenen Menschen und in Folge dessen ebenso die Kinderarbeit wieder an, die seit 1998 stetig – wenn auch zu langsam – gesunken war.

Diese Missstände anzuprangern und für Abhilfe einzutreten, ist ein Ziel der internationalen Gewerkschaftsarbeit der GEW. In dieser Krise haben wir uns auf der Leitungs- und Arbeitsebene der Bildungsinternationale (BI), das ist der Zusammenschluss von etwa 400 Bildungsgewerkschaften aus 170 Ländern, per Videokonferenzen weltweit intensiv ausgetauscht. Anfang April haben Gewerkschaften auf ihre jeweiligen Regierungen, die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF) Einfluss genommen und einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Welt gefordert, der über die bestehenden Regelungen und Strukturen hinausgeht. Die Bundesregierung hat 80 Millionen Euro für diesen Schuldenerlass bereitgestellt. Weltbank und IWF haben zunächst 14 Milliarden Dollar Soforthilfe und im Juni weitere 160 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. Auch die Globale Partnerschaft für Bildung gibt Gelder. Die Gewerkschaften verlangen, dass die Zuteilung der Mittel nur an Länder erfolgen darf, die den Lehrkräften während der Corona-bedingten Schulschließungen weiterhin Gehalt zahlen. Internationale Solidarität ist auch deshalb gefragt, weil die Krise in einigen Ländern wie Burkina Faso dazu genutzt wird, Arbeitnehmerrechte und die Rechte der Gewerkschaften zu beschneiden. Deshalb leistet die BI mit einem Solidaritätsfonds gewerkschaftliche Hilfe. Diesen Fonds hat die GEW mit 5.000 Euro unterstützt.

In Deutschland macht sich die GEW mit dem DGB für bessere Arbeitsbedingungen ausländischer Beschäftigter stark. Sie fordert Verbesserungen im Entsendegesetz und stützt diejenigen, die das ausbeuterische Werkvertragsunwesen und Subunternehmertum endlich beenden wollen.

Kinderarbeit wird durch die Corona-Krise weltweit zunehmen. Bildung statt Kinderarbeit lautet die GEW-Forderung. Sie unterstützt deshalb mit der Stiftung fair childhood Bildungsgewerkschaften in Ländern, die sich die Einrichtung kinderarbeitsfreier Zonen zum Ziel setzen. Mit einer Spende für fair childhood, mit der Unterstützung der „100-Million“-Kampagne des indischen Kinderrechts- und Bildungsaktivisten sowie Friedensnobelpreisträgers Kailash Satyarthi oder Unterrichtseinheiten über ausbeuterische Kinderarbeit und Werbung für den Kauf fairer Produkte können wir alle einen Beitrag für bessere Lebensbedingungen der Mädchen und Jungen leisten.

Bei einer Videokonferenz von Bildungsminister*innen, Bildungsgewerkschafter*innen und der OECD hat sich gezeigt, dass die Länder erfolgreicher in der Bewältigung der Corona-Krise sind, die auf sozialen Dialog mit den Gewerkschaften gesetzt haben. Es bestätigt sich zudem, dass Lernen mit digitalen Werkzeugen nur mit persönlichen und sozialen Interaktionen, die zum Lernen gehören, erfolgreich sein kann.

Bei unseren Videokonferenzen können wir von den Erfahrungen in anderen Ländern profitieren. Das gilt etwa für den Umgang mit Kita-, Schul- und Hochschulöffnungen. Der Austausch zeigt aber auch, dass neue Ansprache-Konzepte online zu Eintritten in die Gewerkschaft führen können. So hat die englische Schwestergewerkschaft der GEW in der Krise Zehntausende neue Mitglieder und Corona-Repräsentant*innen, die Corona-Reps, vor Ort gewonnen. Davon lernen wir und arbeiten an der Online-Verständigung mit unseren Mitgliedern.

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

Vor Gericht

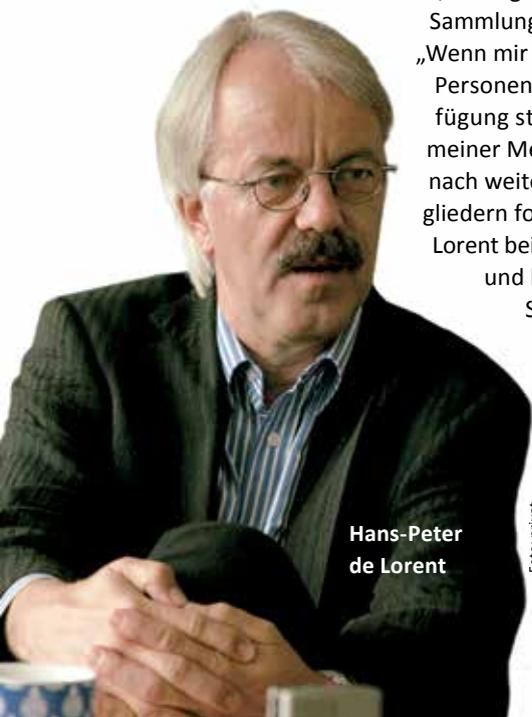
// In der Reihe „Täterprofile“ porträtiert der Erziehungswissenschaftler und ehemalige Lehrer Hans-Peter de Lorent die Verantwortlichen des Hamburger Bildungssystems während der NS-Zeit. Dagegen klagt die Enkelin des damaligen Schulsenators Oscar Toepffer. Sie will unterbinden, dass Familienbriefe zitiert werden, zudem sieht sie das postmortale Persönlichkeitsrecht des NSDAP-Mitglieds verletzt. Das Gericht schlägt einen Vergleich vor. //

Toepffer genoss Hitlers Frankreichfeldzug: „Das Ganze ist mehr ein Pfingstausflug als Krieg. Und wir leben vortrefflich mit erbeutetem Burgunder und Kaffee und holländischen Zigarren“, schrieb er im Mai 1940 an seine Frau Gretchen. Die wiederum berichtete von der Heimatfront: „Wir hörten gestern Abend Radio. Unsere Propaganda ist doch fabelhaft. Und heute spricht der Führer. Selbstverständlich hören wir die Rede.“ Diese und weitere Zitate finden sich im zweiten Band der „Täterprofile“, der 2017 als Eigenpublikation der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung herauskam und über die Internetseiten der Stadt abgerufen werden kann. Christel Sachs, eine Enkelin des Ehepaars, stürzte sich bereits an dem Titel der dreiteiligen Buchreihe – mit dem Verweis auf strafbare Taten werde das postmortale Persönlichkeitsrecht verletzt. Vor allem gehörten die Briefe nicht in die Öffentlichkeit, findet die Juristin.

„Haustürgeschäfte“ warf ihr Mann Joachim Sachs, Miteigentümer der gemeinsamen Anwaltskanzlei, Hans-Peter de Lorent vor. Christel Sachs ergänzte: „Nie und nimmer hat meine Mutter einer Veröffentlichung zugestimmt!“ Autor de Lorent widersprach: „Ich habe mich nicht unter falschem Namen eingeschlichen, sondern ich bin von der Familie eingeladen worden, in dem Wissen, dass ich Biografien schreibe.“

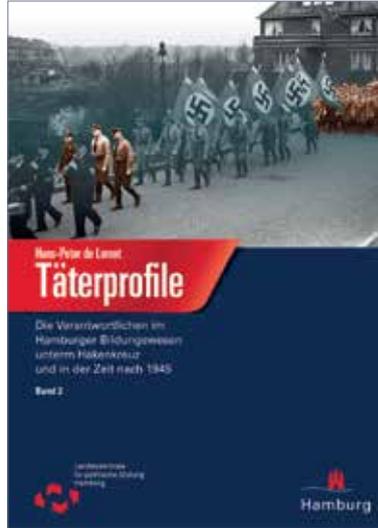
Gleich zwei Mitglieder der Familie, die mittlerweile verstorben sind, händigten de Lorent eine

Sammlung von Briefen aus. „Wenn mir zwei erwachsene Personen Material zur Verfügung stellen, musste ich meiner Meinung nach nicht nach weiteren Familienmitgliedern forschen“, sagte de Lorent bei der Verhandlung und konnte sich einen Seitenhieb auf die Klägerin nicht verkneifen: „In Familien, die vernünftig miteinander umgehen, zirkulieren solche



Hans-Peter de Lorent

Foto: privat



In einer dreibändigen Reihe setzt sich Hans-Peter de Lorent mit der Geschichte des Hamburger Bildungswesens in der NS-Zeit und deren unzureichender Aufarbeitung nach 1945 auseinander.

Informationen.“ Er widersprach Christel Sachs, die erklärte, ihre Mutter habe das Material nur „zur Ansicht“ ausgeliehen: „Sie wollte aufräumen mit der Vergangenheit ihres Vaters.“

„Erweiterter Täterbegriff“

Toepffer sei „durchaus nicht unsympathisch“ gewesen, auch sei er erst 1937 auf Druck in die NSDAP eingetreten, so de Lorent. „Alles, was ihn entlastet, habe ich dargestellt“, sagte der Autor auf den Vorwurf von Joachim Sachs, Toepffer solle „an den Pranger gestellt“ werden. „Aber wer in einer NS-Regierung Verantwortung trägt, hat eine Belastung, kann als Täter oder Mittäter gesehen werden.“

Auf den Juristen Toepffer war de Lorent zunächst gestoßen, weil er nach dem Krieg zahlreiche Hamburger Nazi-Größen durch die Entnazifizierungsverfahren begleitete und bei vielen erreichte, dass sie Renten und Ränge behielten. Erst durch den Hinweis eines Nachfahren stieß der ehemalige Hamburger GEW-Vorsitzende de Lorent, der einige Jahre für die Grünen in der Hamburger Bürgerschaft saß, auf Toepffers Karriere während der Hitler-Jahre.

Dass das Porträt das postmortale Persönlichkeitsrecht des 1982 verstorbenen Juristen beschädigt, wies Richter Thorsten Held in einer vorläufigen Einschätzung zurück. Denn eine „grobe Verzerrung des Lebensbildes“ sah er in dem Text nicht, auch der Buchtitel stelle keine Ehrverletzung dar, da ein „erweiterter Täterbegriff“ gemeint sei. Nicht eindeutig beantwortete er die Frage, ob einige der Briefe urheberrechtlich geschützt sein könnten.

Um weiteren juristischen Streit zu vermeiden, steht ein möglicher Vergleich im Raum: De Lorent könnte wörtliche Zitate durch Beschreibungen und indirekte Rede ersetzen. Den Inhalt würde das nicht schmälern, sagte der Autor. Ob für die Klägerin der Zweck erreicht sei, den Großvater zu schützen, wage er zu bezweifeln: „Dieses Verfahren hat Oscar Toepffer eher bekannter gemacht.“

Esther Geißlinger, freie Journalistin

Aufschlussreicher Artikel

(E&W 4/2020, Seite 14 ff.: „Selbst der Minister schämt sich“)

Vielen Dank für den sehr aufschlussreichen Artikel. Es ist das erste Mal, dass ich etwas Vernünftiges zu diesem Thema lese. Mein Mann ist Mitglied der GEW und hat mir die Zeitschrift gegeben.

Ich selbst bin seit Jahren selbstständig und gebe unter anderem auch Kurse an der Volkshochschule (VHS). Die Anfragen, die die VHS stellt, werden immer dreister. Beispielsweise sollte ich ein 30-minütiges Video zum Thema Internet-Sicherheit produzieren – für 25 Euro brutto! Als ich das Angebot ablehnte, stieß ich dann auch noch auf Unverständnis!

Aber es ist nicht nur die VHS, sondern auch die Industrie- und Handelskammer (IHK), die mich in diesem Jahr als Dozentin für einen zertifizierten Kurs für 35 Euro pro Stunde angefragt hat (ein ähnliches Angebot habe ich 2015 abgelehnt). Es ist gut zu wissen, dass Sie sich damit befassen, ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg.

Christa Rahner-Göhring, Waiblingen

Kritikwürdige Ziele

(E&W 4/2020, Seite 20 ff.: „Foul auf Wolke 7“)

Gut, dass es Journalisten wie Christian Füller gibt, die die seltsamen und grauenerregenden Begebnisse um den Digitalpakt kritisch beleuchten und auf diesem Felde recherchieren – und gut, dass E&W diesem Thema ein Forum gibt!

Beim Digitalpakt überkreuzt sich die Logik von „ein neues Spielzeug – das will ich haben“ auf Seiten der Schulen (der wir alle unterliegen, auch wenn es eines erwachsenen Menschen unwürdig ist), mit einer durch Unternehmensinteressen diktierten und von Schulträgern und -ämtern gemeinsam durchgesetzten Logik von „ein neues Spielzeug – das müsst ihr nehmen“.

Da sollen nun die Schulen binnen kürzester Zeit ein Einsatzkonzept erstellen, in dem pädagogisch begründet wird, welche Zwecke mit dem von der Schule

gewünschten Geld aus dem Digitalpakt verfolgt werden. Da es schnell gehen muss – ran ans Geld! – wird das Pferd von hinten aufgezäumt, und dieses Einsatzkonzept wird erstellt, bevor alle Schulen sich über ihr Medienkonzept verständigen konnten.

Es müssen also provisorisch pädagogische Ziele definiert werden, und dafür gibt es, damit wir das auch ordent-

lich machen, bei einem Schulamt eine Handreichung mit Beispielen. Darin wird als Ziel etwa definiert, dass in allen Unterrichtsfächern eine digitale Präsentations-technik eingesetzt werden soll. Ich frage mich: Wollen das wirklich alle Lehrkräfte in allen Fächern? Unter den Maß-

nahmen, dieses Ziel zu erreichen, wird unter anderem festgelegt, dass jeder (!) Kollege und jede Kollegin eine Unterrichtseinheit mit Einbindung digitaler Präsentationstechnik durchzuführen haben. Zur pädagogischen Begründung wird darauf verwiesen, dass Lehrkräfte Unterricht digital vorbereiten und während des Unterrichts digitale Tafelbilder erstellen können, welche in einer Cloud gespeichert werden. Wäre es nicht ressourcenschonender, Tafelbilder analog und mit Kreide zu erstellen? Tolle Features von Powerpoint – zum Beispiel, dass diverse Elemente (Pfeile und dergleichen) nach und nach einschweben – sind bei Kreide und Tafel auch schon vorhanden!

Als weiteres Ziel wird verlangt, dass alle Schülerinnen und Schüler bis zum dritten Schuljahr wenigstens einmal ein Referat mit Präsentationssoftware gehalten haben. Mit anderen Worten: Schon Drittklässler sollen auf Powerpoint dressiert werden; auf den Inhalt der Referate kommt es wohl weniger an. Die pädagogische Begründung: Es sollen grundlegende Arbeitsweisen wie Abspeichern und Einbinden von Bildern aus dem Internet geschult werden. Anders formuliert: Die Kinder sollen den Einsatz der Tastenkombinationen Strg+C, Strg+V lernen. Das spricht für sich selbst. Natürlich tauchen in diesem Katalog auch sinnvolle Ziele auf.

Ich würde mich freuen, wenn es für diesen Unfug noch viel mehr öffentliche Kritik gäbe. Und worum soll es letzten Endes gehen? Dass wir uns nicht von „den Chinesen“ beim Export abhängen lassen? Eitler Wahn! Oder dass bestimmte Firmen an uns Geld verdienen? Gesundheit und Bildung, das nächste große Ding in der IT-Branche nach den asozialen Netzwerken!

Wendelin Himmelheber, Friedberg (Hessen)

Konservativer Backlash

In den Schulen geschieht gerade ein beispielloser konservativer Backlash: Unterricht wird zur Privatsache. Die einen werden von wohlausgebildeten Eltern unterrichtet, sitzen diszipliniert vor ihrem Laptop, die anderen stehen hilflos vor auszudruckenden Hausaufgaben, die sie auf ihrem einzigen digitalen Gerät (neben Fernseher und Spielkonsole) haben: ihrem Handy. Während in vielen Ländern Unterricht über Videokonferenzen stattfindet, wird hierzulande Online-Unterricht eher nicht als Option betrachtet.

Der Kritik Christian Füllers kann ich daher nicht folgen: „OpenSource“ verbietet es nicht, ein geschäftliches Modell zu entwickeln. Den Apoleten der Bewegung geht es vielmehr darum, was der Begriff „Freie Software“ besser ausdrückt: „frei wie in freier Rede, nicht wie in Freibier“. Auf Sätze wie: „Leider haben wir keine offizielle Plattform für solche Videokonferenzen“ mit dem Ausweichen auf tatsächlich datenschutzmäßig obskure, privatwirtschaftliche Anbieter zu reagieren, gehört in Zukunft hoffentlich der Vergangenheit an – dies sollte auch die GEW bedenken!

Pascal Christoph, Köln

Eigeninitiative nicht erwünscht

(E&W 5/2020, Seite 10: „Mit Teppich, Filzgleiter und Betriebsrat“)

Die Eigenhilfen Teppich, Filzgleiter und Betriebsrat, die im Artikel von Jürgen Amendt nach Expertenrat als Hilfen bei Sanierungsstau genannt werden, waren nach meiner Erfahrung nicht immer erwünscht!

Während meiner Montessori-Ausbildung hatte ich in Kinderhäusern, Grund- und Realschulen einen beeindruckend ruhigen, zugleich arbeitsintensiven Un-



terricht erleben können. Bis auf die Arbeit im Plenum wurden notwendige Unterweisungen flüsterleise durchgeführt. So stattete ich den Klassenraum meines 1. Schuljahres mit einer durch Schränke abgeteilten Lesecke mit Sofa und einem darüber hängenden großen Regenschirm in Regenbogenfarben aus, ließ die uralten Vorhänge waschen und legte in die freie Mitte einen großen blitzneuen gekettelten Teppichboden. Die fast historischen Holzstühle ließen sich leicht und lärmarm für die verschiedenen Arbeitsformen umstellen.

Einführungen in Mathematik, zum Buchstaben der Woche, in Religion, Sachunterricht und Kunst, viele Kreisgespräche und Präsentationen von Arbeitsergebnissen und natürlich Freiarbeit fanden auf dem Teppich statt, derweil die Kinder und ich auf Fußmatten drumherum saßen.

Mit einer neuen Schulleiterin veränderte sich aber die hohe Akzeptanz und Wertschätzung durch Schulleitung und Gemeindevertreter. Immer mehr angeblich durch Gesetzesvorgaben gestützte Argumente gegen Sofa und Teppich wurden laut: Hygiene, Brandschutz, Reinigungsaufwand ...

Dann wurde ein Raumwechsel angeordnet mit dem Argument, dass Erstklässler prinzipiell nicht im 1. Stock, sondern nur noch im Erdgeschoss unterrichtet werden sollten. Mein Montessori-Material und mein Teppich zogen um, die Sitzcke richtete ich auf dem Flur ein.

Weiterhin wurde gegen den Teppich und damit gegen die von den Kindern, Eltern und mir so geschätzte Planarbeit in ruhiger Arbeitsatmosphäre geredet. Der Personalrat konnte wie auch in vielen anderen Dingen nichts ausrichten. Nach zehn Jahren musste ich mich 2015 frühzeitig pensionieren lassen. Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen viel Unterstützung durch die Schulträger, besonders aber durch kompetente Schulleitungen!

Lilly Hugenberg, Osnabrück

Weit von der Realität entfernt

Das Thema Lärm ist in der Tat weit verbreitet, und ich freue mich, dass Sie die Lärmproblematik zum Titelthema gewählt haben. Insbesondere der Hinweis auf die Möglichkeit, die Gefährdungs-

beurteilung zu nutzen, ist sicher für viele Kollegen hilfreich. Was aber Vorschläge wie die Ausstattung mit Teppichen oder gar Gardinen oder Polstermöbeln angeht, sind Sie weit von der Realität entfernt. Sicher ist es möglich, dass der Schulträger schwer entflammbare Teppiche verlegt. Das ist an unserer Schule auch in einigen Klassenräumen geschehen, als Maßnahme im Bereich der Integration von Schülern mit eingeschränktem Hörvermögen.

Allerdings ist die Reinigung eines solchen Teppichs deutlich problematischer als bei einem PVC-Boden. Schmutzwasser von der Tafelreinigung, Matsch und Dreck von Schuhen, ausgelaufene Getränke, Erbrochenes und ähnliches lassen sich nur bedingt aus dem Teppich entfernen. Eine Nassreinigung mit professionellem Gerät findet bestenfalls einmal im Jahr bei der Grundreinigung in den Sommerferien statt.

Natürlich könnten bei kleiner Schülerzahl die Kinder durch das Wechseln von Straßenschuhen zu Pantoffeln einen Teil des Schmutzes vermeiden, doch ist dies bei den Schulen der Sekundarstufe nicht nur ein Platzproblem. Denn spätestens hier kommt der Brandschutz des Landes ins Spiel und untersagt dies. Den in der Zeitschrift gemachten Vorschlag, in Eigenhilfe Polstermöbel anzuschaffen, braucht man darum auch gar nicht erst zu verfolgen. Bei Gardinen könnte der Brandschutz schwer entflammables Material eventuell noch akzeptieren, doch wird aufgrund des entsprechend hohen Preises kaum ein Kollege an einer Finanzierung interessiert sein.

Sascha Großer, Braunfels

Bobbycars schädlich

(E&W 5/2020, Seite 12 ff.: „Lärm ist kein Naturgesetz“)

Es ist mir völlig unverständlich, warum in Kitas Bobbycars etc. eingesetzt werden. Es sollte zur Ausbildung des Personals gehören, über die Schädlichkeit von Spielzeug Bescheid zu wissen und entsprechendes Wissen auch an die Eltern weiterzugeben.

„Pädakustiker“ warnen schon lange vor den Bobbycars, die über 80 Dezibel erzeugen, ein Lärm, bei dem ein Erwachsener am Arbeitsplatz Gehörschutz tragen muss.

Kinderohren sind viel empfindlicher, und es entstehen bleibende Schäden, dabei ist ein gutes Gehör wichtig für die körperliche, geistige und seelische Entwicklung. In Deutschland ist rund eine halbe Million Kinder schwerhörig, nicht zuletzt wegen Spielzeug, das viel zu laut ist. Dazu gehört auch das Quietscheentchen für Babys.

Renate Wöhrle, Weinstadt

Gute Analyse

(E&W 5/2020, Seite 30 f.: „Schulische Abseitsfälle“)

Das war mal ein Artikel, der richtig gut war und keine Schönfärberei betreibt. Die mit der Digitalisierung zusammenhängenden Probleme sind gut und klar beschrieben. Nötig ist jetzt ein „gemeinsames Krisenmanagement“. Völlige Zustimmung. Darauf muss hingearbeitet werden.

Josef Mrowetz, Bochum

Werden wir gefragt?

(E&W 5/2020, Seite 34 f.: „Keine Chance für Einstein“)

Die Ausgabe mit dem Titel „Lärm in Bildungseinrichtungen“ habe ich mit gro-

ßem Interesse gelesen.

Vielen Dank dafür, vor allem aber für den Text von Gottfried Böhme, der mir persönlich Mut macht.

Gerade jetzt in diesen „Corona-Zeiten“ mache ich mir als Grundschullehrerin zunehmend Sorgen darum, wie wir in Zukunft unterrichten werden. Es tut gut, inmitten

der vielen Texte in den Tageszeitungen im Zusammenhang mit Schule und Digitalisierung mal wieder den Begriff „analog“ zu lesen.

Ich frage mich: Was braucht ein Kind in den ersten Lernjahren an einer Schule? Wie lernt ein Mensch? Welche Gefahren birgt WLAN? Welche psychischen Folgen hat dessen permanente Nutzung für junge Menschen? Wer profitiert davon, wenn irgendwann sämtliche >>>



>>> Schüler und Schülerinnen mit Tablets ausgestattet sind? Was brauchen wir Lehrkräfte, um lange mit Freude und Energie unterrichten zu können?

Werden wir gefragt, ob wir bald nur noch mit digitalen Geräten unterrichten müssen, oder dürfen wir auch noch die gute alte Kreidetafel nutzen? Auf diese Frage habe ich leider keine sichere Antwort. Ich habe zunehmend den Eindruck, dass nur der technische Fortschritt als wertvoll angesehen wird. Und werden wir nicht immer wieder belächelt, weil wir noch mit Arbeitsblättern arbeiten?

Ich möchte mitentscheiden, wie viel Zeit ich vor meinem Laptop verbringe, um zu unterrichten. Was bleibt einem Kind denn in Erinnerung? Ein Mensch oder eine Maschine?

Die neue Unterrichtssituation bedingt durch die „Corona-Krise“ ermöglicht es uns Grundschullehrkräften durchzuatmen, inne zu halten und wahrzunehmen, wie gut es ist, für Kinder wirklich da zu sein, sie in kleinen Gruppen unterrichten zu können, ihnen Zeit zu schenken, die sonst nie da war.

Wir haben jetzt auch die Chance, genauer hinzuschauen, was wir brauchen, um glücklich zu sein als Lehrer oder Lehrerin. Unsere eigenen Sinne können wir jetzt schärfen, um den Kindern zu zeigen und vorzuleben, was sie glücklich macht – als Menschen.

Christel Weber, Bielefeld

Übertriebene Sorge

(E&W 6/2020, Seite 32 f.: „Grundrechte im Würgegriff“)

Auf die Tatsache bedeutender Grundrechtseinschränkungen in Corona-Zeiten hinzuweisen, halte ich für legitim und notwendig.

Der Autor versäumt aber, Art. 2 (2) Grundgesetz zu erwähnen. Aus dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit leitet sich die Pflicht für Regierung und staatliche Institutionen ab, alles zu tun, um Lebens- und Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung abzuwenden oder möglichst klein zu halten. Dadurch entsteht die schwierige Aufgabe, Rechte und Pflichten abzuwägen. An dieser Aufgabe wirken wir derzeit übrigens alle mit, auch als Individuum im täglichen Handeln im eigenen

Umfeld. Dass bestimmte Grundrechte nicht einfach abgeschafft, sondern immer noch einklagbar sind, beobachten wir bereits an verschiedenen Gerichtsentscheidungen. Ich sehe keine Gefahr heraufziehen, dass die Regierung dauerhafte einschneidende Grundrechtseinschränkungen plant. Warum sollte sie? Die alarmistische Überschrift „Grundrechte im Würgegriff“ finde ich weit übertrieben.

Gerhard Junge-Lampart, Bretten

Heuchlerische Haltung

(E&W 6/2020, Seite 40 f.: „Solidarität ist Christenpflicht“)

Seit wann ist die GEW eine Plattform für religiöse Meinungen? Ich empfinde es als einen Skandal, dass Herr Bedford-Strohm mit seinen christlichen Positionen so unkritisch und unhinterfragt in einer Gewerkschaftszeitung veröffentlicht wird.

Meiner Meinung nach hat auch eine Gewerkschaft – wenn es denn schon der Staat nicht ist – eine religiös neutrale Position zu verfolgen. Die Ursachen von Flüchtlingsströmen – Krieg, Wirtschaftsboykott, Ausbeutung, an denen die Bundesrepublik kräftig beteiligt ist – kommen natürlich nicht zur Sprache. Was für eine heuchlerische Haltung! Die Konsequenz kann nur sein: Gewerkschafts Austritt!

Erich Katterfeld, Freiburg

Merkwürdige Ansichten

Zum Thema Solidarität: Das ist ja eine grundsätzliche Position der Gewerkschaften und auch der GEW und hat mit Christenpflichten nichts zu tun. Schön, dass sich die Kirchen inzwischen auch darauf berufen und gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus sind. Wenn aber die Redaktion der E&W einem freien Journalisten so viel Raum einräumt, dem Ratsvorsitzenden der evangelischen Kirchen in Deutschland gefällige Fragen zu stellen, wird es äußerst problematisch, beispielsweise wenn Herr Bedford-Strohm seine merkwürdigen Ansichten vertreten kann, dass es für Christen wichtig sei, „dass

jeder Mensch geschaffen ist zum Bilde Gottes“ und dass „Antisemitismus Gotteslästerung“ ist. Gotteslästerung? – eine anachronistische Auffassung oder etwa die der E&W?

Dazu Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, der es weiß: „Gott ist eine literarische Erfindung.“

In diese Richtung sind schon mehrere Interviews in der E&W erschienen; in der E&W-Ausgabe 4/2019, S. 28, ein Interview mit dem Islamwissenschaftler und Religionspädagogen Bülent Uçar zum Thema „‘Minerfeld’ Imam-Ausbildung“, in dem Herr Uçar aus Eigeninteresse seine Position für einen Koranunterricht darstellt, ohne kritisch hinterfragt zu werden. Ich vermisse hier eine kritische

Position der GEW, die insgesamt die Alimantierung von Religionsverbänden in Frage stellt und für einen weltanschaulichen neutralen Werte & Normen-Unterricht für alle Schüler und Schülerinnen eintritt. Religionsunterricht, theologische Lehrstühle, kirchliche Radio- und TV-Sen-

dungen etc. sind Propaganda für eine Religion, die reine Privatsache sein und aus der sich der Staat heraushalten sollte, wenn schon die Rede von Trennung von Staat und Kirche/Religion ist. Grundsätzlich vermisse ich als Gewerkschaftler für den Bildungsbereich eine kritische Auseinandersetzung mit Religion insgesamt.

Walter Peters, Hannover



E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Trauer um Schulreformer

// Horst von Hassel ist tot. Der Gesamtschul-Pionier und Bremer Ex-Bildungssenator starb nach schwerer Krankheit mit 92 Jahren. //

Horst von Hassel war 1967 in Bremerhaven einer der ersten Schulleiter Deutschlands, der eine Integrierte Gesamtschule mit aufbaute. 1971 ging er für die SPD in die Bremische Bürgerschaft. Von 1979 bis 1983 musste er als Bildungssenator die von der GEW kritisierte „Rotstiftpolitik des Senats“ mittragen. Unter ihm gab es keine neuen Berufsverbote mehr. Von 1983 bis 1991 war er Stadtrat für Schule und Kultur in Bremerhaven. Als der sozialdemokratische Bremer Bürgermeister Henning Scherf 1995 eine Große Koalition bildete, verließ von Hassel den SPD-Landesvorstand. 2003 trat er nach fast 42 Jahren aus der Partei aus. Als letzten Auslöser dafür nannte er die Abschaffung der Orientierungsstufe, eine Rückkehr zur „frühzeitigen Selektion“. 2019 kehrte er in den Schoß der Partei zurück. Geprägt vom Zweiten Weltkrieg und kurzer Kriegsgefangenschaft engagierte sich der verheiratete Vater zweier Kinder auch in der Friedensbewegung.

Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) würdigte den Verstorbenen als „engagierten Streiter für Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit“. Parlamentspräsident Frank Imhoff (CDU) schrieb: „Der Einsatz für Bildungsgerechtigkeit war seine Lebensaufgabe. Bis zuletzt hat er sich eingemischt.“ Die GEW widmete ihm nach 73 Jahren engagierter Mitgliedschaft eine Traueranzeige: „Deine Stimme für Integration, Solidarität, demokratische Bildung und Chancengleichheit wird fehlen.“

Eckhard Stengel, freier Journalist

Exklusive Kultur-Leserreisen

Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/verlagsreisen

www.caritas-international.de

**CORONA TRIFFT DIE
 SCHWÄCHSTEN WELTWEIT
 AM HÄRTESTEN**



**Bitte helfen Sie
 mit Ihrer Spende,
 das Überleben
 der Menschen
 zu sichern!**

Spenden-Stichwort: Corona-Hilfe
 Bank für Sozialwirtschaft, Karlsruhe
 IBAN: DE88 6602 0500 0202 0202 02
 BIC: BFSWDE33KRL



AGARIA TOURS
 Fachveranstalter für Pragreisen

Entspannt auf Klassenfahrt!

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

das tschechische team

GR-Rhodos, Eliá Boutique Studios
 Moderne Studios & Apartments. Ideal für Entdecker und Liebhaber der griechischen Kultur.
 Tel.: 0049-170-9896952
www.elia-studios.com

Klassenfahrten Versailles
 mit oder ohne Sprachkurs
 ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
info@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
 Organisation
 Rechtssicherheit**
 ☎ 02521 29905-10

FS SCHULORGANISATION
 Verlage Röttmann & Langenkämper

Klassenfahrten London
 mit oder ohne Sprachkurs
 ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
info@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu



TOSKANA
 Urlaub im BIO-Weingut.
 Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche.
 Ermäßigung für GEW-Mitglieder!
 Tel./Fax 0039-571-408041
info@aglioni.it, www.aglioni.it

Diesmal



SCHULSTART... WILLKOMMEN ZURÜCK